

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 27. November 1912.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Was der Reichshaushaltsetat für 1913 verrät!

Wiederholt haben wir die Unübersichtlichkeit des Reichshaushaltsetats gezeigelt. Immer wieder haben wir nachgewiesen, daß diese Unübersichtlichkeit von der Regierung nur dazu benutzt werde, um nicht nur der großen Masse, sondern auch dem Parlamente selbst einen Einblick in die wirkliche Lage des Reichshaushalts zu erschweren. In welchem Maße das auch gelungen ist, beweist ja die Tatsache, daß Herr Erzberger die unglaublichsten Verschönigungen der wirklichen Finanzlage des Reiches unternehmen konnte, ohne in der liberalen Presse einer sachkundigen Entgegnung zu begegnen. Stets waren es nur der „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“, die die finanztechnischen Schwendelmannöver des Herrn Erzberger festmachten. Erst wie als gewichtiger Zeuge für unsere Darstellung der ehemalige Reichschatzsekretär Bermuth selbst das Wort ergriff, erkannte man auch in weiteren Kreisen, wie sehr wir mit unserer Darstellung recht gehabt hatten.

Einen wirklichen Einblick in die finanziellen Verhältnisse unseres Reiches böte ein Nettoetat, wie er ja auch in der Tat vor einigen Jahren einmal von der Regierung aufgestellt worden war. Aber dieser Nettoetat war zu überfüllt; er verhinderte die Mogelei und deshalb wurde er nicht wieder aufgestellt. Nach wie vor kam man mit dem aufgeplusterten Bruttoetat, der jede Uebersicht unmöglich macht. Wir haben uns jedoch diesmal die Mühe gemacht, untererlei einen Nettoetat aufzustellen, um in die Geheimnisse der offiziellen Finanzverkleinerungskünste ein wenig hineinzuleuchten. Wir geben zunächst eine Uebersicht der Etatspositionen, bei denen die Einnahmen die Ausgaben (im ordentlichen und außerordentlichen Etat) überwiegen und lassen dann die übrigen Etatspositionen folgen, bei denen die Ausgaben größer sind als die Einnahmen. Der Einfachheit wegen geben wir nur die reinen Einnahmen und reinen Ausgaben wieder. Die Sache stellt sich dann folgendermaßen:

Einnahmen:	
Reichspost- und Telegraphenverwaltung	77 735 125 M.
Reichsdruckerei	8 180 685 "
Reichseisenbahnverwaltung	14 247 389 "
Allgemeine Finanzverwaltung (Zölle, Steuern und Gebühren)	1 412 683 622 "
Ausgleichsbeträge für Zölle und Steuern	32 453 522 "
Anderer Ausgleichsbeträge	21 976 607 "
Bankweien	16 300 000 "
Sonstiges	190 347 406 "
Matrilinearbeiträge	51 940 794 "
	1 620 865 130 M.
Ausgaben:	
Reichstag	2 125 647 M.
Reichskanzler	817 458 "
Auswärtiges Amt	18 088 072 "
Reichsamt des Innern	135 036 757 "
Reichsarmee	867 295 728 "
Reichsmilitärgericht	535 857 "
Marineverwaltung	478 093 192 "
Justiz	1 602 017 "
Reichsschatzamt	42 407 568 "
Reichscolonialamt	25 981 767 "
Reichseisenbahnamt	468 845 "
Reichsschuldenverwaltung	141 019 480 "
Rechnungshof	1 392 087 "
Allgemeiner Pensionsfonds	142 581 276 "
	1 854 663 701 M.

Siehe wir die Einnahmen von den Ausgaben ab, so ergibt sich ein Defizit von 33,4 Millionen. Dieser Betrag stimmt denn auch überein mit der Anleihe, die im außerordentlichen Etat vorgesehene ist. Bereits vor einigen Tagen haben wir festgestellt, daß die Ausgaben für Meer, Flotte, Schuldenverzinsung, den Pensionsfonds und die Kolonien allein mehr als 1700 Millionen betragen. Einer wirklichen Gesamteinnahme des Reiches von 1820 Millionen steht also eine Ausgabe für militärische Zwecke in Höhe von mehr als 1700 Millionen gegenüber! Die Tatsache bleibt also bestehen, daß gegen 95 Prozent aller Reichsausgaben auf militärische, marinistische und weltpolitische Zwecke entfallen!

Aber der Etat bietet auch sonst noch mancherlei Interessantes. Da ist der Betrag von 81,7 Millionen für „Schuldentilgung“ ausgesetzt. Werden jedoch diese 81,7 Millionen zur Schuldentilgung verwendet, so bleibt im außerordentlichen Etat der gleiche Ausgabebetrag ohne Deckung. Mit anderen Worten, die Anleihe muß dann um diesen Betrag erhöht werden! Sie würde also von 33,4 auf 115 Millionen anwachsen. Das nennt man im Deutschen Reich Schuldentilgung!

Aber der Etat steht nicht nur so ungünstig, daß an eine Schuldentilgung ohne entsprechendes Neupumpen nicht gedacht werden kann; sondern er ist überhaupt nur dadurch in eine scheinbare Balance gebracht worden, daß aus dem Ueberschusse des Rechnungsjahres 1911 187,3 Millionen Mark in die Einnahmen des Jahres 1913 einverleibt worden sind. Das heißt: Wären diese Ueberschüsse des Jahres 1911 nicht vorhanden gewesen, so würde der Anleihebedarf für

das Jahr 1913 nicht 33,4 Millionen, sondern 220,7 Millionen betragen! Es kann also gar keine Rede davon sein, daß unsere Finanzen sich in einem Zustande der Gesundheit befinden! Denn wenn ein Etat nur durch Zuschüsse von 220 Millionen, sei es durch Anleihe, sei es durch Einverleibung früherer Ueberschüsse, ins Gleichgewicht gebracht werden kann, so ist das eine höchst bedenkliche Finanzwirtschaft. Dabei muß festgehalten werden, daß trotz dieses 220 Millionen-Zuschusses von einer Schuldentilgung gar keine Rede sein kann. Denn werden die 81,7 Millionen wirklich zur Schuldentilgung verwendet, so erhöht sich damit infolge eines Pumpes in gleicher Höhe der für den Etat 1913 notwendige Zuschuß auf mehr als 300 Millionen!

Aber noch etwas ist an dem Etat besonders interessant. Im Jahre 1912 ist in dem § 4 des Etatsgesetzes die Bestimmung aufgenommen worden, daß die Matrilinearbeiträge und die ordentlichen Einnahmen aus der eigenen Wirtschaft des Reiches unter entsprechender Erhöhung der bayerischen Quote zur Abbüdung der Vorschüsse der Seeresverwaltung sowie zur Bereitstellung von Betriebsmitteln für die Marinebekleidungsämter Verwendung finden können. Im Etat für 1912 war denn auch eine entsprechende Summe an Ausgaben für Bayern vorgesehen. Der Betrag entsprach aber nur dem Teil der bayerischen Ausgaben, der der Kopfstärke des bayerischen Kontingents entsprechend von den Reichseinnahmen auf Bayern berechnet werden muß. Im Etat für 1913 aber befindet sich unter „Allgemeiner Finanzverwaltung“ ein Ausgabenposten von 126,3 Millionen, der nicht etwa wie im Jahre 1912 die auf Bayern zu verrechnende Quote der Seeresunterhaltungskosten umfaßt, sondern eine Abbüdung der Vorschüsse der Seeresverwaltung zur Vorausbeschaffung und zur Bereitstellung von Betriebsmitteln für die Marinebekleidungsämter in Höhe von 126,3 Millionen! Wozu diese enormen Summen eigentlich dienen, erfährt man aus dem Etat für 1913 nicht. Folgt man aber einem Fingerzeig des neuen Etats, um im Etat für 1912 Nachforschungen anzustellen, so ergibt sich die Tatsache, daß die Vorausbeschaffung in der Ansammlung enormer Mengen von Proviant für Tiere, Menschen, für Beschaffung von Tuch, Leder usw. besteht. Da werden z. B. nicht weniger als zirka 60 Millionen für die Vernehrung der Reserve an Körnern, Heu und Stroh gebucht. Ferner 12 1/2 Millionen für Bildung einer Reserve an Mundverpflegung für Mannschaften usw. usw. Es ist uns nicht bekannt, daß in früheren Jahren jemals solche Riesensummen verlangt worden wären! Offenbar hat es sich hier darum gehandelt, in aller Stille Kriegsvorbereitungen zu treffen, die bis jetzt der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit entgangen sind. Diese Ausgaben figurieren denn auch nicht unter den Seeresausgaben, sondern sind dem im Jahre 1912 neugeschaffenen Etat der „Allgemeinen Finanzverwaltung“ einverleibt worden. Wenn diese 126 Millionen militärischer Ausgaben den anderen Militärausgaben zugerechnet würden, so würde die Ausgaben-erhöhung für Meer und Marine nicht 57 Millionen, sondern 183 Millionen betragen! Dann würde man eine Ausgabenhöhe für militärische Zwecke erreicht haben, die die Gesamteinnahmen des Reiches noch übersteigen würde!

Wir stellen also fest: Die finanzielle Gestaltung des Reichsetats ist eine höchst ungünstige, denn sie bedarf außer den Jahreserträgen der Reichseinnahmen eines Zuschusses von 220 Millionen. Trotzdem kann die Schuldentilgung in Höhe von 81 Millionen nur dann erfolgen, wenn die Schulden dafür eine Vermehrung von 81 Millionen erfahren.

Ferner: Sämtliche Einnahmen des Reiches werden durch Ausgaben für militärische Zwecke verschlungen. Eine enorme Höhe haben diesmal die militärischen Ausgaben dadurch erreicht, daß für Vorausbeschaffungen aller Art weit über 100 Millionen in den Etat eingestellt worden sind. Die Einstellung dieser Kosten beweist, daß die deutsche Regierung die Weltlage schon seit mindestens anderthalb Jahren als eine so gespannte ansieht, daß sie besondere Vorkehrungen dafür zu treffen für nötig hielt. Das deutsche Proletariat kann also auch aus dem Etat lernen, wie notwendig es ist, daß auch die arbeitende Klasse als Hort des Friedens unausgesetzt auf dem Posten ist!

Noch keine Klarheit.

Die Bevollmächtigten des Balkanbundes und der Türkei sind in der Nähe der Tschataldschalinie zusammengetreten, um die Grundlagen eines Waffenstillstandes und damit auch des Friedens zu beraten. Während dieser Zeit ruhen auf Grund eines stillschweigenden Uebereinkommens die Waffen. Nur die Belagerung von Adrianopel und Stutari nimmt ihren Fortgang, serbische Kolonnen marschieren nach der Richtung des vielgenannten Hasenortes Durazzo, und griechische Kriegsschiffe machen im Archipel noch Eroberungsfahrten. Die bulgarische und türkische Regierung lassen in der ihnen zur Verfügung stehenden Presse allerlei Nachrichten in die Welt gehen, die ihre Stärke und militärische Leistungsfähigkeit

dokumentieren sollen. Aber wenn auch zugegeben werden kann, daß die türkischen Truppen jetzt hinter der Tschataldschalinie sich in besserer Verfassung befinden, als die bisher geschlagenen Armeen, so ist an eine Wiedereroberung des verlorenen Terrains nicht mehr zu denken. Andererseits beweist die Abwendung der bulgarischen Rekruten, die erst vor wenigen Wochen eingestellt worden sind, nach dem Kriegsschauplatz, daß die bulgarische Armee zu neuen Kraftleistungen in absehbarer Zeit nicht imstande ist. Beiden Heeren aber droht nach wie vor der Bürger Cholera. Wenn sich also beide Parteien nach außen möglichst kraftvoll geben, so wird das an ihrer Bereitwilligkeit nichts ändern, ernsthaft einen Abschluß der Feindseligkeiten herbeizuführen.

Die Ruhe auf den Schlachtfeldern des Balkans erhöht aber die Unruhe und das Durcheinander in den europäischen Kanzleien. Die Politiker und Staatsmänner, als Vertreter der widerstrebenden kapitalistischen Masseninteressen, können sich noch immer nicht aus dem Wirrwarr der gefährlichen Situation herausfinden und schwanken täglich zwischen Pessimismus und Optimismus hin und her, produzieren sich heute als Beschwichtigungshofräte und morgen als säbelrasselnde Kraftmeier. Das gilt vor allem für die österreichische Politik. Besonders widerwärtig ist hier das Treiben der gewissenlosen Schmocks, die in der Herkale wie in der semitischen kapitalistischen Presse losgerissen, je nachdem ihnen die Regierung einen Informationsbrocken zugeworfen hat.

Wie machtvoll und würdig ist gegen dieses Treiben die Kundgebung des Internationalen Kongresses, deren Schall jetzt von Basel aus in Millionen Arbeiterherzen dringt und den Ruf des Proletariats gegen alle Anschläge der Kriegstreiber stählt. Freilich, die Regierungen stellen sich taub gegen die gewaltige Friedenskundgebung des Proletariats, ihre Diplomaten intrigieren ruhig weiter. Aber ob sie es nun zum äußersten treiben oder ob sie die schwebenden Konflikte für einige Zeit durch eine nach Friedensschluß zusammen tretende Konferenz bezulegen suchen, die Sozialisten aller Länder werden ihnen auf die Finger sehen und werden im Notfalle auch handeln, wie das Basler Manifest es gebietet.

Deutschlands Pflicht.

Aus Wien wird uns vom 25. November geschrieben: An der russischen Grenze, gegenüber Deutschland und Oesterreich-Ungarn, kann in aller Kürze eine Million russischer Soldaten versammelt sein, und nun wird wohl auch der öffentlichen Meinung im Reiche, die sich bisher begnügt hat, den Dingen, die sich aus dem Balkankrieg entwickeln, mit bloßer Zeitungsnugier zuzusehen, der schwere Ernst der Dinge zum Bewußtsein kommen. Auch aus den offiziellen Blättern der Wilhelmstraße weht nun ein anderer Wind, und während man in dem schwarzgelben Lande mit der deutschen Woffenmacht bedenkenlos prahlt, und die deutschen Soldaten schon lieber heute wie morgen marschieren sehen möchte, wird im Reiche der Gedanke des Krieges ganz energisch abgewiesen und die Gefährlichkeit der Situation gestillt gelugnet. Wie notwendig und wie zutreffend die Warnungen der Sozialdemokratie waren, werden nun wohl auch jene nicht zu leugnen wagen, die sich einbilden, weil es ihnen vergönnt ist, einmal auf Hintertreppen einem „einflussreichen Diplomaten“ zu begegnen und mit ihm über Krieg und Kriegsgeschrei zu plaudern, im Besitze besonderer Gaben zur Beurteilung auswärtiger Angelegenheiten zu sein. Tatsächlich hat sich die deutsche bürgerliche Presse, insbesondere die, die ihre Stärke in der Fülle zweifelhafter Informationen sucht, in der Abschätzung der wahrseinslichen Folgen der Forderungen Oesterreichs einer wahrhaft erstaunlichen Naivität hingegeben, und wenn das „Berliner Tageblatt“ die Unzulänglichkeit seiner Haltung nicht anders zu bemängeln wußte als mit der lächerlich-albernen Verächtlichkeit, der „Vorwärts“ habe sich „in den Dienst der panslawistischen Hege der Petersburger Damenpartei (Damenpartei: siehste, lieber Leser, die „Information“) und der schirenden Wundermönche gestellt,“ so hat es nur bewiesen, daß es ihm an der Fähigkeit sachlicher Auseinandersetzung betrüblich mangelt. Wenn man sich in der internationalen Politik für eine Sache nicht einsetzen dürfte, weil sich für sie auch Leute einsetzen, in deren Gesellschaft man sich nicht gern begibt, wenn man in auswärtigen Dingen nicht nach Vernunft und sozusagen auch nach Recht entscheiden dürfte, weil für die gleiche Ansicht auch Leute aus anderen Beweggründen sind, so würde sich die Betrachtung und Erwägung auswärtiger Angelegenheiten in einen ästhetischen Schnidknack auflösen, dem jeder Ernst fehlt. Aber die Entwicklung der Dinge hat die Wichtigkeit der sozialdemokratischen Auffassungen längst bewiesen.

Es war nämlich der Grundirrtum dieser Politik, die der Wiener Ballplatz begonnen und die Wilhelmstraße unterstützt hat, daß sich die Dinge auch diesmal so einfach „liquidieren“ lassen werden wie im Jahre 1909, als nach der Annexion die Serben ihr Kriegsgeschrei erhoben und dafür in Rußland werktätige Unterstützung zu finden schienen. Nun steht die Sachlage heute in jeder Hinsicht anders: Damals war der serbische Karm eine Trivialisität, und daß er in Rußland mehr

Die Insertions-Gebühr
Bericht für die sechsstelligen Kolonialgebiete aber deren Raum 10 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Bekanntmachungen 20 Pfg. Kleine Anzeigen, das festgesetzte Wort 20 Pfg. (außer 2 festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Geschäftsstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: Adressen „Sozialdemokrat Berlin“.

als ein Zeitungsbeho finden konnte, war vorweg ausge-
schlossen. Heute ist der fordernde Teil nicht Serbien, das sich
mit seinem Anspruch auf einen Streifen an der Adria auf das
Recht der Wäffern berufen kann, wegen die Großmacht für
ihre Forderung nicht das bescheidenste wirkliche Interesse
ihres staatlichen Lebens anzuführen vermag. Nun ging diese
Politik von der Voraussetzung aus, daß Serbien gegenüber
einem Willen von der Entschiedenheit, wie ihn die gesamte
Dreibundmacht darstellt, bei seiner Widerspenstigkeit nicht
werde verharren können, daß es werde einlenken müssen, daß
es, die Ausichtslosigkeit seiner Absichten erkennend, dem
Forderungen Oesterreichs nachgeben werde. Schon die An-
schauung zeigte eine erstaunliche Unkenntnis der psychologi-
schen Verfassung eines siegreichen Staates, zumal eines
Staates, in dem die Wäffern immer stärker war als die Be-
sonnenheit. Wie konnte ein verständiger Mensch daran nur
glauben, die serbischen Herren werden sich beeilen, Europa
zu beruhigen; wie konnte man glauben, Serbien werde un-
gesäumt und ohne Widerrede die Forderungen Oesterreichs
erfüllen? Vielmehr mußte man darauf gefaßt sein, daß
Serbien es darauf anlegen werde, den Brand
immer weiter zu tragen, seine Stellung also derart
wählen werde, die man jetzt als „Provokation“ be-
zeichnet, welche aber nur die Haltung ist, bei der
Serbien hoffen kann, von seinen auswärtsreisenden Hafens-
wünschen wenigstens einen Bruchteil durchzuführen. Wenn
es nun wirklich so in der Welt ist, daß der Frieden Europas
von dem Grade der Einsicht und der Vernunft Serbiens ab-
hängig scheint, wenn das kleine Serbien der Mittelpunkt
wird, um den alle Großmächte kreisen, so ist das nur die
Folge jener falschen Politik, die es Serbien ermöglicht hat,
die ganze slawische Welt zur Hilfe und Unterstützung anzu-
rufen. Wären die Diplomaten, von deren Dummheit wir
abhängen, nicht gar so unverständig, so hätte sich Oesterreich-
Ungarn, anstatt wie hypnotisiert auf den Sandhaß zu
schauen, vor Ausbruch der Feindseligkeiten oder gleich nach
Beginn des Krieges die Unverletzlichkeit des gesamten alban-
ischen Gebietes gesichert; damals hätte Serbien für die Ueber-
lassung des Sandhaßs diese bescheidenen Forderungen ohne
Säwanken erfüllt. Aber die famose Dreibunddiplomatie
hatte ihre Rechnung so ganz auf einen Sieg der Türken ge-
stellt, daß sie nun, da das Gegenteil eingetroffen, den Er-
gebnissen nachlaufen muß, ohne sie mehr einholen zu können.

Der zweite und der noch größere Irrtum war die falsche
Einschätzung Rußlands, von dem die Diplomaten nur den
jeweiligen Sjaforow sehen und für dessen Friedensliebe sie
Ströme von Tinte vergießen ließen. Aber es war doch eine
wahrhaft kindliche Vorstellung, sich einzubilden, die Sache
werde sich so glatt erledigen lassen wie im Annegationsjahre
und es werde eine Drohung mit der „schimmernden Wehr“
nach Petersburg genügen, um Rußland klar zu machen, daß
es seine Hand von der Sache zu lassen habe. Schon daß durch
diese vier Jahre hindurch mit dem Siege der „Zentralmächte“
über Rußland und über die Tripelentente unausgesetzt ge-
spracht wurde, und noch mehr, daß die Schwarzgelben von
dieser Kalkulation Rußlands durch den großen deutschen
Bruder unausgesetzt als mit einer fertigen Tatsache redeten
und rühmend verkündeten, daß es Rußland nicht wagen
könne, mit der Dreibundmacht anzubinden; schon das mußte
den Gegenstand auslösen, der nun in einem Maße erfolgt ist,
daß er die ganze Welt unheimlich erregt. Nun wird man in
Deutschland wohl begreifen, was seine wahre Pflicht war: die
nämlich, Oesterreich-Ungarn, wo man auf einen Preistigeerfolg
verlassen ist, von zweifelsvollen Forderungen, von gefährlichen
Drohungen abzuhalten, den Mangel an Besonnenheit,
den Oesterreich immer zeigt, wo es sich um serbische Dinge
handelt, durch erhöhte Kühle und Ueberlegung wettzumachen.
Allen Respekt vor der bundesgenössischen Kreuze, aber Deutsch-
land hätte sie weit besser betätigt, wenn es, statt Oesterreich
in seiner wechselvollen, haltlosen, von Forderung zu Forderung
taumelnden Politik zu bestärken, statt den Bundesgenossen in
einer Politik zu bestärken, die die Gefahr eines binnrisigen
Krieges in sich trägt, Oesterreich vor dummen
Streichen abgehalten hätte. Das war nun die
Politik, die die Sozialdemokratie angeraten hat und die die
bürgerlichen Uebergeleiteten verhöhnen zu dürfen glaubten
und die sie mit der kindischen Rederei — siehe den Herrn
Pastor Kaumann — abtun wollten, daß die Sozialdemo-
kraten die gigantische Bedeutung eines Hafens, der nur auf
dem Papier stehen würde, nicht einzusehen vermögen. Wie
aber derjenige in Oesterreich die einzige richtige Politik für
des Volkes Wohlfahrt macht, der den Staatslenkern den
Wahnwitz dieses Krieges um eines papiernen Hafens willen
unmöglich macht, so bewährt sich auch in Deutschland nun der
als der echte Vertreter der Interessen des deutschen Volkes,
der Deutschland von der Mitschuld und Mitlast dieses Krieges
abzuhalten versucht, der ein Verbrechen an der Menschheit
und die Verleugnung jeglicher Vernunft wäre, der in Wahr-
heit ein Krieg ist, der unter allen Umständen unterbleiben
muß.

Eine englische Friedensmahnung.

London, 26. November. (Privattelegramm des
„Vorwärts“.) Die sozialistische Presse hat
alles Recht, sich der Wirksamkeit ihrer Kritik
zu rühmen. Kein geringeres Organ als die offizielle
„Times“ schreiben heute in einem Leitartikel: In England
werden die Leute erlautet und ungläubig vernehmen, daß der
Krieg wegen der Frage eines serbischen Hafens oder selbst
wegen der dahinter stehenden größeren Angelegenheiten
möglich ist. Ja, dorthin treiben die Nationen blindlings.
Wer macht denn den Krieg? Die Antwort ist zu finden in
den Kanzleien Europas unter den Leuten, die zu lange mit
Menschenleben als mit Bauern in einem Schachspiel gespielt,
die sich in ihren Formeln und dem Jargon der
Diplomatie so verwickelt haben, daß sie aufgehört haben,
sich der handgreiflichen Realitäten, mit denen sie tänzeln, be-
wußt zu sein und so wird der Krieg ferner gemacht werden,
bis die großen Mächte, die der Spielball der professionellen
Kantenschniede und Träumer sind, das Wort sprechen, das
zwar nicht den ewigen Frieden — denn der ist unmöglich —
aber die Entschlossenheit bringen wird, daß Kriege nur für
eine gerechte, redliche und vitale Sache geführt werden. Wenn
das Wort je gesprochen werden soll, so war nie eine ge-
eignete Gelegenheit vorhanden als jetzt, und wir hoffen,
es wird gesprochen werden, während es noch Zeit ist.

Die Mächte „besprechen“.

London, 26. November. Wie das Reutersche Bureau aus hiesigen
diplomatischen Kreisen erfährt, ist, soweit hier bekannt, nichts ge-
schehen, was den Pessimismus rechtfertigen könnte, der in einigen
festländischen Hauptstädten zu herrschen scheint und sich auch eines

Teiles der hiesigen Presse bemächtigt hat. Man betont, daß die vor-
liegenden Tatsachen eher eine optimistische als eine pessimistische Auf-
fassung rechtfertigen, und weist darauf hin, daß die Mächte ihre
Besprechungen fortsetzen, um die Grundlagen für die Verhandlungen
einer künftigen Konferenz festzustellen. Man betont ferner,
daß die Bemühungen der Mächte darin anscheinend erfolgreich ge-
wesen sind, daß der österreichisch-serbische Streit wegen der Konfiskation
ein weniger ernstes Aussehen angenommen hat, und daß die Ver-
treter der kriegführenden Mächte die Verhandlungen über einen
Waffenstillstand als Vorläufer von Friedensverhandlungen wieder
aufgenommen haben.

Oesterreich und Serbien.

Das Treiben der schwarz-gelben Heypresse.

Wien, 26. November. Während die „Neue Freie
Presse“ nach der geistigen Neuerung der „Norddeutschen
Allgemein-Zeitung“ eine friedliche Sättigung des österreichisch-
serbischen Konflikt für möglich hält, meint die übrige Wiener
Presse, an der Situation habe sich absolut nichts gebessert.
Der Konflikt mit Serbien habe sich im Gegenteil durch
das neuerliche herausfordernde Vorgehen gegen den Konsul
Edl, den man unter allen Umständen in Ueslab festzuhalten
suche, verschlimmert. Es sei notwendig, in dieser Affäre
schleunigst Klarheit zu schaffen. Bezüglich Prochaska seien die
schlimmsten Befürchtungen angebracht. Das „Neue Wiener
Journal“ läßt sich sogar auf Belgrad aus ganz bestimmter
Quelle berichten, es sei kein Zweifel mehr daran, daß Prochaska
in Prag ermordet worden sei.

Konsul Prochaska in Ueslab.

Belgrad, 26. November. Nach einem Telegramm aus Ueslab
ist der österreichisch-ungarische Konsul Prochaska dort eingetroffen und
hatte mit dem österreichisch-ungarischen Konsul Edl eine Unterredung.
Seit gestern dürfen die fremden Konsuln in den besetzten Ge-
bieten mit ihren Regierungen durch Chiffredepeschen und versiegelte
Briefe korrespondieren.

Eine serbische Aeußerung zum Konsulatskonflikt.

Belgrad, 26. November. Das Regierungsblatt „Samouprava“
nennt die Affäre des österreichisch-ungarischen Konsuls Prochaska
peinlich und unerwünscht und führt aus, daß die Uebereiten, durch
den sachlichen Stand der Angelegenheit in keiner Weise begründeten
Ausfälle eines Teils der österreichisch-ungarischen Presse zu be-
dauern seien. Wenn die serbischen Militärbehörden — so heißt es —
einzelne nicht vollstän- gerechtfertigte Maßnahmen ergriffen haben
sollten — man sagt nicht umsonst à la guerre comme à la
guerre — so wäre es jedenfalls notwendig gewesen, erst das Er-
gebnis der Untersuchung abzuwarten, denn ebenso wie die
serbischen Militärbehörden konnte auch Prochaska selbst gefehlt
haben. Die Untersuchung wird dortan, wer die Schuld trägt. Die
serbische Regierung hat gegenüber Oesterreich-Ungarn und auch den
übrigen Nachbarn niemals Schölanen geübt und konnte kein Interesse
daran haben, daß dem Konsul Prochaska irgend etwas Unangenehmes
widerfährt. Die serbische Regierung kann danach überhaupt keine
Verantwortung treffen. Wenn die Untersuchung Fehler der serbischen
Militärbehörde erweisen sollte, so wird diese Behörde sich zu ver-
antworten haben.

Keine militärischen Maßnahmen Serbiens gegen Oesterreich.

Paris, 26. November. Der Sonder-Berichterstatter des
„Matin“ meldet aus Belgrad: Nichts kennzeichnet die Weisheit
Verfassung der Serben besser, als die Tatsache, daß sie bereits
an 60 000 Mann nach Throzien gesandt und noch weitere
50 000 Mann dorthin senden wollen, und daß sich im Lande
selbst gegenwärtig keine 10 000 Mann befinden. Die Serben
hätten ein unbegrenztes Vertrauen entweder zu der Mäßigung
und den Friedensabsichten Oesterreich-Ungarns oder zu dem
Beistande Rußlands.

Schwarz-gelber Koller.

Wie der „Frankfurter Jg.“ aus Wien gemeldet wird, ist dort
die „Arbeiterzeitung“ konfiszirt worden wegen Wiedergabe
der von dem Sozialistenkongress in Basel beschlossenen Resolution und
verschiedener dort gehaltenen Reden. Der Staatsanwalt hat ferner
die hier eingetroffenen deutschen Blätter „Leipziger Tageblatt“,
„Berliner Tageblatt“, „Bredlauer Zeitung“, „Damburger Fremden-
blatt“ und „Münchener Neueste Nachrichten“ konfiszirt.

Geheimnisträumerei im österreichischen Abgeordnetenhaus.

Wien, 26. November. Das Abgeordnetenhaus begann
heute die zweite Lesung der Regierungsvorlage betreffend die Ein-
führung der Klassenlotterie. Nachdem die Verhandlungen hierüber
abgebrochen waren, protestierte am Schluß der Sitzung der
Abg. Seig gegen die Konfiskation der heutigen „Arbeiterzeitung“
wegen Veröffentlichung des Friedensmanifestes
des Internationalen Sozialistenkongresses in
Basel und dagegen, daß der Präsident die diesbezügliche Inter-
pellation der Sozialdemokraten nicht verlesen ließ. Die Ausfüh-
rungen von Seig wurden von den Abgeordneten der Linken mit
lebhaften Schlußrufen und Lärm unterbrochen. Der Präsi-
dent erwiderte, er sei mit Rücksicht auf die schwere Situation, in
der der Staat sich befinde, der Ansicht, daß die Interpellation in
geheimer Sitzung zu verlesen sei. Abg. Stoelzl (Deutscher
Nationalverband) trat unter lebhaftem Beifall der Linken den Aus-
führungen von Seig entgegen und erklärte, die ganze Bevölkerung
Oesterreichs wolle den Frieden, aber den Frieden in Ehren. Stoelzl
hob den patriotischen Sinn der Bevölkerung hervor, welche bereit
sei, mit aller Kraft für die Ehre und für die Integrität des Reiches
einzutreten. Von dem gleichen Gefühle sei auch das Parlament
erfüllt. (Stürmischer, langanhaltender Beifall links.) Der Präsident
ordnet hierauf eine geheime Sitzung an, worin die Abgeordneten
sich der Ansicht des Präsidenten anschließen, daß die Interpellation
der Sozialdemokraten nicht in öffentlicher Sitzung zu verlesen sei.
(Rückige Sitzung morgen.)

Vom Kriegsschauplatz.

Die Waffenstillstandsverhandlungen.

Konstantinopel, 26. November. Der Minister des Aeußern
hat dem Vertreter von Wolffs Telegraphischem Bureau erklärt, daß
gestern nachmittag um 2 1/2 Uhr die Waffenstillstandsverhandlungen
begonnen hätten, indem die türkischen Unterhändler Oberst Ali Rifa,
der frühere Vorsitzende der montenegrinischen Grenzregulierungs-
kommission, und Reshid Pascha in Bakischilij mit den bulgarischen
Delegierten zusammentrafen. Bis gestern abend waren dem Minister
des Aeußern noch keine neuen Vorschläge Bulgariens bekannt.

Der Kampf um Adrianopel.

Sofia, 25. November. Die Besatzung Adrianopels unter-
nahm gestern einen neuerlichen Ausfall gegen den südlichen
Teil der bulgarischen Belagerungsarmee, wurde aber mit sehr
bedeutenden Verlusten zurückgeschlagen.

Eine angebliche jungtürkische Verschwörung.

Konstantinopel, 26. November. Ein Communiqué des Kriegs-
gerichts besagt über die Verhaftung von Jungtürken:

Während der Versammlung vom 7. Oktober, deren Teilnehmer den
Krieg forderten, bemerkte man unter der Menge, die einen Angriff
auf die Porte unternahm, vornehmlich Komiteemitglieder und
auch Offiziere in Zivil. Die Versammlung war organisiert
worden, um die Regierung zu stürzen und eine Revolution
herbeizuführen, was durch die Ausrufung der Manifestanten:
„Ihr habt das Land verkauft!“ bewiesen ist. Die Unter-
suchung stellte weiter fest, daß ein Delegierter des Komitees sich mit
einem Terroristen bekannt machte, um Bombenattentate gegen die
geheiligtste Person des obersten Kriegsherrn wie gegen den Kriegs-
minister und andere Würdenträger zu veranlassen. Auch die Militär-
behörde nahm Verhaftungen von Personen vor, die beschuldigt sind,
an diesen Plänen teilgenommen oder Einfluß auf sie ausgeübt zu
haben. Diefenigen Verhafteten, gegen die ausreichende Beweise
fehlten, wurden auf freien Fuß gesetzt. — Es heißt, daß eine An-
zahl der festgenommenen Komiteemitglieder nach Aonia gebracht
worden ist.

Deutsche Kriegsberichterstatter als Opfer der Cholera.

Frankfurt a. M., 26. November. Der „Frankf. Jg.“
wird aus San Stefano gemeldet: Legationsrat Dr. Bu-
miller ist im Grand Hotel zu San Stefano trotz der
Bemühungen zweier deutscher Aerzte gestern nacht an der
Cholera gestorben.

Konstantinopel, 26. November. Zwei deutsche Kriegs-
berichterstatter, die ebenso wie der verstorbene Legationsrat
Dr. Bumiller in San Stefano an Cholera erkrankt waren,
befanden sich auf dem Wege der Besserung.

Die Besetzung der Insel Chios durch die Griechen.

Athen, 26. November. Von Oberst Desagrammatico ist folgende
vom 25. d. M. datierte Depesche aus Chios eingelaufen: Die
Insel Chios ist seit gestern abend besetzt. Nachdem am selben Tage
in Contari Truppen gelandet waren, trat ich den Marsch zur Stadt
an, die ich ohne Schwere besetzte, da sich die türkische
Garnison ebenso wie die übrigen türkischen Truppen, die
von dem Landungskorps gleich nach der Landung zer-
streut worden waren, in die Berge zurückgezogen hatten. Die
türkischen Truppen in Stärke von 1800 Mann wurden von den
Griechen ins Innere der Insel zurückgeworfen. Sie verloren mehrere
Tote und Verwundete sowie 25 Gefangene. Durch eine Proklamation
habe ich der Bevölkerung die Besiegergreifung der Insel im Namen
des Königs der Hellenen mitgeteilt. — An der Eroberung von Chios
waren zwei Regimenter und zwei Batterien der griechischen Armee
beteiligt.

Teuerungsnote.

Heute endlich ist der Tag gekommen, an dem die Ver-
treter des deutschen Volkes mit dem Kanzler und der Regierung
abrechnen können, nachdem diese junkerlichen Hörgen monate-
lang der Anklage an der Stelle ausgewichen sind, die durch
die Verfassung zur Erörterung der dringlichsten Aufgaben vor-
gesehen ist. Wenn aber der Kanzler glaubt, daß durch
diesen Zeitausschub seine Schuld ins Vergessen geraten
ist und die ernstesten Ereignisse auf dem Balkan mit
all ihren Folgen das Interesse ablenken haben, so
irrt er sich. Wo die Not noch unvermindert herrscht, kann
es kein Vergessen geben. Die Vertreter der notleidenden
Massen werden heute von neuem die Elendsbilder entrollen
und die notwendigen Maßnahmen fordern, mit denen der
Hunger energisch bekämpft werden muß. Vergebens sind die
reaktionären Parteien der Regierung durch die Teuerungsnote
interpellation im Landtage zu Hilfe gekommen. Nicht das
Dreiklassenhaus ist dazu berufen, für die Wirtschaftspolitik des
deutschen Reiches irgendwelche Direktiven zu erteilen. Auf den
Reichstag und seine Mitglieder kommt es vielmehr an! Wenn
der Kanzler nicht etwa die verfassungsmäßige Institution des
organisierten Volkswillens verhöhnen will, wird er auch
nicht hinter die Formel flüchten können, daß er seine
und der Regierung Anschauungen über die Teuerung
bereits im Abgeordnetenhaus mitgeteilt habe. Rag er sich
auch in erster Linie als Werkzeug launischer Gnaden seines
Herrn oder als höflicher Kavaliere gegenüber den scheuen
Fragnern im Landtag fühlen, dem Reichstag ist er nicht
weniger volle Rechenschaft schuldig. Er wird sprechen, an-
worten müssen auf das, was die Volksvertreter ihm vorhalten
werden. Und wahrlich, dieses Schuldkonto ist nicht gering.

Als im vergangenen Sommer eine teilweise Mitternte,
die im wesentlichen nur Gemüse, Kartoffeln und Futtermittel
betraf, das nie an Ueberfluß leidende Volk schwer belastete,
da forderte man nicht nur Abhilfe für den Augenblick, sondern
wies den Kanzler auch auf die weiteren notwendigen Folgen
der Dürre hin. Gerade das plötzliche geringfügige und
schnell vorübergehende Sinken der Viehpreise, das der Kanzler
als Beweis normaler Zustände pries, hätte ihn auf die Ge-
fahr aufmerksam machen müssen, die dem deutschen Vieh-
bestand für die nächsten Monate und Jahre drohte. Aus Not
schlachteteten die Landwirte. Und heute herrscht ein Vieh-
mangel, wie er seit Jahrzehnten nicht erlebt worden ist. Un-
geheure Preissteigerungen und ein bedeutender Rückgang des
Konsums mußten die unvermeidbaren Begleiterscheinungen
werden, wenn man nicht die Grenzen für den Reichtum des
Auslandes, für den Ueberfluß der überreichen Länder
öffnete. Im vergangenen Jahre bereits hätte der Reichs-
kanzler durch Herabsetzung des Zolls auf Futtermittel und
Vieh die Minderung des deutschen Viehbestandes hindern
sollen. Der gleiche Kanzler aber wagt es jetzt, weitere
Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung mit der Rücksicht
auf den Bestand der deutschen Viehwirtschaft zu verweigern!

Das Material über die Not des Volkes liegt in Bahlen
und beschreibenden Angaben so reichlich vor, daß es keines
neuen Beweises bedarf. Auch die geringfügigen Erleichter-
ungen für die großen Städte haben keine nennenswerte
Besserung gebracht. Nach den amtlichen Ausweisen zählt
man noch heute für Hammel, Rind- und Kalbfleisch etwa
18 bis 20 Pfennige, für Schweinefleisch und Speck 40 bis 48
Pfennige mehr pro Kilo als im November des Vorjahres.
Im November zeigte sich sogar bei einigen Fleischsorten wieder
eine Tendenz zum Steigen der Preise, nachdem die zweite
Hälfte des Oktobers einen nur geringen Rückgang gebracht
hatte. Bei solcher Notlage gelten nicht die angeblichen Inter-
essen einer Handvoll Junker, da heißt es Hilfe schaffen für die
Millionen arbeitender Massen. Wirkliche Beseitigung der
Notlage kann aber nur der Bruch mit der bisherigen Wir-
tschaftspolitik bringen, deren Geschichte Opfer über Opfer an
Hunger und Not zählt.

Gleich der Regierung laden auch die bürgerlichen Par-
teien die volle Verantwortung auf sich, wenn sie sich mit den
schwächlichen Maßregeln zufrieden geben. Nur die Vertreter
der Sozialdemokratie kennen keine Aenderung in Programm
oder Taktik, ob sie vor einer Volksversammlung, im Rathaus,
im bundesstaatlichen Landtag oder im Reichsparlament

stehen. Den bürgerlichen Reichstagsabgeordneten kann man nur wünschen, daß sie ihre Vertreter im Landtage desabouieren und wenigstens jetzt energische Maßnahmen fordern. In den ersten Monaten der steigenden Teuerung haben einzelne von ihnen sich auf Mindestforderungen festgelegt. Ihre Wähler werden darauf achten, ob diese Worte auch eingelöst werden. Trotz aller Demagogie wird das Zentrum nicht den Verrat überliefen können, wenn es die in Schriften des R.-Glabdacher Verlags vertretene Forderung auf Herabsetzung der Futtermittelpreise und auf Einfuhr von Getreidefleisch wieder verleugnet. Auf seine angeblichen Bedenken, wie der Kollapsfall zu decken ist, werden unsere Vertreter nicht die Antwort „Beisitzer, Erbschaftsteuer“ schuldig bleiben. So werden auch die bürgerlichen Parteien vor die Entscheidung gestellt werden, ob sie infolge ihrer eigenen Schuld vor die Junker halten, freiwillig dieselben Knechtsdienste leisten wollen, die schon die Regierung in nicht zu übertrumpfender Weise wider den Willen der Mehrheit des deutschen Volkes ausübt.

Der zweite Wahlgang in Württemberg

erzeugt inner- und außerhalb des Landes eine größere Spannung als der erste. Das Ergebnis des ersten Wahlgangs hat bei den bürgerlichen Parteien Ueberraschungen nach zwei Richtungen hervorgerufen. Einmal erwies sich die Sozialdemokratie als wehrkräftiger, als man in bürgerlichen Kreisen angenommen hatte, zum anderen sah man die Möglichkeit einer aus Zentrum und Konservativen bestehenden Landtagsmehrheit in größerer Nähe gerückt, als man sie bis dahin vermutet hatte. Die Stuttgarter Ortsgruppe des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie hatte nach dem ersten Wahltage nichts Fertigeres zu tun, als allen bürgerlichen Parteien durch ein Schreiben ihre Vermittlung zum Zweck eines Zusammengehens gegen die Sozialdemokratie anzubieten. Die Sozialdemokratie sollte in ihrem Siegeszug nicht nur aufgehalten, sondern „zurückgeworfen“ werden. Aus dem im „Samm. Merkur“ veröffentlichten Antwortschreiben der einzelnen Parteien ergibt sich, daß fast natürlich die Konservativen zu einer Einigung mit den übrigen bürgerlichen Parteien bereit erklärten und dem angeregten Zusammentritt der Führer zustimmten. Die Konservativen hatten dabei nach der gegebenen Situation nur gewinnen können. Auch die Nationalliberalen antworteten, daß sie dem Gedanken eines Zusammengehens der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie sympathisch gegenüberstehen und bereits entsprechende Verhandlungen mit den Nachbarparteien eingeleitet hätten. Eine Ueberraschung bedeutet diese Antwort höchstens für jene sonderbaren Heiligen, die immer noch dem Gerede Glauben schenken, gemeinsam mit den württembergischen Nationalliberalen lasse sich eine schwarzblaue Landesregierung verbinden. Sobald es sich um die Schwächung der Sozialdemokratie handelt, gibt es für die württembergischen Nationalliberalen kein Befinden mehr: ohne weiteres sind sie bereit, der schwärzesten Reaktion das Land auszuliefern. Eine kleine Ueberraschung aber brachte die Antwort des Zentrums. Der Vorsitzende des Landesverbandes, Abg. Kembold-Gmünd, erwiderte dem Reichsverband, daß Zentrum wäre „zu einer Besprechung geneigt gewesen“, betrachte aber die Sache als gegenstandslos, nachdem inzwischen bekannt geworden, daß auf allgemeine Beteiligung der bürgerlichen Parteien nicht zu rechnen ist. Diese Wendung bezieht sich auf die tags zuvor bereits erteilte Antwort der Volkspartei, die dahin ging, sie erachte die Stellung des Reichsverbandes in Württemberg nicht als derart einflussreich, daß sie in ihm eine geeignete Vermittlung erblicken könne. Das war nun keineswegs eine prinzipielle Ablehnung der Einigung aller bürgerlichen Parteien, sondern eine billige Ausflucht, dem Zentrum aber genügt sie, um die Anregung als „gegenstandslos“ zu bezeichnen und sich völlige Freiheit vorzubehalten. Die Zentrumslösung ist nicht so totalitär, wie die nationalliberale Forderung. Sie wartet ab, wie der Hase läuft, und nachdem sie nunmehr sieht, daß die Volkspartei die stärksten Anstrengungen macht, eine Zentrumsherrschaft zu verhindern, wird sie ihre Konsequenzen ziehen.

Wenn die Führung der Volkspartei zu dem Entschluß kam, der Sozialdemokratie einen annehmbaren Verständigungsvorschlag zu machen, und wenn sie, wie es den Anschein hat, mit Energie für die Durchführung des partiellen sozialdemokratisch-volksparteilichen Abkommens eintritt, so tut sie das natürlich aus eigenem Interesse. Eine allgemeine Einigung der bürgerlichen Parteien wäre nur möglich bei einer so weitgehenden Schwächung der Volkspartei und Stärkung der Konservativen, daß die Volkspartei im nächsten Landtag jedes entscheidenden Einflusses beraubt wäre. Wer aber so lange in engen Beziehungen zur Regierung gestanden hat wie die Herren Bauer und Hauptmann, verzichtet nicht freiwillig auf diese angenehme Position. Die Sozialdemokratie hat, wenngleich sie sich in ihrem Urteil über die volksparteiliche Politik nicht betrennen läßt, keinen Grund, Herrn Götter indirekt zu unterstützen in seinen äßen Versuchen, Württemberg zu einer Filiale der Hertlingschen Regierung zu machen. Dazu kommt noch, daß die Aussichten unserer Kandidaten in allen fünf von dem Wahllokalen erfassten Bezirken gleich Null wären, wenn alle Kandidaturen aufrecht erhalten würden, daß sie aber in Leonberg und Waiblingen durch die von der Volkspartei unter Zurückziehung ihrer Kandidaten zugesagte Unterstützung — auch rednerische Hilfe ist seitens der Volkspartei in Aussicht gestellt worden — sich bedeutend günstiger gestalten und daß in Badnang und Waiblingen der Sieg der Konservativen, in Oberndorf der Sieg des Zentrums durch die Zurückziehung unserer Kandidaten und die Unterstützung der Volkspartei so gut wie ausgeschlossen ist. Die bereits mitgeteilten Stimmzahlen des ersten Wahlgangs beweisen das.

Außer in Leonberg und Waiblingen kämpft die Sozialdemokratie weiter in den folgenden 13 Bezirken:

	Soz.-Dem.	Liberal	Widtl.	Kons.	Zentr.
Wiesbaden	1731	1882	1140	—	—
Wöblingen	1785	1567	—	1184	—
Wöppingen	4910	5551	—	486	585
Wörlingen	2063	2489	—	798	2128
Wörsheim	2084	2682	—	2417	—
Wörsheim	2007	1767	—	1888	—
Wörsberg	2880	8027	—	222	—
Neußlingen-A.	2175	1695	Christl.-Soz.	148	146
			Widtl.	1215	—
Schorndorf	1363	825	1056	916	—
Sulz	890	1240	—	—	—
			Volksp.	—	—
Tübingen-A.	1709	1199	1450	269	—
Tutlingen	2343	2469	—	343	1293
Ulrich	1985	2688	—	1290	—

Mit Ausnahme von Tübingen-Amt, wo das liberale Wahlabkommen nicht galt, sind die liberalen Stimmen jeweils die von der Volkspartei und den Nationalliberalen gemeinsam abgegebenen. Aber auch in Tübingen-Amt ist es jetzt zur liberalen Einigung gekommen; die nationalliberale Kandidatur ist zurückgezogen, und die 1199 Stimmen werden, wenn alles klappt, der Volkspartei zufallen. In Schorndorf wurde sowohl die offizielle als die oppositionelle liberale Kandidatur gleichsamt einer Einigungskandidatur zurückgezogen. Auch der christlich-soziale Sonderling in Neußlingen-Amt will sein Glück nicht noch einmal probieren. In Wörsheim aber scheint der Kampf der protestierenden Demokraten, die von der Auslieferung dieses alten volksparteilichen Bezirks an einen Nationalliberalen, der die Reichstagskandidatur Raumanns heftig bekämpfte, nichts wissen wollen, bis zum bitteren Ende fortgesetzt zu werden. Unter diesen Modalitäten

stehen die verbündeten liberalen Parteien der Sozialdemokratie in allen 13 Bezirken gegenüber.

Von unseren Parteigenossen wird noch einmal mit Hochdruck gearbeitet.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. November 1912.

Reichstagsbeginn.

Es war ganz taftvoll von dem nationalliberalen Vizepräsidenten Dr. Baasche, daß er zu Beginn der ersten Sitzung des Reichstags nach den mehr als halbjährigen Ferien am Dienstag nicht nur der verstorbenen Mitglieder des Hauses, worunter ja auch leider unser Genosse Förster ist, und anderer dahingegangener Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, sondern auch der Opfer des furchtbaren Grubenunglücks gedachte, das sich am 8. August auf der Zeche Lothringen ereignet hat. Goffentlich läßt es der Reichstag bei einigen konventionellen Worten des Bedauerns nicht bewenden, sondern geht nun endlich einmal dazu über, reichsgesetzliche Schutzmaßnahmen für die Grubenproletarier zu schaffen.

Auf der Tagesordnung standen am Dienstag nur Petitionen. Von den Kapitalisten des Schiffahrtsgewerbes war der Reichstag ersucht worden, sich gegen die Einführung einer gesetzlichen Regelung der Sonntags- und Nachtrübe im Binnenschiffahrtsgewerbe auszusprechen. Genosse Schumann, der bei den letzten Wahlen in den Reichstag entsandte Vertrauensmann der deutschen organisierten Transportarbeiter, bekämpfte dieses Verlangen und gab dabei eine eindrucksvolle Darlegung der Ausbeutung und der Mißstände, wie sie in der Binnenschiffahrt immer noch herrschen und denen abzuwehren eine dringende Aufgabe des Reichstages ist. Auch die bürgerlichen Parteien konnten sich den gewichtigen Gründen des sozialdemokratischen Redners nicht widersetzen und mit großer Mehrheit wurde, nachdem auch noch Genosse Mollenhuth aus dem reichen Schatz seiner sozialpolitischen und geschichtlichen Kenntnisse die Forderungen der Binnenschiffahrtsarbeiter unterstützt hatte, über diese Petition zur Tagesordnung übergegangen. Bezeichnend für die sozialpolitische Gesinnung des Zentrums war das Eintreten seines Dr. Veil für eine Petition, die die gesetzlichen Bestimmungen über den Offenbarungseid noch weiter verschärfen will. Genosse Siebel wies nach, daß man mit solchen Verschärfungen keineswegs die Schieber, sondern nur den Mittelstand treffen würde, dessen Angehörige leicht in die Lage kommen können, einen Offenbarungseid leisten zu müssen. — Eine Petition, die verlangte, daß den Versicherungsanstalten in erhöhtem Maße die Pflicht auferlegt werde, drohender Invalidität durch ein Heilverfahren vorzubeugen, wurde vom Genossen Hoch eindringlich begründet. Er konnte darauf hinweisen, daß diese Petition schon jetzt die ersten schädlichen Folgen der arbeiterfeindlichen Gesetzgebung bei der Reichsversicherungsordnung zeige. Trotzdem wurde unser Antrag auf Ueberweisung zur Verächtlichung abgelehnt und nur Ueberweisung als Material beschlossen. Dagegen gelang es unseren Genossen, durch die überzeugenden Ausführungen des Genossen Brey, zu erreichen, daß eine Petition auf Milderung der Zuckersteuer, soweit der Zucker industriell, also zur Herstellung von Fruchtinsulinen, verwendet wird, zur Verächtlichung überwiesen wurde. Schließlich kam noch ein Fall von Aberkennung einer militärischen Invalidenpension zur Besprechung, wobei Genosse Sachse die Sache der Militärinvaliden vertrat.

Morgen, Mittwoch, wird der Reichstag seinen Präsidenten wählen, dann stehen die Interpellationen über die auswärtige Politik sowie die Regierungsmassnahmen gegen die Teuerung und eine fortschrittliche Interpellation über das Koalitionsrecht der Militärarbeiter auf der Tagesordnung.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Der Vorsitzende Genosse Mollenhuth widmete in der Fraktionsitzung am Dienstagabend zunächst dem verstorbenen Genossen Förster einen tiefempfundenen Nachruf. Die Fraktion wird beim Begräbnis durch eine Deputation vertreten sein. — Bei der Wahl des Präsidenten wird die Fraktion geschlossen für den Abg. Kaempf eintreten; die Rechte schlägt den Abg. Spahn vor.

Zur Fleischsteuerungsinterpellation, die am Mittwoch zur Verhandlung kommt, sprechen die Abg. Scheidemann, Mollenhuth und Dr. Südekum.

Zu der Interpellation Wähler und Genossen betreffend das Koalitionsrecht der Militärarbeiter werden für die sozialdemokratische Fraktion die Genossen Wöhle und Bauer sprechen.

Als Redner zum Etat wurden bestimmt: Ledebour, Dr. David, Haase und Dr. Frank.

Reichstags-Interpellationen.

Im Reichstag ist außer der sozialdemokratischen Interpellation über die auswärtige Lage auch eine Interpellation der Nationalliberalen über dasselbe Thema eingebracht worden, die folgenden Wortlaut hat:

„Ist der Herr Reichskanzler bereit, über die auswärtige Lage und die Richtlinien der deutschen Politik Auskunft zu geben?“

Diese beiden Interpellationen werden ebenso wie die Interpellation über die Teuerung auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung gestellt werden. Man nimmt in Reichstagskreisen an, daß morgen zunächst die Präsidentenwahl vorgenommen und dann die Teuerunginterpellation in Verbindung mit der ersten Lesung des Gesekentwurfs betreffend die Zollvereinfachungen aus Anlaß der Fleischsteuerung besprochen wird. Da diese Besprechung voraussichtlich an einem Tage nicht abgeschlossen werden kann, wird sich der Reichstag wohl auch noch Donnerstag und eventuell Freitag damit zu befassen haben. Schon dadurch würde die Besprechung der auswärtigen Politik sich um einige Tage verzögern, selbst wenn, was durchaus noch nicht feststeht, der Reichskanzler bereit ist, diese Interpellationen alsbald zu beantworten.

Alle sind sie wieder da —

Alle Vögel . . . ? Halt! Unseliger! Du sprichst von den hohen Parlamenten und gar von dem der Erlauchten und Edlen, dem preussischen Herrenhaus, das gestern gleichzeitig mit dem Reichstag sein viel weniger beachtetes Dasein wieder aufnahm, zunächst freilich bloß in einer kurzen, fast debattelosen Sitzung bestehend. Man warf zuvörderst dem wertgeschätzten und ehrengedachten Dreiklassenhaus eine Fleischaufgabe vor die Füße: einen der freikonservativen Initiative, dem Schädel Zeus-Biercks entsprungenen Gesekentwurf über die Heranziehung aller Beamten und sonstigen Wohlbestallten

in der Provinz Posen zu den Volksschulassen. Das Herrenhaus schließt sich dem ehemaligen Generalgouverneur über die Reichslande v. Koeller an, der da sagt: „Mängel konstatiert der Landtag — Abhilfe schlägt die Regierung vor!“ (Und wenn sie mal wirklich den Mängeln abhelfen muß, sträuben sich Erlauchte und Edle!)

Sonst gab es nur Petitionen und Amtsgerichtsbezirksänderungen mit Berichterstattermonologen. Als v. d. Goltz-Polska im Saal erschien, gruppierte sich alsbald eine Lichtabteilung um ihn mit dem alten Wlanen Gaeleler am linken Flügel. Und vor den Schnellsprechenden — waren es Türftaktikritiker? — konzentrierte sich alsbald der Generalfeldmarschall rückwärts.

Am Mittwochmittag kommt das Sozialkassengesetz auf die Reihe.

Die agrarische Volksversicherung.

Der agrarische Generallandschaftsdirektor Rapp ist seinem Ziele, eine Volksversicherung zu schaffen, die den Agrariern Mittel zur Verfügung stellen soll, um einen Schritt näher gerückt. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit fand in Berlin eine Sitzung statt, an der etwa 200 Personen teilgenommen haben darunter die Abgg. Schöner-Widow, Erzberger, Fohrbender, Giesberts, Feder-Arnberg, Schiffer-Magdeburg, Eichhoff, Dr. Crüger, ferner Vertreter des Bundes der Landwirte, des Hansabundes, des Zentralverbandes der Scharfmacher, des christlichen Gewerkschaften, der „Selben“ und des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. Die verbündeten Regierungen hatten 32 Vertreter entsandt, der Reichskanzler schickte ein Begrüßungsschreiben. Die Zusammenkunft dieser Versammlung allein läßt schon erkennen, wohin der Weg führen soll. Solange Gewerkschaften und Genossenschaften das Gebiet der Versicherung unbeachtet ließen, dachten die Reaktionsäre nicht daran, sich auf diesem Gebiete zu betätigen. Jetzt auf einmal macht alles in Volksversicherung. Die denkende Arbeiterschaft wird sich hüten, den Junkern Mittel zur Verfügung zu stellen, die durch ihre sauer verdienten Grochen aufgebracht würden, sie wird mit aller Macht für das eigene Unternehmen, für die „Volkssicherung“ wirken. Reichsverbändler, Selbe und Junker sind zu wohlbekannt, als daß ihnen die Arbeiterschaft ins Garn gehen könnte.

Englita-Poesie.

Recht gelungen perfiziert das antibachemische „Kathol. Deutschland“ in seiner Nr. 40 (vom 24. November) das Bemühen der christlichen Gewerkschaftsführer und ihrer Presse, in der antigewerkschaftlichen Englita des Papstes allerlei Schönheiten zu entdecken, das heißt sie zu ihren Gunsten umzufächeln. Das Blatt leistet sich folgende Verpöpfung:

„Königliche“ Englita-Auslegung.

Rum ist die Langersehnte da,
Die päpstliche Englita,
Die frohlich jubelt Treu-Berlin,
Doch „Köln“'s Eitren Falten zieht.

Der allgewalt'ge Zeitungsmann
Schumpfi im Bureau erst, was er kann —
Dann greift er rask zum Telephon,
Gibt Order aus und Aktion:

Für die erste Woche:

Rum flügel ganz geborsam Euch
Lud lobt des Papstes Autentisch,
Doch konstatieret auch mit Dank,
Daß es „Berlin“ nicht ganz gelang.

Für die zweite Woche:

Jetzt: Dank der „Dulduna“ ist es gut,
Daß und der Pops bekräftigen tut,
Er sagt ausdrücklich, feierlich:
Ohne „Christen“ gehts in Deutschland nich!

Für die dritte Woche:

Triumph! Der Papstbrief gibt uns recht,
Er lobt den Hochachtungswort,
Ja, ja, das muß halt mal so sein,
Doch wir sind mehr, das sieht er ein.

Für die vierte Woche:

Wir gehen unentwegt voran,
Der Papstbrief macht den „Christen“ Bahn,
Er war gefandt zum Schmerzvertreib,
Damit es so wie früher bleib!

Für die fünfte Woche:

Der Pops sagt selbst, das Heil der Welt
Ist auf's System von „Köln“ gestellt —
Als Doama sagt ers, daß im Rat
Der Arbeit er nichts zu sagen hat.

Für die ganze Zukunft:

Rieb ist's dem Pops und angenehm,
wenn futsch geht das Berlin-System —
Ihr müßt's gerstören, rald, ja, ja,
das fordert die Englita!

Für die ersten drei Wochen haben tatsächlich die christlichen Gewerkschaftsführer dieses Rezept befolgt.

Ergebnis der Reichstagsersatzwahl in Greifenberg-Ramin.

Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis erhielten bei der gestrigen Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Greifenberg-Ramin an Stimmen: Rittergutbesitzer v. Flemming (Wesentlich, deutsch-konservativ) 978, Hauptmann a. D. v. Puttlamer (Eberwalde, nationalliberal) 870, Geschäftsführer Meyer (Stettin, Sozialdemokrat) 762, zerplittert waren 2 Stimmen. v. Flemming ist somit gewählt.

Der Kreis Greifenberg-Ramin gehört seit jeher zum sicheren Besitz der Konservativen. Seit 1890 hat ihn ununterbrochen der Abg. v. Normann im Reichstuge vertreten. Dieser war bei der letzten Reichstagswahl mit 10 274 konservativen gegen 4165 national-liberalen und 1188 sozialdemokratischen Stimmen gewählt worden.

Der Bund der Landwirte bietet Prüdel an!

Es waren doch selbige Zeiten, als noch die Landräte Bekannmachungen erlassen konnten so in der Art, wie die des Landratsamtes vom Kreise Teltow, kraft deren den „ordnungsliebenden“ Bürgern der Rat erteilt wurde, daß, wo während der Wahlkampagne — es war 1890 — die amtlichen Organe nicht ausreichten, das „hörende“ künftigen sozialdemokratischer Flugblatts und Beileiter zu verhindern, diese letzteren selbst mit kräftiger Faust zu behandeln! Etwas anders ist es jetzt schon geworden, heute würde solchen Leuten die neue Zeit ganz anders um die Ohren pfeifen. Aber wir wollen uns nicht täuschen, in der lieb und vertraut gewordenen Tätigkeit, den Gegner zu verprügeln, ist auf dem Lande bei den Bündlern und Konservativen durchaus noch nicht eine nennenswerte Änderung eingetreten. Ist

es gerade kein Sozialdemokrat, so wird eben ein anderer ver-
sprüht. Wir hören schon wieder Oertel schreien und über Ver-
leumdung schimpfen, diesmal sei ihm der Reinfall erspart, wir
stellen gleich fest, ehe die „Deutsche Tageszeitung“ die Wahrheit
abgeleugnet hat, daß solche Prügelpolitik beim Bund der Landwirte
noch ganz offiziell betrieben wird.

In Preussisch-Oberndorf tagte kürzlich eine Versammlung des
Deutschen Bauernbundes, es war klar, daß der Bund der Land-
wirte und sein Freund und Bruder, der Westfälische Bauernverein,
seine Kampagnen ebenfalls in die Versammlung kommandierte.
Sie betrug sich dort aber so, daß sie rausgeschmissen wurden. Das
genügte ihnen aber noch nicht, man verespigte sich im Gastzimmer
zu einer „Versammlung“ des Bundes der Landwirte. Dort rückte
nun wieder ein bauernbündlerischer Lehrer gegen den Bund der
Landwirte vor. Was weiter vor sich ging, wollen wir lieber wörtlich
schreiben. Wir nehmen den Bericht aus dem Organ „Bund der
Landwirte“, dem offiziellen Vereinsblatt der gleichnamigen Orga-
nisation, und zwar der Nummer 47 vom 23. November 1912. Es
heißt da:

„Nun wollte man den dreijährigen Eindringling (den bauern-
bündlerischen Lehrer, D. N.) natürlich an die frische
Luft befördern, weshalb er seinen schleunigen Rückzug an-
trat. Dabei zog dieser Bauernbündlerführer noch berühmten
Vorwürfen seinen Revolver und schrie: „Zurück, oder
ich schieße, ich schieße!“

Im dem Wirte keine Angelegenheiten zu bereiten (die
Polizeistunde hatte schon geschlagen), liehen unsere Freunde den
Revolverhelden ruhig stehen, andernfalls wäre es ohne
Blutvergießen sicher nicht abgegangen, denn west-
fälische Bauern fürchten sich vor so einem Schießprügel nicht, aber
sie fassen Leute, die damit Politik treiben wollen, ohne Rück-
sicht auf deren Knochen an.

Es wäre übrigens interessant zu erfahren, ob die Bewaff-
nung mit Revolvern bei den Bauernbündleragenten üblich oder gar
obligatorisch ist, von dem Bauernbündlerführer (Dr. Böhmke?
D. Red.) wissen wir genau, daß er sich schon eine Browning-
pistole angeschafft, als er auszog, um den Warburger
Wahlkreis zu erobern.“

Diese Mitteilungen lassen weder einen Einblick in den guten
Ton, noch in die „greifbar“ überzeugende Agitationsmethode des
Bundes der Landwirte vermischen. Besonders interessant war uns
der Einblick in die Revolver- und Prügelagitation auch deswegen,
weil es ihre und die ihnen befreundeten Organe und Leute immer
sind, die gegen friedlich, ruhig und anständig demonstrierende
Arbeiter Polizeigewalt und Militärenergie verlangen.

Eine neue Strafexpedition fällt.

Aus Deutsch-Neuguinea meldet ein Telegramm des Gouverneurs
daß die Pfälzer Gebirgsjäger Weber auf Imboi, einer
größeren Insel zwischen dem Festlande von Neuguinea und
Neupommern, von eingeborenen Bergstämmen ermordet worden
sind. Die Familienangehörigen sind geborgen.

Ueber die Ursachen der Eingeborenenmordtaten schweigen sich
die offiziellen Telegramme wieder aus.

Zurechtgewiesene Gesehswächter.

In einer in Heinsdorf, Kreis Wohlau, im September statt-
gefundenen Versammlung unter freiem Himmel verlangte der
überwachende Gendarm nicht nur die Entfernung aller
Spazierstöcke, Schirme usw., da er diese als Waffen
ansah, sondern er drohte auch mit der Auflösung der Ver-
sammlung, wenn der Redner seine Angriffe auf die Re-
gierung nicht einstellte. Zur Auflösung der Versammlung kam es
aber nicht, trotzdem der Redner, Genosse Srowig-Breslau,
den Gendarmen wiederholt aufforderte, seine Drohung wahr zu
machen. Wegen dieser offenkundigen Verletzungen des Reichsvereins-
gesetzes beschwerte sich Srowig beim Landrat in Wohlau. Dieser,
ein Jurist, fand wunderbarerweise an dem Verhalten des Gen-
darmen nichts auszufehen. Er hielt die Beschwerde für gegen-
standslos, weil der Gendarm inzwischen nach einem anderen Ort
versetzt worden war. Damit war aber Srowig nicht einverstanden.
Er wandte sich an den Regierungspräsidenten. Erst hier erhielt
er eine einigermaßen befriedigende Antwort. In der es heißt, daß
kein ausreichender Anlaß vorhanden gewesen sei, mit der Auf-
lösung der Versammlung zu drohen.

Wenn sich sogar ein königlich preussischer Landrat, ein Jurist,
solche Verletzungen über das Reichsvereinsgesetz geben lassen muß,
dann kann man es verstehen, wenn die untergeordneten Instanzen
daneben hauen.

Herr Oberst Gädle ersucht uns um Veröffentlichung nach-
stehender Zuschrift:

Sic transit gloria mundi!

Damit begleitet das „Kleine Journal“ mein geiziges Aus-
scheiden aus seinem Redaktionsverband, dessen Zugehörigkeit ich
bereits mittels Kündigungsschreiben vom 14. November aufzugeben
erlaubt hatte. Der Jurist wäre mit mehr Recht an meine Adresse
gerichtet gewesen, damals als ich in jenen Redaktionsverband ein-
trat. Heute kommt er mit leider zu spät. Immerhin lasse ich mit
meiner Freude über die Freiheit, die ich wiedergewonnen habe, nicht
verkümmern, auch nicht durch den Artikel vom 28. d. Mts., in dem
man meinen Namen nach meinem Austritt zu einer auf Sensation
zugeschnittenen Polemik benützt. Solange ich der politische Leiter
gewesen, hat man Sensationen nicht so mühelos bei mir erreicht —
trotz dringlicher Bitten des Herrn Lehmann selbst. Nichts kenn-
zeichnet seine Moral, von der der Artikel überfließt, besser als sein
eigener Brief, in dem er seinerzeit mich bat, für einen anonym
geschriebenen Artikel mich selbst — zugunsten seines Ge-
schäftsprofits — an Stelle des Verantwortlichen in den
Vorbergrund zu schieben. Er schrieb wörtlich:

„Herr Rood ist zwar gerne bereit, die Verantwortung zu
übernehmen; aber der Riesen-Sensationsprozess, der
sich aus der Sache entwickeln dürfte, würde wohl in Wasser
fallen, da ein Prozess gegen Rood sehr wenig, ein Prozess gegen
Richard Gädle alles bedeuten würde.“

Meine konstante Weigerung hat aber die gewünschte Sensation
verhindert. Das nennt der Verleger Lehmann in seinem Blatt
einen Mangel an Mut, den er selbst manifestiert, indem er nach
der Verurteilung des Verantwortlichen heute noch den Verfasser
öffentlich denunziert, allerdings nachdem dieser aufgehört hat,
Herausgeber seines Blattes zu sein. Das ist Mut und das ist
Moral; daneben muß allerdings mein Bild verblasen.

Aber diese Denunziation gegenüber der Staatsanwaltschaft,
gerichtet an die Adresse der Öffentlichkeit, kann dem Mut des Ver-
legers und seiner Redaktionsgehilfen nicht genügen. Sie suchen
mich an einer anderen Stelle zu fassen, in der sicheren Hoffnung,
daß ich dort auch verdammt bin. Sie sagen mit jener Offenheit,
die eine frappante Ähnlichkeit mit der Indiskretion hat, ich hätte
aus rein „privatgeschäftlichen Interessen“ die Demokratische Ver-
einigung auszunutzen gesucht — wohlgerne! Ich, welche nicht der
Verleger, für dessen Blatt ich doch nur zu wirken beabsichtigte. In
der Tat habe ich damals meiner Partei das neue Blatt zuführen
wollen, unter dem oft betonten Hinweis, daß dies ein Gewinn für
uns wäre. Meine Partei war aber klüger als ich. Sie hielt sich
nicht an meine Hoffnung, sondern an ihre Erfahrung, und blieb
meiner Werbung fern. Das reizte mich zum Unmut und in
dieser Stimmung überzeugt, daß die Partei nicht allein meinen
ehelichen Willen verkennt, sondern auch den meines Verlegers,
sprach ich ihm von meinem allseitigen Austritt in jenem Privat-
brief, aus dem er den einen Satz zitiert: natürlich nur aus Wahr-
heitsdrang, natürlich nur aus Besenkenntnis. In solchem Falle
Verantw. Redakt.: Alfred Bielepp, Reußh. Inseratenteil verantw.:
H. Glode, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck u. Verlagsanstalt

kommt es auf eine Indiskretion nicht an, wenn man sie zu einer
Denunziation erweitern kann.

Man wird es danach begreiflich finden, daß mancherlei Erleb-
nisse mich zwangen, schon am 14. November — einer Woche vor
dem täglichen Erscheinen des Blattes — zu kündigen. Die „stär-
keren moralischen Vorstellungen“, von denen uns Herr Lehmann
eben einige Proben gab, wirkten mit der ganzen Umgebung immer
mehr befremdlich auf mich ein. Auch damals, als Herr Lehmann,
um den Druck der „Bankbeamtenzeitung“ zu er-
langen, mich aufgefordert hatte, in der neuen Bankbeamten-
bewegung zu agitieren. Ich wollte oh. Und mit Recht hebt Leh-
mann hervor, daß moralische Vorstellungen von anderer Seite
mich erst gefügig machen mußten, der neuen gewerkschaftlichen
Organisation näher zu treten. Das war eine Einladung von ihrer
Seite und die Weisung des Zentralvorstandes meiner Partei. Jetzt
waren es politische Interessen, die mich riefen und nicht mehr die
„privatgeschäftlichen des Verlags“.

Sic transit gloria mundi! So schwindet der Ruhm der Welt!
Ich sage es mir selbst in der letzten Zeit, als ich noch in der Re-
daktion tätig war, und deswegen habe ich gekündigt.

Das ist nun das Ende. Wenn wir es bald bei dem „Kleinen
Journal“ erleben, werden wir dann seine Vergangenheit mit dem
gleichen Spruche ehren können?

Richard Gädle.

Italien.

Die Wiedereröffnung des Parlaments.

Rom, den 24. November. (Fig. Ber.) Nach einer Ruhepause,
die keineswegs länger war, als in den anderen Jahren, werden
Kammer und Senat am 26. d. Mts. ihre Arbeiten wieder auf-
nehmen. Die bevorstehenden Arbeiten selbst bieten nichts, das ein
Aufeinanderplayen entgegengesetzter Meinungen und Interessen vor-
aussehen läßt. In üblicher Weise wird man mit den Gedächtnis-
reden auf die während der Ferien verstorbenen Abgeordneten be-
ginnen, nachdem Giolitti den Gesetzentwurf, durch den der
Friedensvertrag von Dsch. sanktioniert wird, vorgelegt
hat. Voraussetzlich wird die Wahl der diesen Gesetzentwurf
berberatenden Kommission dem Präsidenten überlassen werden,
und die mit Kennerblick gewählten Herren Kommissare
werden in kürzester Frist ihren Bericht vorlegen. Der
Friedensschluß wird zu dem untermeidlichen Phrasenschwall
Anlaß geben, für den jetzt in Italien eine wahre Hochflut aus-
gebrochen ist. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Rationalisten das
Jdhl hören, indem sie ihre Kritik der Friedensbedingungen, ihre
Enttäuschung über das Unterbleiben des „größeren Krieges“ laut
werden lassen. Eine Kritik ist wohl nur von sozialistischer Seite zu
erwarten. Nach dieser Diskussion, die Giolitti als geschickter
Regisseur in engen Grenzen zu halten verstehen wird unter
dem Vorwande, daß die „Feierlichkeit des historischen Moments“
dies erheischt, wird die Beratung über die Strafprozeß-
ordnung aufgenommen werden, an die man sich wahrscheinlich
in Erwartung des Kommissionsberichts über den Friedensvertrag
machen wird. Die neue Strafprozeßordnung ist bereits vom Senat
angenommen worden. Es folgen Entwürfe über die Reform der
Handelskammern, über die Gemeindegerechtigkeiten, über den Betrieb
der Apotheken usw.; mehr Arbeit, als man beim besten Willen vor
den Weihnachtstagen erledigen können. Bekanntlich ist jede
Kammer, die sich ihrem Ende nahe sieht, gutartig und leicht zu
handhaben. In besonders hohem Maße gilt das von dieser, die
schon bei ihrer Geburt nicht rebellisch veranlagt war und mit Pittern
und Beben dem Ungetöse der im nächsten Herbst bevorstehenden
Neuwahlen entgegengeht, bei denen vielleicht selbst Giolittis Wahl-
geschicklichkeit kein hinreichender Schutz sein dürfte.

Der italienisch-türkische Friedensvertrag.

Rom, 26. November. Die Deputiertenkammer nahm heute ihre
Arbeiten wieder auf. Der Ministerpräsident brachte das Gesetz
betreffend Ratifizierung des Vertrags von Lau-
sanne ein und verlas den bisher geheim gehaltenen modus
procedendi, der in Lausanne am 15. Oktober unterzeichnet wurde.
Dieser modus procedendi beginnt mit der Wendung: „Der König
von Italien und der Kaiser der Osmanen, geleitet von dem
gleichen Wunsche, den Kriegszustand zwischen den beiden Ländern
aufzuheben zu lassen, und angesichts der Schwierigkeit, zu diesem Ziele
zu gelangen, wegen der Unmöglichkeit für Italien, das Gesetz vom
26. Februar 1912, durch das die Souveränität über Tripolitania
und die Cyrenaika ausgeprochen wird, aufzuheben, und der Unmög-
lichkeit für das osmanische Reich, formell die Souveränität anzu-
erkennen.“ Nun folgen die Artikel über den Erlaß eines großherrlichen
Firman an die Bewohner Libyens, eines Dekrets des Königs von
Italien und eines großherrlichen Firman an die Bewohner der
Inseln im ägäischen Meere, deren Wortlaut in Anlage beigelegt ist.
Eine weitere Anlage enthält den Vertrag von Lausanne, so wie er
abgeschlossen und veröffentlicht worden ist, mit der Verpflchtung der
Bevollmächtigten, ihn zu unterzeichnen nach dem Erlaß der drei
oben genannten Akte. Ferner ist in dem modus procedendi vor-
gesehen, daß die von beiden Regierungen gemachten Aufwendungen
für die Unterhaltung der Kriegsgefangenen und Geiseln als gegen-
seitig ausgeglichen angesehen werden sollen.

Nach beendeter Verlesung des modus procedendi entbot Minister-
präsident Giolitti den tapferen Angehörigen des Heeres und der
Marine, die für das Vaterland gefallen, und den Diplomaten, die
inmitten großer Schwierigkeiten das hohe Prestige Italiens ein Jahr
lang aufrechterhalten hätten, eine herzliche Anerkennung. (Begeisterter,
langanhaltender Beifall.) Er hat sodann dem Präsidenten der
Kammer, eine Kommission zur Prüfung des Vertrages von Lausanne
zu ernennen. Kammerpräsident Marcora hob die große Bedeutung
der Kundgebung hervor, mit welcher die Kammer die Worte des
Ministerpräsidenten entgegengenommen habe. Er habe den edlen
Worten Giolittis nichts hinzuzufügen. (Langanhaltender, lebhafter
Beifall.)

Der dem Gesetzentwurf beigegebene Bericht fordert einen Kredit
von fünfzig Millionen Lire für das Ministerium
der Kolonien zu öffentlichen Arbeiten und für die Verwaltung
Libyens und spricht die Hoffnung aus, daß es gelingen möge, die
Prospektivität des Landes, die die Stammväter des neuen Italiens
dort geschaffen, eine schlechte Regierung aber vernichtet hätte, wieder
aufleben zu lassen.

England.

Eine Londoner Nachwahl.

Man meldet uns aus London: Am Dienstag fand in
dem Londoner Bezirk Bow and Bromley, den bisher der Genosse
Lansbury vertrat, eine Nachwahl statt. Lansbury hat ohne Zu-
stimmung der Labour Party oder der N. L. P., deren Mitglied er
ist, sein Mandat niedergelegt, um sich neu wählen zu lassen und zu
erfahren, ob die Wählerschaft seine Ansichten über das Frauen-
stimmrecht und das Versicherungsrecht teilt. Er tritt als unab-
hängiger Sozialist auf. An dem Versicherungsrecht verurteilt er
namentlich die Beitragspflicht, die gerade die Allerärmsten im Osten
Londons schwer bedrückt; er fordert eine Versicherung ohne Ar-
beiterbeiträge. Der Hauptpunkt seines Programms bildet jedoch
das Frauenstimmrecht. Ueber diese Frage hat er sich mit der
Labour Party überworfen. Er verlangt, daß die Arbeiterpartei

unbekümmert um die Art der zur Wählung stehenden Vorlagen
gegen die Regierung stimme, wenn sich diese nicht dazu verstehen
sollte, ihre Weisheit dazu zu gebrauchen, den Frauen in dieser
Session das Stimmrecht zu verschaffen. Die Arbeiterpartei will sich
dieser Politik nicht anschließen; sie erklärt, daß sie ihr mögliches
tun werde, um ein das Frauenstimmrecht einführendes Amend-
ment zur Wahlrechtsvorlage, das die Regierung im Falle der An-
nahme der Bill einberufen will, zur Annahme zu bringen, daß sie
aber Vorlagen wie die Wahlrechtsvorlage und die über die Auf-
hebung des Osborneurteils nicht gefahden könne. Daher der
Streit, auf den man nicht näher eingehen braucht, da er sowie so
schon zu zuviel unnützen und unerquicklichen Diskussionen ge-
führt hat.

Die Arbeiterpartei verhielt sich in diesem Wahlkampfe neutral.
Aber einige ihrer parlamentarischen Vertreter, wie die Genossen
Keir Hardie, Snowden, O'Grady und Thorne, unterstützten tätig die
Kandidatur Lansbury. Die größte Unterstützung fand der Kan-
didat jedoch bei den Frauenrechtlerinnen aller Schattierungen. Sie
glauben offenbar, daß der Sieg Lansburys ein Triumph für die
Frauenbewegung und ein Schlag gegen die zweideutige Haltung
der Regierung in der Frauenfrage sein wird. Die Liberalen des
Wahlkreises, die im Jahre 1910 auf Anregung des Schatzkanzlers
für Lansbury stimmten, haben von einer eigenen Kandidatur ab-
gesehen, obwohl Genosse Lansbury die liberale Regierung scharfer
angreift als der gegen ihn kandidierende Lord. Sie wollten den
Konservativen in einem dreiseitigen Wahlkampf kein Mandat zu-
schanzen, das nur eine Kinderheit der Wähler hinter sich hat und
von den Konservativen nur dazu benützt werden würde, um die sich
ausbreitende Befehung der Wähler zum Schutzgoll zu beweisen.
Der Gegner Lansburys ließ sich auf Lansburys Hauptforderung,
das Frauenstimmrecht, das er bekämpft, kaum ein und beschäftigte
sich mit den alten Konservativen Ladehütern.

China.

Militärische Expedition nach der Mongolei.

Peking, 23. November. (Melbung der „Agence d'Extremes-
Orient.“) Die Vorbereitungen für die chinesische Expedition in der
Mongolei werden mit Eifer betrieben. Die Expedition wird un-
gefähr 40 000 Mann stark sein, die in drei Abteilungen eingeteilt
werden. Augenblicklich werden in Kalgan, nördlich von Peking,
an der Grenze von Kansu und der Mandchurei, Truppen zu-
sammengezogen. Von diesen drei Punkten aus werden sich die
einzelnen Abteilungen der Expedition in Bewegung setzen. Die
größte Schwierigkeit besteht in der Durchquerung der Wüste Gobi,
wo es weder Wasser noch Nahrungsmittel gibt. Eine Kolonne, die
von Kansu abgeht, wird die Wüste durchqueren und direkt auf
Kuljassoutai, östlich von Urga, marschieren, wo sie sich für die un-
wirkliche Gegend neu verproviantieren kann. Sie steht unter dem
Kommando eines regierungsfreundlichen Führers. Von dort aus
wird sie ihren Marsch nach Urga fortsetzen. Eine zweite Abteilung,
die von Kalgan ausgehen wird, wird auf dem Wege Kalgan-Urga
quer durch die Wüste marschieren. Diese Abteilung wird die
größten Schwierigkeiten zu überwinden haben, denn ihre ganze
Verproviantierung, Wasser, Reis und Vieh, muß über Kalgan ge-
schehen. Die dritte Abteilung schließlich wird die wichtigste sein.
Von der Grenze der Mandchurei abgehend, braucht sie die Wüste
nicht zu passieren. Sie wird durch sehr gebirgige, aber verhältniß-
mäßig reich bevölkerte Gegenden marschieren. Die drei Kolonnen
werden sich gegen Urga konzentrieren.

Soziales.

Krankenkassen und Medizin.

Zu unserem Artikel, den wir unter dieser Ueberschrift in der
Sonntagsnummer gaben, schreibt uns der Hersteller des „Byrenol“,
Dr. Porowitz:

„Das „Byrenol“ kostet nicht das Hundertfache der Herstellung,
sondern nur 1 M. für 20 Tabletten à 0,5 Gramm. Es ist dies
ein Preis, der es allen Krankenkassen ermöglicht, das „Byrenol“
für ihre Krankenkassenmitglieder zur Bekämpfung durch den Arzt
zugulassen. Wenn man berücksichtigt, daß von diesem Detail-
preis die Rabattsätze für Apotheker und Großisten abgehen, so
bleiben für den Fabrikanten nur circa 53 Pf. als Ertrag übrig.
Die Herstellung eines Röhrens „Byrenol“-Tabletten nach dem
von mir eingeführten Verfahren kostet circa 2 Pf. Demnach
verbleibt ein Gewinn von nur 31 Pf., was gewiß nicht zu hoch
ist, wenn man berücksichtigt, daß die Einführung eines Präpa-
rates große Geldopfer und sehr viel Zeit, bisweilen mehrere
Jahre, während deren man ohne jeden Verdienst arbeitet, er-
fordert.“

Wir hatten nichts über den Preis des „Byrenols“ geschrieben,
sondern lediglich auf die uneres Erachtens durchaus unbillige
Differenz zwischen dem Herstellungspreis und dem Verkaufspreis
zeichenrechtlich geschützte Arzneipräparate verwiesen. Eine solche
Differenz besteht nach den Angaben des Erfinders des „Byrenol“
auch bei diesem Präparat, denn 2 Pf. Herstellungslosten, 1 M.
Verkaufspreis ist unbillig, wenngleich die Differenz keine größere
ist, als die bei ähnlichen zeichenrechtlich geschützten Arzneien. Es
bleibt ein nur durch kapitalistische Sonderinteressen erklärlicher
Widerspruch, daß Arzneien zwar nicht patentiert werden dürfen,
um durch das Patent und den Patentpreis die Medizin nicht der
Allgemeinheit vorzuenthalten, daß aber Arzneien zeichenrechtlich ge-
schützt werden können und dadurch eine Preishöhe erreichen, die
der Gesetzgeber durch das Verbot des Patentes mit Recht verhindern
wollte.

Der Balkankrieg.

Der Stand der Friedensverhandlungen.

Konstantinopel, 26. November. (Melbung der Wiener Z. Z.
Telegr.-Korr.-Bureau.) Die Rechtsbestände der Bforte, Reschid
und Herant, die mit der Unterstützung der türkischen Friedens-
unterhändler beauftragt sind, reisen heute abend ins Hauptquartier
ab. Die türkischen und bulgarischen Bevollmächtigten hielten heute eine
Konferenz ab. Morgen wird die letzte Konferenz stattfinden. In
der gestrigen Sitzung erklärte die türkischen Bevollmächtigten, sie
wollten nicht einmal von der Uebergabe Adria-
nopels sprechen hören. Man glaubt, daß die Verhandlung
abgebrochen und die Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden.

Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.

Letzte Nachrichten.

Wegen Landesverrat verhaftet.

Bregenz, 26. November. (B.-G.) 18 Soldaten des 77. In-
fanterie-Regiments der hiesigen Garnison wurden heute unter
dem Verdachte verhaftet, die österreichischen Mobilisationsanord-
nungen an Rußland verraten zu haben.

Massendefertationen.

München, 26. November. (B.-G.) Aus Kriegsgefangen flüchten
zahlreiche wahrpflichtige Russen über die Grenze. Vielen fehlen
die nötigen Mittel zur Weiterreise, so daß die Russen sparsamweise
in den österreichischen Grenzorten festhalten.

Paul Singer & Co., Berlin SW, Gergo 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

70. Sitzung, Dienstag, den 26. November 1912, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Niemand.

Vizepräsident Dr. Paasche heißt die Abgeordneten herzlich willkommen und gedenkt der in den Ferien verstorbenen Abgeordneten Bachmeier (Bauerbund), v. Normann (L.), Dr. Will (Z.), Förster (Soz.).

Petitionen.

Eine Petition betr. reichsgesetzliche Regelung des Irrenwesens und durchreisenden Schutzes gegen unbegründete Einweisung in staatliche oder private Irrenanstalten beantragt die Kommission, dem Reichszentralrat als Material zu überweisen.

Abg. Dr. Gerlach (Z.) verliest eine längere Rede, die auf der Tribüne gänzlich unverständlich bleibt.

Abg. Dombek (Volk) betont im Hinblick auf einen speziellen Fall die Notwendigkeit, die Regresspflicht dessen festzulegen, der jemand unrichtig in eine Irrenanstalt interniert hat.

Abg. Dr. Struve (Sp.): Das Irrenwesen ist bei uns so mangelhaft geregelt wie in keinem anderen Staate.

Abg. Baffermann (natl.): Im Volke ist jedenfalls die Meinung verbreitet, daß die nötigen gesetzlichen Garantien gegen die fahrlässige Behandlung solcher Fälle nicht gegeben sind.

Der Kommissionsantrag wird angenommen. Petitionen gegen die Einführung einer gesetzlichen Regelung der Sonntags- und Nachtruhe im Binnenschiffahrtsgewerbe beantragt die Kommission als Material zu überweisen.

Von den Sozialdemokraten und dem Zentrum liegen Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung vor.

Abg. Schumann (Soz.):

Wir beantragen, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. Die Petition wendet sich gegen jede gesetzliche Regelung der Sonntagsruhe in der Binnenschiffahrt, weil eine einheitliche Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Binnenschiffahrt nicht möglich ist.

36 und 40 Stunden ununterbrochen hinter einander festgestellt. Das Gutachten des Reichsgesundheitsamts hat es den Herren vom Zentralverein besonders angetan, sie nennen seine Schlussfolgerungen unrichtig, wenig zuverlässig, vollständig abwegig und falsch.

Kleines feuilleton.

Kinderpiele. Im Schöneberger Stadtpark habe ich zwei Freunde, Fritz und Kurt. Zwei prächtige Vögel, led und vorlaut und tapfer und hochgemut wie Götterkinder und voller Einfälle und Scherzreden.

„Hörst du auch wollen“, sagt Kurt wichtig. „Da hättest Du den Madam hören sollen. Kunstgeschichten hat mich mein Vater und gebilligt: Kunsthandwerker wüste und nicht Maler.“

„Was ist das für ein Mist, den Sie da malen. Das kann ich nicht verlaufen.“

„Was ist das für ein Mist, den Sie da malen. Das kann ich nicht verlaufen.“

„Was ist das für ein Mist, den Sie da malen. Das kann ich nicht verlaufen.“

„Was ist das für ein Mist, den Sie da malen. Das kann ich nicht verlaufen.“

„Was ist das für ein Mist, den Sie da malen. Das kann ich nicht verlaufen.“

„Was ist das für ein Mist, den Sie da malen. Das kann ich nicht verlaufen.“

„Was ist das für ein Mist, den Sie da malen. Das kann ich nicht verlaufen.“

„Was ist das für ein Mist, den Sie da malen. Das kann ich nicht verlaufen.“

„Was ist das für ein Mist, den Sie da malen. Das kann ich nicht verlaufen.“

„Was ist das für ein Mist, den Sie da malen. Das kann ich nicht verlaufen.“

essen. Demgegenüber haben die Arbeiter am 10. und 11. November auf ihrer Tagung in Hamburg ihre Forderungen aufgestellt, die auf eine achtstündige Nachtruhe gerichtet sind, sowie auf eine vollständige Sonntagsruhe in der See- und Binnenschiffahrt; in der Personenschiffahrt wird verlangt, daß jeder dritte Sonntag frei ist und daß in den übrigen Wochen dafür ein Wochentag freigegeben ist.

Abg. Dr. Dohle (Z.): Der Reichstag hat sich mit der Frage der Sonntags- und Nachtruhe bereits beschäftigt und seine Meinung zum Ausdruck gebracht; deshalb ist eine Ueberweisung der Petition als Material unnötig, sondern wir können über sie zur Tagesordnung übergehen.

Abg. Baffermann (natl.): Die Angriffe des sozialdemokratischen Redners auf den Zentralverein für Binnenschiffahrt waren nicht berechtigt. Für eine gesetzliche Regelung der Materie sind auch wir, aber die Schwierigkeiten, die in der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse liegen, verkennen wir nicht.

Abg. Dr. Burchardt (Wirtsch. Vg.): Wir haben bereits früher einmal Uebergang zur Tagesordnung über ähnliche Petitionen beschlossen und werden heute hinter diesem Beschluß nicht zurückbleiben.

Abg. Gerlach (Z.): Eine einheitliche Regelung dieser Materie ist äußerst schwierig. Die Vorschriften für den Rhein würden nicht passen für die Ströme im Osten. Häufig liegt für den kleinen Schiffer, der Ladung genommen hat, die unbedingte Notwendigkeit vor, auch des Nachts weiter zu fahren.

Abg. Frhr. v. Camp (Sp.): Ich kann dem Vorredner, was ja selten vorkommt, durchaus zustimmen. Nach dem Verlauf der Debatte verleihe ich nicht, wie der Beschluß der Kommission hat zustande kommen können.

Abg. Wollenbuhr (Soz.):

Die Frage hat den Reichstag schon seit Jahrzehnten beschäftigt. Bereits am 7. Mai 1895 hat er in einer Resolution den Reichszentralrat ersucht, in der Kommission für Arbeiterstatistik auch Erhebungen über die Sonntagsarbeit in der Binnenschiffahrt und in Reedereibetrieben anstellen zu lassen.

Die Freuden des Zwischenaktes. Im Pariser Theaterleben soll eine Neuerung eingeführt werden, die über die gähnende Leere und Langweiligkeit des Zwischenaktes hinweghilft.

Die Freuden des Zwischenaktes. Im Pariser Theaterleben soll eine Neuerung eingeführt werden, die über die gähnende Leere und Langweiligkeit des Zwischenaktes hinweghilft. Diese Pausen, die ja immer länger werden, sind mit der Zeit zu einer gefährlichen Klippe des Theaterbesuches geworden.

Der Gesangverein „Kreuzberger Harmonie“ gab in seinem Konzert in der Brauerei Friedrichshagen Gelegenheit zu interessanten Beobachtungen über Technik des Männerchorgesanges.

Die ungefähre 110 Herren haben es unter Leitung ihres Chormeisters Franz Wöhe mit erschöpflicher Aufmerksamkeit von Vorn bis hinten um ganzen sorgfältig abgetönten Vortrag gebracht und erfreuen auch durch deutliche Aussprache.

Die Freuden des Zwischenaktes. Im Pariser Theaterleben soll eine Neuerung eingeführt werden, die über die gähnende Leere und Langweiligkeit des Zwischenaktes hinweghilft.

Ruhe nützt den Schiffen nichts, denn sie können doch nicht gewissermaßen durch einen langen Winter schlafen. Sie müssen für die übrige Zeit bedenken (weiter), sondern müssen täglich einmal schlafen. Fährt kein Schiff, so müssen die Leute eben andere Arbeit suchen.

Abg. Schumann (Soz.) als Berichterstatter stellt fest, daß die Sozialdemokraten bereits in der Kommission den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung gestellt haben.

Eine Petition betr. Aenderung der Bestimmungen der Zivilprozessordnung über den Offenbarungseid beantragt die Kommission zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Abg. Dr. Bell (Z.): Es stehen keineswegs immer reiche Gläubiger armen Schuldner gegenüber, sondern oft liegen die Dinge gerade umgekehrt. Die Petition richtet sich gegen die Sorte von Schuldner, die nach dem Spruche handeln: Man manifestiert sich so durch, es handelt sich darum, den ehrlichen Erwerbstand, den gutgläubigen Gläubiger gegen den gewissenlosen Schuldner zu schützen.

Abg. Wiebel (Soz.):

Wie will denn der Vorredner den vermeintlich gerissenen und bössartigen Schuldner von dem untercheiden, der ehrlich bestrebt ist, seinen Verpflichtungen nachzukommen? Die in der Petition geforderten Verschärfungen sind recht bedenklich, gerade auch für den mittleren Erwerbstand, dessen Angehörige sehr leicht in die Lage kommen können, den Offenbarungseid zu leisten.

Die Petition wird zur Kenntnis genommen. Eine Petition auf Erweiterung des § 1260 der Reichsversicherungsordnung beantragt die Kommission als Material zu überweisen; die Abg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen Ueberweisung zur Verlesung.

Abg. Hah (Soz.):

Den Versicherungsanstalten ist es überlassen, in solchen Fällen, wo eine drohende oder bestehende Invalidität durch ein Heilverfahren beseitigt werden kann, dieses zu bewilligen oder zu verweigern. Die Petition wünscht, daß in solchen Fällen den Versicherungsanstalten die Pflicht auferlegt wird, das Heilverfahren zu gewähren.

Die Petition wird zur Kenntnis genommen. Eine Petition auf Erweiterung des § 1260 der Reichsversicherungsordnung beantragt die Kommission als Material zu überweisen; die Abg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen Ueberweisung zur Verlesung.

Die Petition wird zur Kenntnis genommen. Eine Petition auf Erweiterung des § 1260 der Reichsversicherungsordnung beantragt die Kommission als Material zu überweisen; die Abg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen Ueberweisung zur Verlesung.

mäßige Behemung eingestellt war. Sodann geht es wohl auf das Bestreben, den einzelnen Ton sorgsam auszuschnüpfen zurück, das oft etwas zaghaft eingeleitet und erst kurz nach dem Einsetzen der Höhepunkt des Tones angestrahlt wird.

Die Auswahl der Chöre hat nichts Besonderes. Schubert und Schumann (dessen „Jugendleben“ der Dirigent von der Klavierbegleitung aus leitete — ein schwierigeres Kunststück!) sind natürlich stets willkommen; ein Volkslied ebenso.

Das Berliner Sinfonie-Orchester unter der Direktion von W. F. F. scheint zu seinen Darbietungen — gleich neun an der Zahl — eine etwas gebundene Marschfronte gehabt zu haben; sonst würde es wohl kaum den Graica-Trauermarsch, der matt hingezogen wurde, und das Lohengrin-Vorspiel, zu dem die Ausgeglichenheit und auch schon die Klangmasse fehlte, gebracht und sich eher mehr an Stelle wie die biblisch gesungene Wagnon-Ouverture gehalten haben.

Das Berliner Sinfonie-Orchester unter der Direktion von W. F. F. scheint zu seinen Darbietungen — gleich neun an der Zahl — eine etwas gebundene Marschfronte gehabt zu haben; sonst würde es wohl kaum den Graica-Trauermarsch, der matt hingezogen wurde, und das Lohengrin-Vorspiel, zu dem die Ausgeglichenheit und auch schon die Klangmasse fehlte, gebracht und sich eher mehr an Stelle wie die biblisch gesungene Wagnon-Ouverture gehalten haben.

Das Berliner Sinfonie-Orchester unter der Direktion von W. F. F. scheint zu seinen Darbietungen — gleich neun an der Zahl — eine etwas gebundene Marschfronte gehabt zu haben; sonst würde es wohl kaum den Graica-Trauermarsch, der matt hingezogen wurde, und das Lohengrin-Vorspiel, zu dem die Ausgeglichenheit und auch schon die Klangmasse fehlte, gebracht und sich eher mehr an Stelle wie die biblisch gesungene Wagnon-Ouverture gehalten haben.

Das Berliner Sinfonie-Orchester unter der Direktion von W. F. F. scheint zu seinen Darbietungen — gleich neun an der Zahl — eine etwas gebundene Marschfronte gehabt zu haben; sonst würde es wohl kaum den Graica-Trauermarsch, der matt hingezogen wurde, und das Lohengrin-Vorspiel, zu dem die Ausgeglichenheit und auch schon die Klangmasse fehlte, gebracht und sich eher mehr an Stelle wie die biblisch gesungene Wagnon-Ouverture gehalten haben.

Das Berliner Sinfonie-Orchester unter der Direktion von W. F. F. scheint zu seinen Darbietungen — gleich neun an der Zahl — eine etwas gebundene Marschfronte gehabt zu haben; sonst würde es wohl kaum den Graica-Trauermarsch, der matt hingezogen wurde, und das Lohengrin-Vorspiel, zu dem die Ausgeglichenheit und auch schon die Klangmasse fehlte, gebracht und sich eher mehr an Stelle wie die biblisch gesungene Wagnon-Ouverture gehalten haben.

Das Berliner Sinfonie-Orchester unter der Direktion von W. F. F. scheint zu seinen Darbietungen — gleich neun an der Zahl — eine etwas gebundene Marschfronte gehabt zu haben; sonst würde es wohl kaum den Graica-Trauermarsch, der matt hingezogen wurde, und das Lohengrin-Vorspiel, zu dem die Ausgeglichenheit und auch schon die Klangmasse fehlte, gebracht und sich eher mehr an Stelle wie die biblisch gesungene Wagnon-Ouverture gehalten haben.

Das Berliner Sinfonie-Orchester unter der Direktion von W. F. F. scheint zu seinen Darbietungen — gleich neun an der Zahl — eine etwas gebundene Marschfronte gehabt zu haben; sonst würde es wohl kaum den Graica-Trauermarsch, der matt hingezogen wurde, und das Lohengrin-Vorspiel, zu dem die Ausgeglichenheit und auch schon die Klangmasse fehlte, gebracht und sich eher mehr an Stelle wie die biblisch gesungene Wagnon-Ouverture gehalten haben.

Das Berliner Sinfonie-Orchester unter der Direktion von W. F. F. scheint zu seinen Darbietungen — gleich neun an der Zahl — eine etwas gebundene Marschfronte gehabt zu haben; sonst würde es wohl kaum den Graica-Trauermarsch, der matt hingezogen wurde, und das Lohengrin-Vorspiel, zu dem die Ausgeglichenheit und auch schon die Klangmasse fehlte, gebracht und sich eher mehr an Stelle wie die biblisch gesungene Wagnon-Ouverture gehalten haben.

Das Berliner Sinfonie-Orchester unter der Direktion von W. F. F. scheint zu seinen Darbietungen — gleich neun an der Zahl — eine etwas gebundene Marschfronte gehabt zu haben; sonst würde es wohl kaum den Graica-Trauermarsch, der matt hingezogen wurde, und das Lohengrin-Vorspiel, zu dem die Ausgeglichenheit und auch schon die Klangmasse fehlte, gebracht und sich eher mehr an Stelle wie die biblisch gesungene Wagnon-Ouverture gehalten haben.

Das Berliner Sinfonie-Orchester unter der Direktion von W. F. F. scheint zu seinen Darbietungen — gleich neun an der Zahl — eine etwas gebundene Marschfronte gehabt zu haben; sonst würde es wohl kaum den Graica-Trauermarsch, der matt hingezogen wurde, und das Lohengrin-Vorspiel, zu dem die Ausgeglichenheit und auch schon die Klangmasse fehlte, gebracht und sich eher mehr an Stelle wie die biblisch gesungene Wagnon-Ouverture gehalten haben.

Das Berliner Sinfonie-Orchester unter der Direktion von W. F. F. scheint zu seinen Darbietungen — gleich neun an der Zahl — eine etwas gebundene Marschfronte gehabt zu haben; sonst würde es wohl kaum den Graica-Trauermarsch, der matt hingezogen wurde, und das Lohengrin-Vorspiel, zu dem die Ausgeglichenheit und auch schon die Klangmasse fehlte, gebracht und sich eher mehr an Stelle wie die biblisch gesungene Wagnon-Ouverture gehalten haben.

genommen haben, ist der Reichstag es sich selbst schuldig, auch jetzt wieder Stellung zu nehmen; deshalb muß die Petition dem Reichsfinanzler zur Verächtlichmachung überwiesen werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Albrecht auf Ueberweisung zur Verächtlichmachung wird abgelehnt, der Antrag der Kommission (Ueberweisung als Material) wird angenommen.

Eine Petition von sechs gewerblichen Vereinen, welche die Befreiung der Zucksteuer bei Verarbeitung von Früchten in gewerblichen Etablissements verlangen, beantragt die Kommission, als Material zu überweisen.

Abg. Brey (Soz.):

Wir sind gegen alle steuerlichen Hemmnisse einer Industrie. Daher wünschen wir, daß der Reichstag den Wünschen der Petenten nachkommt. Dazu kommt, daß die Verteuerung der Fruchtmehlabgaben gerade die ärmsten Kreise der Bevölkerung trifft, die nicht in der Lage sind, Butter oder Ersatzmittel für Butter zu kaufen. An die Regierung richte ich die Anfrage, ob die in Aussicht gestellte Ermäßigung der Zucksteuer zum 1. April 1914 bestimmt zu erwarten ist. Sollte ich eine dies bezügliche Antwort nicht bekommen, so beantrage ich Ueberweisung der Petition zur Verächtlichmachung im Interesse der beteiligten Industrie, der obstandenen Landwirtschaft und im Interesse einer gesunden und abwechslungsreichen Ernährung der ärmeren Bevölkerung.

Nach kurzen Bemerkungen der Abg. Wunam (Wirtsch. Bg.) und Marquardt (natl.) wird der Antrag Brey auf Ueberweisung der Petition zur Verächtlichmachung mit großer Mehrheit angenommen.

Eine Petition des Kriegsinvaliden Hörster in Essen auf Wiedergewährung seiner Militärpension beantragt die Kommission dem Reichsfinanzler zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Abg. Sasse (Soz.):

Hörster hat 1871 seine Militärpension erhalten und 1904 eine Alterszulage. 1909 wurde ihm diese wieder entzogen und dann auch die Militärpension, nachdem er sie 38 Jahre bezogen hatte und inzwischen 69 Jahre alt geworden war. (Hört! hört!) In der Zwischenzeit war er wohlhabend gewesen, hatte aber sein Vermögen wieder verloren, und trotzdem hat man ihm die Rente entzogen. Die Kommission war der Meinung, daß formell nichts zu machen sei, da er den Rechtsweg beschritten hatte und abgewiesen worden ist. Aber der Reichstag muß es unbedingt beurteilen, wenn man einem 69jährigen armen Manne eine solche Rente wieder entzieht, während hohe Regierungsbeamte, die ferngelehrt in Pension gehen und dann in Privatbetrieben 40 000 Mark Jahresgehalt beziehen, nebenbei ihre hohe Pension vom Reiche erhalten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ein Kommissar der Militärverwaltung: Hörster hat die Feldzüge 1870 und 71 mitgemacht. (Hört! hört!) 1870 erkrankte er am Wechselfieber und erhielt im August 1871 die Militärpension, weil sich herausstellte, daß noch Folgen von dem Wechselfieber vorhanden sind, zunächst auf ein Jahr. Die Nachprüfung ergab, daß noch weitere Reste der Krankheit vorhanden waren, und weil die Ärzte annahmen, daß sich der Zustand nicht bessern würde, erhielt er die Pension dauernd zugewilligt. Als er 1904 die Alterszulage beantragte, wurde sie ihm bewilligt. Später ergab sich dann die Notwendigkeit einer Nachprüfung, und dabei stellte sich heraus, daß Rückstände von dem Reiden, auf Grund dessen er die Pension erhalten hatte, nicht mehr bestanden. Daher mußte ihm auf Grund des Gesetzes die Pension entzogen werden. Es ist in der Kommission angeregt worden, erneut in eine wohlwollende Prüfung der Sache einzutreten. Das soll geschehen, wenn Hörster auf Grund eines militärischen Zeugnisses den Nachweis erbringen sollte, daß doch noch Rückstände der damaligen Krankheit vorhanden sind. Das hat er bisher nicht getan.

Abg. Sasse (Soz.): Ein solches Gutachten beizubringen, dürfte Hörster schwer werden, nachdem ihm gerade auf Grund eines militärischen Attestes die Rente entzogen wurde.

Der Kommissionsantrag wird angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Wahl des Präsidenten, Interpellationen über die auswärtige Lage und die Feuerung, sowie eine neu eingegangene Interpellation Abblö (Sp.) über das Koalitionsrecht der Militärarbeiter.

Schluß 8¹/₂ Uhr.

Aus der Partei.

Dem Andenken Hermann Försters.

Das „Hamburger Echo“ widmet unserem verstorbenen Genossen Hermann Förster einen warm empfundenen Nachruf, dem wir folgendes entnehmen:

Für Hamburg bedeutet das Hinscheiden Hermann Försters das Verschwinden eines Stücks lebendiger Parteigeschichte. Denn solange Förster in Hamburg lebte — und das sind mehr als drei Jahrzehnte — hat er immer in den vordersten Reihen des kämpfenden Proletariats gestanden. Anfangs ein eifriges Mitglied der Lassalle'schen Richtung, die sich um Prauer gesammelt hatte, wurde er, nachdem er Bebel und Liebknecht persönlich kennen gelernt hatte, zum Anhänger der allgemeinen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, und ihm war es wohl wesentlich mit zu danken, daß die Prauer'sche Anfängerschaft zum größten Teil den Anschluß an die Gesamtpartei fand. Als Proletarierjunge, der von früher Jugend an erwerbstätig sein mußte, hatte Hermann Förster die großen Ruhesunden seiner Jünglingsjahre fleißig benutzt, sich ein umfassendes Wissen anzueignen, das er nach Kräften für seine Klassen- und Leidensgenossen anzuwenden verstand. So war er, nachdem er die Heimat, das Weberstädtchen Zinna in der Mark Brandenburg, verlassen, in Lundenwalde eine notdürftige Volksschulbildung genossen und das Zigarrenmachen erlernt hatte, schon frühzeitig in die damals noch junge Gewerkschaftsbewegung eingetreten, für die er bis an das Ende seiner Tage das lebhafteste Interesse bewahrt hat, obwohl er naturgemäß nach seiner Etablierung als Zigarrenfabrikant, die 1885 in Hamburg erfolgte, und nach Uebernahme zahlreicher Parteiämter sich nicht mehr so intensiv in ihr betätigen konnte wie in seinen jüngeren Jahren. Damals hat er sich hervorragend an der Gründung des Fachvereins der Tabakarbeiter von Hamburg-Altona beteiligt. Mit den Genossen Hadelberg und Heine bildete er den Vorstand der jungen Organisation.

Unter dem Sozialistengesetz war Hermann Förster immer bereit, im Rahmen der gewerkschaftlichen Bewegung für die sozialistischen Ideen zu wirken. Er tat es mit ansehnlicher Veredlichkeit. Gleichzeitig war er einer der ersten, die für den Genossenschaftsgedanken Propaganda machten; häufig hat er in den gewerkschaftlichen Vorträgen über das Genossenschaftswesen gehalten. Und wenn dieser Zweig der modernen Arbeiterbewegung in Hamburg zu besonderer Blüte gedieh, muß Hermann Förster das Verdienst zuerkannt werden, den Boden dafür mit beackert zu haben, als noch an kein Ernten zu denken war.

Von den Verfolgungen, die das Sozialistengesetz über so viele unserer Vorkämpfer heraufbeschwor, ist Hermann Förster ebenfalls nicht verschont geblieben, wenn er auch verhältnismäßig glimpflich davonkam. Wegen Verdachts der Geheimbündelei mußte er neun Wochen in Untersuchungshaft sitzen, wurde aber in der Gerichtsverhandlung glänzend freigesprochen. Wegen die fulminante Anklage des Staatsanwalts, der das Gespenst des Umsturzes in den düstersten Farben malte, wußte Förster sich recht geschickt zu vertheidigen.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes wurde Hermann Förster neben Bebel, Singer und Auer Firmenträger der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. Mit den Pflichten, die er damit übernommen hatte, nahm er es sehr ernst. Es mühten schon zwingende Gründe vorliegen, ehe er eine Sitzung veräuerte. Charakteristisch für seinen Pflichterfüllung ist, daß er noch heute sich vorgenommen hatte, trotz seines leidenden Zustandes an der Sitzung der Bürgerfraktion, der er seit 1910 angehört, teilzunehmen. Morgen wollte er nach Berlin fahren, um seinen Pflichten als Reichstagsabgeordneter nachzukommen. Da kam der Tod und ließ ihn eine Reise antreten, von der es keine Wiederkehr mehr gibt.

Die deutsche Sozialdemokratie verliert in Hermann Förster einen ihrer langjährigsten Vertreter im Reichstag. Seit 1890 hat er, mit der einzigen Unterbrechung von 1907 bis 1911, den Wahlkreis Neuh.-Grenz vertreten. Für die armen Leute jenes thüringischen Industriekreises war er der geeignete Vorkämpfer. Zwischen ihm und seinen Wählern hat es wohl nie ernste Differenzen gegeben. Auch der Parteileitung hat Förster vorübergehend einmal angehört; das war 1895 bis 1897, als infolge der Auflösung des Parteivorstandes in Berlin der geschäftsführende Ausschuss nach Hamburg verlegt wurde.

Hermann Förster ist nur 59 Jahre alt geworden. Neben der großen Gemeinde der organisierten Arbeiterschaft trauern an der Bahre des Entschlafenen seine Frau und eine Tochter, denen er stets ein treusorgender Familienvater gewesen ist. So wird sein Andenken fortleben als das eines Mannes, der als Kämpfer für die Sache des Proletariats seine volle Schuldigkeit getan und als Mensch sich die Achtung aller, die ihn kannten, erworben hat.

Kommunalwahlen.

Bei den nunmehr beendeten Stadtverordnetenwahlen in Magdeburg sind der Sozialdemokrat fünf neue Mandate zugefallen. Es waren im ganzen 34 Mandate zu befehlen. 12 für die dritte, 12 für die zweite und 10 für die erste Abteilung. Drei Mandate der dritten Abteilung waren bisher im Besitze der Sozialdemokratie, die auch von ihr unter Steigerung der Stimmenzahl behauptet wurden. Zum erstenmal nahmen auch die Wähler der am 1. April 1910 eingemeindeten Vororte an den Wahlen teil. Es gelang der Partei, in diesen Vororten alle drei Mandate der dritten Abteilung und weitere zwei Mandate der zweiten Abteilung zu erobern. Die sozialdemokratische Fraktion im Magdeburger Parlament zählte bisher acht Mitglieder, durch den Mandatgewinn ist diese Zahl nunmehr auf dreizehn gestiegen. Die restlichen sechs Mandate der dritten Abteilung sind im Besitze der bürgerlichen Parteien geblieben; es handelt sich hier um die dritte Abteilung der Altstadt, in der das Beamtenelement überwiegt und daher ein Sieg der Sozialdemokratie außerordentlich schwierig ist. Die Mandate der dritten Abteilung in sämtlichen Vororten sind ausnahmslos in sozialdemokratischem Besitze.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Tangermünde gingen uns leider infolge einer fieberhaften und stuppelosen reichsverbändlerischen Agitation der Gegner vier Mandate verloren.

In Kroppende wurde zum ersten Male ein Sozialdemokrat in die Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Son der Parteipresse.

Eine Prekonferenz aus dem Verbreitungsgebiete der „Fränk. Tagespost“ in Nürnberg befaßte sich in eingehenden Verhandlungen mit der Frage, wie die Prekonferenzen zu verbessern seien. Die „Fränkische Tagespost“ ist offizielles Parteiorgan für die sechs mittelfränkischen und einige oberpfälzischen Wahlkreise; die wirtschaftliche Gliederung in diesem ausgedehnten Verbreitungsgebiet weist die größten Verschiedenheiten auf, so daß die Zeitung in ihrer jetzigen Form bei der wachsenden Ausbreitung der Partei, namentlich in den ländlichen Gegenden den mannigfaltigen Bedürfnissen der einzelnen Leserschaften nur noch schwer gerecht werden kann. Die Mittel zur Abhilfe sollte die Aussprache auf der Konferenz an die Hand geben. Es wurde zuletzt ein Antrag angenommen, eine Kommission einzusetzen, die sich mit der Frage befassen soll, ob es möglich sei, eine hässliche und eine ländliche Ausgabe der „Fränkischen Tagespost“ herzustellen; einer später einzuberufenden Konferenz sollen dann konkrete Vorschläge unterbreitet werden. Ein Antrag, wöchentlich eine land- und hauswirtschaftliche Beilage herauszugeben, wurde den in Frage kommenden Instanzen überwiesen.

Bissolati als Präsident der „Unione Liberale“.

Rom, 24. November. (Sig. Ver.) Für die im Dezember stattfindenden Ergänzungswahlen zum römischen Stadtrat hat sich eine antikerisale Vereinigung gebildet, die sich im Einklang mit der italienischen Terminologie (liberal gleich antikerisale) „Unione Liberale“ nennt. Ihr gehören, im Gegensatz zu dem früheren Block der Volksparteien, der auch Sozialisten und Republikaner einschloß, die Reformisten, bürgerliche Radikale und Liberale an. Die Präsidentschaft ist... Leonida Bissolati angeboten worden, demselben Rame, der jahrelang Chefredakteur des „Avanti“ war und als sozialistischer Abgeordneter in der italienischen Kammer saß. Und Bissolati hat erklärt, sich durch die Wahl geehrt zu fühlen und hat sie angenommen! Er legt also offenbar Wert darauf, auf seine sozialistische Vergangenheit einen Grabstein, einen dekorativen und wichtigen Block zu setzen: Bissolati, Präsident der „Unione Liberale“!

Eine Berichtigung.

Von dem früheren Parteimitgliede Zigarrenfabrikant Max Büschel in Finsterwalde erhalten wir die folgende Berichtigung, die sich auf den von uns am 22. September im Bericht vom Parteitag wiedergegebenen Bericht der Besonderekommission bezieht. Die reichlich spät kommende Berichtigung lautet:

„Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersuche ich Sie um Aufnahme der folgenden Berichtigung:

In Nr. 22 des „Vorwärts“ befindet sich ein Artikel, der sich mit meiner Person beschäftigt.

Unwahr ist es, daß ich gegen die Genossen bei der Stadtverordnetenwahl agitiert habe.

Wahr ist vielmehr, daß ich bei der betreffenden Wahl für die sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt habe.

Unwahr ist es, daß ich den Bevollmächtigten des Fabrikarbeiterverbandes betreffs Einhaltung des Tarifvertrages herabgewürdigt habe.

Wahr ist vielmehr, daß der Tarifvertrag erst ganz kürzlich, etwas im September d. J., in Bewegung gekommen ist, wohingegen ich den jetzt geforderten Tarif bereits meinen Arbeitern seit 1909 zahlte.

Der Bevollmächtigte des Tabakarbeiterverbandes hat gar kein Gewerbe. Beweis, daß derselbe beim Gewerbeamt als Arbeitnehmer gewählt ist.

Wahr ist es, daß ich seit 8¹/₂ Jahr wegen fortgesetzter übler Nachrede den Schutz der Staatsanwaltschaft gegen zwei Personen in Anspruch nehmen mußte.

Unwahr ist es, daß ich eine Tabakarbeiterin wegen Erlangung einer staatlichen Unterstüßung denunziert habe.

Wahr ist es, daß eine Tabakarbeiterin vom Zollamt zu mir geschickt wurde, als ich Arbeiter im Blatte suchte, worauf die Arbeiterin zum Zollbeamten sagte: „bei Büschel arbeite ich nicht“ und dadurch die Unterstüßung verlor.

Wahr ist es, daß eine Tabakarbeiterin von meiner Ehefrau eine Arbeitsbescheinigung verlangte, trotzdem ich im Lokalblatt Arbeiter suchte und die Arbeiterin, als meine Ehefrau zu ihr sagte, sie könne bei uns arbeiten, die betreffende sagte, arbeiten will ich nicht.

Also ich suchte Arbeiter im Anzeiger, das Zollamt schickte die Arbeiterin zu mir und die betr. Arbeiterin verlangt eine Arbeitsbescheinigung. Weshin sollte meine Ehefrau einen Betrug ausführen.

Wahr ist es, daß um diese Zeit, nbe 1910 in Finsterwalde bei der Zigarrenfabrikation Arbeitermangel war.

Wahr ist es vielmehr, daß die betr. Arbeiterin nicht arbeiten wollte.

Finsterwalde, den 23. November 1912. Max Büschel.

Den vielerlei Behauptungen des Büschel entgegen steht das Urteil des Schiedsgerichtes, das den Ausschluß Büschels wegen parteischädigenden Verhaltens ausspricht. Die Verhandlungen des Schiedsgerichtes fanden am 11. Dezember 1911 in Finsterwalde in Gegenwart Büschels statt. Der Ausschluß erfolgte nach genauer Prüfung des Tatbestandes und Anhörung mehrerer Zeugen. Das Urteil wurde Büschel am 12. Dezember v. J. zugestellt, am 4. Januar d. J. ging beim Parteivorstand ein Brief Büschels ein, in dem er gegen das Urteil Berufung an den Parteitag einlegte und erklärte, daß er in nächster Zeit die wahren Sachverhalte einbringen werde. Das ist bis heute nicht geschehen. Das Genosse Kimbertz als Sprecher der Besonderekommission dem Parteitag mitteilte und in dem „Vorwärts“-Bericht enthalten war, ist also nur der Inhalt des Urteils, das Büschel seit dem 12. Dezember 1911 bekannt war, und eine Wiedergabe aus dem Verhandlungsprotokoll.

Ausschluß der Öffentlichkeit und die Steuer der Verlagsanstalt für einen Antilitreikfonds.

Der außerordentliche Genossenschaftstag in Hamburg begann unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit. Auch der Berichterstatter unseres Bruderorgans, des „Hamburger Echo“, wurde mit der Bemerkung zurückgewiesen, daß die Tagung unter strengem Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich gehe und kein Berichterstatter zugelassen werde. In einer eingangs der Verhandlungen gepflogenen Debatte kam der Ausschluß der Öffentlichkeit zur Sprache. Es wurde der Antrag gestellt, die Öffentlichkeit herzustellen. Als die Redner im Gegensatz zum Vorstand und Ausschuss den Ausschluß der Presse und die Zugehörigkeit des Kaufmannsigen Verlags zum Antilitreikassenverein der Prinzipale mißbilligten, telephonierte Dr. August Müller an die „Echo“-Redaktion, der „Vorwärts“-Artikel sei unrichtig, man beabsichtige nicht die Presse vollständig auszuschließen, die Zurückweisung des Berichterstatters des „Echo“ sei — ein „Versehen“ gewesen. Der Genosse Frölich wurde dann als Berichterstatter zugelassen und dadurch eine Abstimmung über den Antrag auf Zulassung der Presse entbehrlich gemacht.

Statt den Rückzug des Vorstandes und Ausschusses offen zuzugeben, hat Dr. August Müller es also nicht verschmäht, durch die oben wiedergegebene wissenschaftlich unwahre Mitteilung an das „Echo“ den „Vorwärts“ zu verächtlichen. Welcher Grad von Geisteslosigkeit zu der Verächtlichung gehört, zeigt nachstehende Korrespondenz, die die Richtigkeit unseres Artikels vom 23. November, den wir leider durchaus aufrecht erhalten müssen, beweist. Mit der Berichterstatter hatten wir den Genossen Kirchner, langjährigen Berichterstatter über Genossenschaftstagen, beauftragt. Darauf erhielten wir von ihm folgendes Schreiben:

Sozialdemokratische Korrespondenz Karl Kirchner, Frankfurt a. M., Frankfurt a. M., 19. November 1912.

Ich kann die Berichterstattung vom außerordentlichen Genossenschaftstag leider nicht übernehmen, da die Presse selbstverständlich nicht zugelassen wird.

Ich melde mich beim Zentralverband an und bat um Zusendung des event. vorliegenden Materials. Darauf bekam ich beiliegendes Schreiben.

Mit bestem Gruß,

gez. K. Kirchner.

Diesem Schreiben lag folgender Brief des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine bei:

Zentralverband deutscher Konsumvereine.
Sekretariat des Zentralverbandes
deutscher Konsumvereine.
Verlagsanstalt des Zentralverbandes
deutscher Konsumvereine
von Heinrich Kaufmann u. Co.

Hamburg 1. 18. November 1912.

Herrn K. Kirchner

„Soz. Korrespondenz“

Frankfurt a. M., Gladstr. 12.

Den Empfang Ihres Bescheides vom 17. November bestätige ich dankend und teile Ihnen ergebenst mit, daß der außerordentliche Genossenschaftstag in Hamburg rein geschäftliche Angelegenheiten des Zentralverbandes und der Verlagsgesellschaft behandelt, die für die Öffentlichkeit kein Interesse haben. Demnach wird auch zu diesen Tagungen die Öffentlichkeit nicht zugelassen.

Ich bedauere, Ihrem Wunsch nicht Rechnung tragen zu können, und zeichne

mit genossenschaftlichem Gruß

gez. Heinrich Kaufmann.

Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Diesem unendlich nachweisbaren Sachverhalt gegenüber zu behaupten, „der Vorwärtsartikel ist unrichtig“, dazu gehört ein überaus starker Mangel an Gewissenhaftigkeit oder der Fähigkeit, Wahrheit von Unwahrheit zu unterscheiden. Die Verdächtigung gegen uns hängen wir niedriger.

Die Tagung selbst zeigte, daß der Vorstand und Ausschuss des Zentralverbandes in den von uns besprochenen Punkten eine Stellung einnahm, wie sie von der deutschen Arbeiterklasse und den Mitgliedern des Genossenschaftstages entschieden mißbilligt wird und im Interesse der Arbeiterbewegung bekämpft werden muß.

Zu Beginn der Tagung gab Lorenz, Hamburg im Namen des Vorstandes und des Ausschusses des Zentralverbandes eine

Erklärung gegen den Artikel des „Vorwärts“

in der Nummer vom 23. November ab. Wir hatten darin scharf kritisiert, daß der Genossenschaftstag nach dem Willen des Vorstandes unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagen sollte und der von uns bestellte Berichterstatter von der Tagung zurückgewiesen worden war. Gleichzeitig hatten wir auf die skandalöse Tatsache hingewiesen, daß die Verlagsanstalt deutscher Konsumvereine Heinrich Kaufmann u. Co. dem Prinzipalverein Deutscher Buchdruckervereine angehört und dadurch in einen Streikfonds gegen die Arbeiter Beiträge abführt. Das Vorstandsmittglied Lorenz erklärte nun dazu, daß bisher zu allen Genossenschaftstagen Einladungen an eine Reihe von Privatpersonen und die Presse ergangen sind und auch Journalisten stets ungehindert zugelassen wurden. Diesmal sei von einer solchen Einladung abgesehen worden, da es sich bei dieser Tagung ausschließlich um die Behandlung geschäftlicher Angelegenheiten handelte. Der Vorstand habe deshalb auch zwei Korrespondenzbüros zurückgewiesen. Es sollten zum Teil geschäftliche Fragen erörtert werden, die keine ähnliche Organisation vor eine so große Versammlung bringe, gewiß aber nicht öffentlich behandelte. Der Ausschuss habe die Maßregeln des Vorstandes durchaus gebilligt, er wünsche aber, daß bei allen künftigen Tagungen die Öffentlichkeit zugelassen werde. Die Generalsammlung der Verlagsgesellschaft müsse aber unter allen Umständen

unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt werden, da sie rein geschäftlichen Charakter trage. Aus der Zugehörigkeit der Verlagsanstalt Kaufmann u. Cie. zum Buchdruckerverein könne kein Vorwurf gemacht werden, da ihm auch eine Reihe Parteidruckereien angehört. Der Buchdruckerverband sei nun der Meinung, ein in diesem Prinzipalsverein geschaffener Fonds solle die Streiks gegen die Arbeiter vermindert werden. Um diese Frage zu regeln, sei für den 20. November eine Sitzung einberufen worden, an der sich Vorstand und Ausschuss des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, die Generalkommission und der Buchdruckerverband beteiligten sollen.

In der Debatte über diese Erklärung bemerkte Frähdorff-Dresden: Die Auffassung und die Maßregeln des Vorstandes seien nicht zu billigen. Die Genossenschaftstage müssten wie bisher öffentlich tagen. Soweit das nicht möglich sei, weil geschäftliche Fragen behandelt werden, müsse die Öffentlichkeit auf besonderen Beschluss ausgeschlossen werden. Er stellte den Antrag, die volle Öffentlichkeit der Verhandlungen herbeizuführen. Seiner Meinung nach habe die Verlagsanstalt im Buchdruckerverein nichts zu tun.

Fleischer-Dresden: Die Presse hätte schon deshalb zugelassen werden müssen, weil ihre Berichte für unsere Sache agitatorisch nützlich sind. Der Frähdorffsche Antrag könne ja nun nicht die Wirkung haben, daß hier die Presse vertreten ist. Es solle aber durch seine Annahme ausgesprochen werden, daß die Verammlung mit den Maßregeln des Vorstandes nicht einverstanden ist. Man müsse zugeben, daß dem „Vorwärts“ durch dies ganze Verfahren die Möglichkeit gegeben wurde, den Artikel zu schreiben.

In der weiteren Debatte suchte nur der Vorsitzende des Ausschusses, von Elm-Hamburg, das Vorgehen des Vorstandes und Ausschusses in vollem Umfange zu rechtfertigen. Seine Ausführungen suchte er durch einige Stillschreibungen gegen den „Vorwärts“ schmalkaffert zu machen. Er führte nach einem uns vorliegenden Bericht aus:

Der Ausschuss habe sich dahin verständigt, daß die Genossenschaftstage öffentlich sein sollen. Nur wenn rein geschäftliche Dinge verhandelt würden, solle auf besonderen Beschluss die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Auch diesmal gelte dies alles schon, es sei nur davon abgesehen worden, Einladungen zu verschiden. Der „Vorwärts“ habe durchaus nicht objektiv berichtet. Es gebe eben gewisse Herren, die den Genossenschaftlern immer Knäuel zwischen die Beine werfen müßten. Wenn der „Vorwärts“ sich bei Kaufmann über die Sachlage erkundigt hätte, dann wäre ihm erklärt worden, daß sein Vertreter ohne weiteres Zutritt habe. Es müsse aber ein Unterschied zwischen Pressevertretern und Korrespondenzbureaus gemacht werden, bei denen man nicht kontrollieren könne, wo ihre Berichte hingehen. Unter Freunden hätte man sich erst über die Dinge ausgesprochen, ehe mit Keulen zugeschlagen worden wäre. Aber der „Vorwärts“ sei eben kein Freund der Genossenschaften.

Der Genosse v. Elm hätte seine geschmacklosen Anwürfe, die in der geradezu albernen Behauptung gipfeln, „der „Vorwärts“ sei eben kein Freund der Genossenschaften“ vielleicht sich erspart, wenn er sich nach dem Wortlaut des Briefes des Genossen Kaufmann erkundigt hätte. Oder nimmt er an, Kaufmann habe die Unwahrheit gesagt und ist ihm unbekannt, daß Kärchners Korrespondenz eine sojale demokratische ist?

Redner führte ferner aus: Es sei gar nichts zu verheimlichen. Wenn man das wolle, so sei das schon durch die große Zahl der Teilnehmer verhindert, durch die schon die Öffentlichkeit gegeben sei. Die Buchdruckerangelegenheit sei schon seit langer Zeit Gegenstand von Verhandlungen. Er sei durchaus der Meinung, daß die Verlagsanstalt dem Prinzipalsverein im Arbeiterinteresse angehören müsse. Möglichst viele arbeiterfreundliche Betriebe sollten darin mitarbeiten, damit dem Streben der Scharfmacher, das Tarifwerk zu zerstören, energisch entgegengetreten werden könne. Kaufmann habe im Verein durchaus ein gewerkschaftliches Sinne gewirkt. Ohne ihn wäre vielleicht ein neuer Buchdruckerstreik gar nicht zustande gekommen! Der Fonds solle keinen Kampfwegen gegen die Arbeiter dienen. Er sei bisher auch nur zu gewerblichen Zwecken verwendet worden. Das „Hamburger Echo“ sei früher auch Mitglied des Vereins gewesen. Geschäftsleitung und Redaktionsmission seien auch heute noch der Meinung, daß die Zugehörigkeit zum Verein zu empfehlen sei. Nur mit Rücksicht auf die Stimmabgabe in den Rassen habe man die Mitgliedschaft aufgegeben. (Das „Hamburger Echo“ bestreitet, daß die Firma Auer u. Co. jemals Mitglied eines Prinzipalsvereins gewesen sei; worauf es allein für uns ankommt, ist: wie kann Kaufmann nach Einrichtung des Antistreibfunds dem Verein noch angehören.) Wenn es zu einem Kampfe mit den Buchdruckern komme, brauche die Firma Kaufmann nicht auf der Unternehmenseite mitzumachen. Sie sei durch keine Beschlüsse irgendwie gebunden. Aber es kann bei künftigen Tarifverhandlungen möglicherweise von wenigen Stimmen abhängen, ob die Buchdrucker in den Streik getrieben werden oder nicht. Kommt dann ein Kampf, der Millionen kostet, dann könne man der Verlagsanstalt Vorwürfe darüber machen, daß sie dem Prinzipalsverein nicht angehört und für die Gehilfeninteressen gewirkt habe.

Von keinem Debatteredner wurden die Beschuldigungen v. Elms über die Zugehörigkeit zum Antistreibverein gebilligt. Sie werden wohl in allen gewerkschaftlichen Kreisen mit Kopfschütteln und Bedauern aufgenommen werden. Auch der Ausschluß der Öffentlichkeit wurde von keinem dem Vorstand oder Ausschuss nicht zugehörigen Mitglied verteidigt. Nur Stühmer von der Berliner Verwaltung gab eine entgegengegesetzte Ansicht Ausdruck. Nach dem uns zur Verfügung gestellten Bericht wendete er sich scharf gegen den „Vorwärts“. Der hätte sich leicht beim Zentralvorstand telephonisch über die Angelegenheit orientieren können. Man könne nicht unbedingt ein Recht der Presse, an den Tagungen teilzunehmen, anerkennen. Auch die Gewerkschaften tagten oftmals bei bestimmten Fragen unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Der „Vorwärts“ hätte die Sache „wieder einmal gehässig ausgenutzt“. Auch in der Frage der Mitgliedschaft beim Buchdruckerverein sei dies der Fall. Die Konsumvereine würden leider für all das verantwortlich gemacht, was Kaufmann in Hamburg tue. Die Verlagsanstalt gehöre nicht in den Unternehmerverein. Sie könne dort bei Streiks und Aussparungen an die arbeiterfeindlichen Beschlüsse gebunden werden. Wenn es gelte, unter den gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitern zu agitieren, könne die Zugehörigkeit zu diesem Verein den Genossenschaften viel schaden.

Den Vorwürfen, den Vorstand und Ausschuss durch eine Entstellung des wirklichen Sachverhalts reinzuwaschen, trat Janzen-Hamburg entgegen. Er konstatierte, daß das ganze Verfahren des Vorstandes den Ausschluß der Presse bedeute. Sie habe aber ein Recht, anwesend zu sein und mit ihrer bisherigen Arbeit könne man durchaus zufrieden sein. Von Elm habe eine eigenartige Aushöhlung seiner Verfassungen, die sei aber längst überwunden. Es gebe keinesfalls an, daß Betriebe der modernen Arbeiterbewegung einem solchen Prinzipalsverein angehören, namentlich wenn man dadurch

einem Reptilienfonds besserern müsse, der zur Unterstützung gelber und blauer Organisationen verwandt werde.

Darauf wurde ein Schlußantrag gestellt. Fleischer-Dresden sprach gegen ihn, da es unbedingt notwendig sei, auf die von Elmschen Ausführungen zu antworten. Dennoch wurde Schluß gemacht.

Im Schlußwort suchte Lorenz einen Unterschied zwischen der Zurückweisung privater (sozialdemokratischer) Korrespondenzbureaus und der Zurückweisung der Presse zu konstatieren. Unter lebhafter Zustimmung erwiderte ihm Fleischer-Dresden: Wer die Verhältnisse in der Parteipresse kenne, wisse doch auch, daß einzelne Parteizeitungen diese Korrespondenzbureaus mit der Berichterstattung beauftragen. Weise man diese zurück, so schließe man damit auch die Presse aus. Lorenz erklärte dann, die Öffentlichkeit sei jetzt hergestellt, denn ein Berichterstatter des „Hamburger Echo“ sei anwesend. Nach diesem Rückzug wurde der Antrag auf Herstellung der Öffentlichkeit unter Heiterkeit zurückgenommen.

Als erster Punkt der Tagesordnung wurde dann über die Statutenänderung

beraten. Darüber referierte Kaufmann-Hamburg. Es soll ein Generalkrat eingeführt werden, der aus je 12 Vertretern jedes Revisionsverbandes und der Großverkaufsgesellschaft gebildet werden soll. Von vornherein sollen zunächst die Vorstands- und die Aufsichtsratsmitglieder der Revisionsverbände in den Generalkrat kommen und nur die dann noch fehlenden Delegierten sollen besonders gewählt werden. Die Vertreter der Großverkaufsgesellschaft soll der Aufsichtsrat wählen. Der Generalkrat hat die Tagesordnung der Genossenschaftstage festzusetzen und über die Anträge, die dort gestellt werden, zu beraten. Diese Anträge kommen aber erst auf die Tagesordnung, wenn sowohl Vorstand als Ausschuss und Generalkrat das beschließen. Der Generalkrat hat weiter Vorschläge zu Delegationen usw. zu machen und endgültig über alle inneren Angelegenheiten zu beschließen, über die nicht der Genossenschaftstag entscheidet. Wenn sich Vorstand und Ausschuss in einer Frage nicht einigen können, entscheidet der Generalkrat. Der Vorstand besteht aus drei beamteten und vier ehrenamtlichen Mitgliedern. Weiter wird im neuen Statut bestimmt, daß Produktgenossenschaften nicht mehr aufgenommen werden dürfen, es sei denn, daß sie mit Konsumvereinen organisch verbunden sind. Dadurch sollen die Konsumvereine von der angeblichen Ausnutzung durch ungerechtfertigte und leichtfertige Genossenschaftsgründungen geschützt werden. Schließlich soll eine Verlagsgesellschaft m. b. H. gegründet werden, die durch Leitung und Aufsichtsrat in Personalunion mit dem Zentralverband der Konsumvereine steht. Die übrigen Änderungen sind von geringer Bedeutung.

In der Debatte werden eine Reihe Abänderungsvorschläge gemacht. Einige bezwecken, die einzelnen Genossenschaften möglichst unabhängig von den Beschlüssen des Genossenschaftstages zu machen. Sie werden abgelehnt.

Die Genossenschaften waren bisher in der Beschickung des Genossenschaftstages durch Delegierte unbeschränkt. Jeder Verein hatte aber ohne Rücksicht auf seine Größe nur eine Stimme. Dagegen wenden sich eine Reihe von Anträgen, die von Gütler-Berlin, Adam-Kiel und Fleischer-Dresden begründet werden. Auch der Vorstand hat einen Eventualantrag gestellt, wonach Vereine mit unter 1000 Mitgliedern einen Delegierten, bis zu 3000 Mitgliedern zwei, 10 000 drei, 30 000 vier, 100 000 fünf und über 100 000 sechs Delegierte senden können. Alle diese Anträge werden aber abgelehnt, da die Dreiviertelmehrheit nicht erzielt wird.

Gegen die Art, in der die Delegierten zum Generalkrat bestimmt wurden, mündet sich ein Antrag von Dresden, der eine demokratischere Regelung vorsieht. Er wird als dem Organisationsystem des Verbandes widersprechend abgelehnt. Dasselbe Schicksal hat ein Antrag Kiel, der verlangt, folgende Bestimmung aufzugeben:

„Beschlüsse des Generalkrats, die von den Entschlüssen des Vorstandes und Ausschusses abweichen, bedürfen der Zustimmung dieser beiden Körperschaften.“

Das bleibt bestehen, obwohl Adam-Kiel meint, damit werde dem Generalkrat jede selbständige Wirksamkeit genommen: Der Generalkrat absolut, wenn er dem Vorstand den Willen tut!

Die Vorstandswahl ergibt die Wahl von Lorenz, Barth, Radestock, Liebmann, Kaufmann, Dr. Müller und Wästel durch Zuruf.

Darauf erfolgt in geheimer Sitzung die Gründung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. Ihr Kapital soll 2 Millionen Mark betragen. 540 Vereine haben davon bereits 1 923 000 Mark gezeichnet.

Die Vorgänge auf diesem nach vielen Richtungen hin „außerordentlichen“ Genossenschaftstag zeigen, wie dringend erforderlich eine tätige Beteiligung unserer politisch und gewerkschaftlich organisierten Genossen auch an den Verwaltungsangelegenheiten ist, damit die Genossenschaftsbewegung nicht denselben Charakter erhält, wie jene, deren Vorgehen zu der Spaltung in Kreuznach führte. Die Genossenschaften müssen mit sozialistischem Geist erfüllt werden, um ein wirksames Hilfsmittel im politischen und gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse zu werden. Sie können es, weil die übergroße Anzahl der Genossenschaftsmitglieder aus politisch und gewerkschaftlich organisierten Genossen besteht. Die österreichische Genossenschaftsbewegung geht Hand in Hand mit den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter. Eine Misachtung der gewerkschaftlichen und demokratischen Auffassungen der Genossen, wie sie leider einflussreiche Genossenschaftsmitglieder auf diesem Genossenschaftstag deutlich zum Ausdruck gebracht haben, findet dort keine Stelle mehr.

Aus Industrie und Handel.

Balkanrieg und Sparlaffen.

Durch die bedrohliche politische Situation sind ähnlich wie im Vorjahre während der Parokskrise in diesem Oktober die Sparlaffen mitbetrieben worden. 287 Sparlaffen, deren Ergebnisse bekannt sind, haben im Oktober nur einen Zuwachs der Einlagen von 8 1/2 Millionen Mark erfahren, während er im vergangenen Oktober 19,6 Millionen betrug. Bei allen Sparlaffen zusammen schätz man den Rückgang des Zuwachses von 50 auf 22 Millionen. In den Großstädten, deren Bevölkerung über den Ernst der ursprünglichen Lage schneller und besser unterrichtet ist, waren die Rückstellungen fast ebenso groß wie die Einzahlungen. Bei 27 der größten Sparlaffen wurden 97 Millionen zurückgefordert und nur 98,3 Millionen eingezahlt. Die Zunahme betrug also nur 1,3 Millionen gegen 9 Millionen im vorjährigen

Oktober. Einzelne Großstädte scheinen daher angefaßt der augenblicklichen politischen Lage besondere Besorgnisse für die Einlagebestände ihrer Rassen zu haben. So verbreitet Char-Lottenburg durch das Magistratsnachrichtentam eine Notiz, die die Sicherheit von Spargeldern bei öffentlichen Sparlaffen betont.

Für das Petroleummonopol.

In Carl Heymanns Verlag (Berlin) ist dieser Tage eine Broschüre von Dr. W. Müller, „Das Reichspetroleummonopol“ (68 S., Preis 1 M.) erschienen, die sich für den dargelegten Gesetzentwurf ins Zeug legt. Schon der geringe Umfang der Schrift zeigt, daß von einer eingehenden Erörterung des Gesetzeswurfes und seiner Probleme keine Rede sein kann. Der Preisfrage sind knapp zwei Seiten gewidmet! Aber der Inhalt ist nicht nur lächerlich, sondern geradezu oberflächlich. Mit einer verblüffenden Leichtigkeit — die den Gedanken anderer Vemeggründe des Verfassers immer wieder aufbrängt — springt der Verfasser über alle wichtigen und schwierigen Fragen hinweg, um immer von neuem die Weisheit des Gesetzeswurfes zu preisen. Als offene Streitschrift eines Interessenten, sagen wir der Deutschen Bank, würden wir sie hinnehmen. In anderer Gestalt kann sie nur zur Zerküpfung dienen.

Vor einigen Jahren hat der gleiche Verfasser im Verlage für Fachliteratur (Berlin 1910; 99 Seiten in Quartformat; Preis 8 M.) seine Dissertation über „Die Versorgung der Welt mit Petroleum“ veröffentlicht, die einen guten, wenn auch heute etwas veralteten Lesebild gewährt. Dort wird die Frage des Reichsmonopols gründlicher und gewissenhafter behandelt und die begründeten Ergebnisse stehen in direktem Gegensatz zu den jetzigen Behauptungen Möllers: „Auf Rußland, Rumänien und Galizien allein kann sich ein Reichsmonopol nicht stützen; außerdem würde Rußland ohne Zweifel dieselben Preise verlangen wie heute Amerika. Nun ist gesagt worden, die Standard Oil Co. solle noch keineswegs von den Lieferungen ausgeschlossen werden. Das mag durchführbar sein; die Standard Oil Co. würde sich auch notgedrungen an den Lieferungen beteiligen; nur eins bleibt hier im Dunkeln, was gerade das wichtigste ist: die Preisfrage!“ Was hat sich seit 1910 an den Produktions- und Marktverhältnissen geändert, daß diese Ansicht Möllers zu revidieren wäre?

Aus der Frauenbewegung.

Aussprüche.

Wir hatten geglaubt, Frau Regine Deutsch führte die Polemik gegen den „Vorwärts“, um sich gegen den Vorwurf der Inkonsistenz zu verteidigen. Jetzt scheint es aber, als ob sie nur Bestime für das demokratische Wochenblattchen „Das freie Volk“ treiben wolle. Denn anstatt auf unsere Notiz „Wahrheit oder Deutung“ sachlich einzugehen, jammert sie über unser unabsichtliches Versehen, daß wir in der Polemik den Dr. ihr Ausführungen fortließen. Um uns nicht nochmals dieses Verbrechen schuldig zu machen, notieren wir pflichtgemäß, daß ihr Klageruf im „Freien Volk“, 3. Jahrg. Nr. 47, Berlin-Schöneberg, Preis 10 Pf. (genügt's?), zu finden ist.

Schlummer ist, daß Regine Deutsch in der gleichen Nummer des „Freien Volks“ eine Taktik anwendet, die etwas stark an die Methoden gewisser anderer Wochenblattchen erinnert. Da eine an das „Freie Volk“ von Fräulein L. D. eingesandte Verächtigung mit unseren Informationen über eine Mitgliederversammlung des Groß-Berliner Frauenstimmrechtsverbandes sächlich übereinstimmt, behauptet Regine Deutsch forsch, die Quellen des anonymen „Vorwärts“-Artikels aufgedeckt zu haben. Wir betonen hier zwar, daß wir mit Fräulein L. D. in keinerlei Verbindungen stehen; konstatieren aber, daß die Methode, durch solche Kombinationen von uns oder anderen Personen die Preisgabe unserer Vertrauensleute zu erpressen, die schärfste Brandmarkung verdient. Geradezu albern ist es, bei den Lesern des „Freien Volks“ die Verächtigung zu erwidern, als stecke hinter unseren Artikeln über die Spaltung im Frauenstimmrechtsverband irgend eine besondere Anonymität. Für alle Artikel des „Vorwärts“ trägt stets die Redaktion die volle Verantwortung und noch nie ist in unserer Rubrik „Frauenbewegung“ ein Artikel mit Namen gezeichnet worden. Wenn Regine Deutsch, unter Verleugnung ihrer journalistischen Erfahrungen, durch derartige Mähen einer ernstlichen Polemik über die Bedeutung der Vorgänge im Stimmrechtsverband und ihre eigene Verleugnung demokratischer Prinzipien auszuweichen sucht, verzichten wir auf jede weitere Beschäftigung mit ihr. Sind doch nicht nur Mitglieder des Stimmrechtsverbandes sondern auch solche der demokratischen Vereinigung von ihrer Polemik und ihren Aussprüchen angeleidert worden. Koch in Nr. 54 des „Kleinen Journals“ setzt sie ihre bereits von anderer Seite als uneheliche Kampfesweise bezeichnete Deutung der Vorgänge im Frauenstimmrechtsverband fort.

Aus der Krawattenbranche.

Die Verhältnisse in der Krawattenbranche wurden in einer Versammlung von Krawattenarbeiterinnen und -arbeitern besprochen, die am Freitagabend im Königsstadt-Kasino, Holzmarktstraße, Stuttgart, Gustav Trinks vom Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter referierte. Um die Krawattenindustrie hat man sich bisher recht wenig gekümmert, selbst in der Gewerbebeziehung von 1907 ist sie nicht besonders aufgeführt. Sozialpolitiker und Statistiker wissen daher nichts von ihr. Frisch ist die Branche erst im Zeitalter des stiefen Stragens entstanden, hat aber bereits eine bedeutende Ausdehnung gewonnen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind indessen ständig schlechter geworden; sie waren vor 10 bis 15 Jahren besser als heute trotz der steigenden Teuerung. Die Arbeiterinnen verdienen heute kaum 20 Pf. pro Stunde und nur in Ausnahmefällen mehr. Das ganze Elend der Heimarbeit zeigt sich hier. Die Fabrikanten suchen die Arbeiterinnen nach Möglichkeit zu täuschen und gegeneinander aufzuheben, um die Preise immer tiefer herabsetzen zu können. Sie richten auch Lehranstalten ein für „Damen besserer Stände“, die in abgedenkten Räumen Unterricht erhalten, das Material bezahlen und auch noch umsonst arbeiten müssen. Verächtigt sind die „Krawatten-Adamen“, deren Leiter sich den lächerlichen Titel „Krawatten-Akademie-Direktor“ beilegen, aber in Wirklichkeit die schändlichsten Ausbeuter sind. Sie stehen gewöhnlich mit Fabriken in Verbindung. Die „Lehrlinge“ werden sofort entlassen, wenn sie Lohn verlangen, nachdem sie lange genug ohne Entgelt gearbeitet haben. Gefährliche Konkurrenzrenten auf dem Arbeitsmarkt sind die Frauen der kleinen Beamten und des Mittelstandes, die heimlich Krawatten für Schundlöhne nähen und sich schämen, als Arbeiterinnen bezeichnet zu werden. Auch städtische Behörden haben schon Krawattenschulen eingerichtet, zum Beispiel in Krefeld. Dort wollte man der Berliner Konkurrenz durch bessere „Ausbildung“ begegnen. Tatsächlich sind nur die Löhne in Krefeld gedrückt worden. Eine Hauptschuld trifft auch die Arbeiterinnen selbst, weil sie die Organisation vernachlässigten. Ohne Organisation gibt es keine Hilfe. Andere Arbeiterinnen, z. B. in der Wäschebranche, haben durch ihre, freilich auch erst jetzt hat begonnene Organisation Ordnung in die Arbeitsverhältnisse gebracht und manche Verbesserung durchgesetzt.

Die Ausführungen des Referenten über die bestehenden schlechten Verhältnisse wurden in der Diskussion bestätigt und ergänzt. Viel geklagt wurde über die Rücksichtslosigkeit der Unternehmer bei der Ablieferung der Waren, die in der Regel stundenlang dauert. Ein Zuschauer klagte darüber, daß die Krawattenarbeiterinnen auch an Sonn- und Feiertagen arbeiteten. Die Versammelten waren sich darin einig, daß der Organisationsgedanke mehr gepflegt werden müsse, denn nur durch den Verband können feste Tarife für die Preise und andere Verbesserungen durchgesetzt werden.

Alkoholfreie Getränke
Franz Abraham
 Hamb. Meissner- u. Römertank- Kell.
 N. 4. Berlinstr. 84, Fernsp. Krst. 19709

Si-Si
 Bestes alkoholfreies
 Getränk.
 Berlin O. Rudolfstr. 4.

Arbeiter-Bekleidung
 Hamburger Laden, Charl. Wallstr. 69

Bäckereien, Konditor.

**Blottner's
 Großbäckerei**
 Geschäfte in
 Berlin,
 Charlottenburg,
 Schöneberg,
 Wilmsdorf.

Bohndorf's Bäck., Kegelbergstr. 30
 Paul Dolly, Markussstraße 15.

Brot-Fabrik, "Vorwärts"
 Hermann Ulrich, Köpenick.

Franz Paulwetter, Waisenstr. 57.
 E. Freyer, Eisenstr. 72, E. Barkowstr.

Witt. Engel Brotfabrik
 Weissen, Parkstr. 4.
 Verkauf in Milchgeschäften
 Berlin. Dekant gegeben & Flaske.

Georg Genz, Memelerstr. 39
 Petersburgerstr. 23
 Thälmerstr. 71.

Oskar Hanke's Brotbäckerei
 75 Geschäfte
 in allen Stadtteilen Berlins
 und in Rixdorf.
 Gegründet 1892.

Hoppe's Bäck. Rammstr. 14, Berlinstr. 66
 Klitz-Großbäckerei, Boßnerstr. 8.
 Ernst Kistner, Frankf. Allee 197.
 Emil Lieske, Grüner Weg 122.
 Hermann Markau, Rigaerstr. 107
 Matthe, Oplastr. 9.
 E. Mertins, Reichenbergerstr. 168.
 K. Martin, Gleimstr. 65.
 Fritz Müller, Gräferstr. 4.
 Alfred Müller, Brunnenstr. 87.
 Roman Nowak, Wienerstr. 8.
 Friedrich Oate, Madalstr. 10.
 Herm. Proell, Nönnendamm.
 Friedrich Probst, Andreasstr. 51

Bäckerei "Nordstern"
 Inh.: Gust. Müller
 Filialen in verschied. Stadtteilen

Richard Reinke Steglitz,
 Alsterstr. 5a.
 Arthur Roemer, Kottb. Damm 101
 Walter Rohr, Anklamerstr. 26.
 Max Sander, Dunkelstr. 22.
 Otto Schmidt, Adalberstr. 27.
 Heinz Schubert, Boxh. Ch. aus. 5/6
 Sikorski, Weissen, Kaiserstr. 11
 Markuss-
 Straße 28.
 A. Schreier, Urbanstr. 61.
 H. Spillmann, Grüner Weg 118.
 Gustav Tappitz, Prinzen-Allee 61.
 Carl Tennert, Schlesischestr. 19.
 F. Tiedemann, Boxh.-K. Kanstr. 47.
 Filialen in allen Stadt-
 teilen.

Turban
 Josef Ulrich, Mantelgasse 109.

Volkebrötchen G. m. B. H.
 Fohmannstr. 10, Mierbachstr. 19
 Hiselestr. 11, Hiselestr. 16
 Hiselestr. 1, Kiehlstr. 21

K. Walter Jr., Löwstr. 18

Hermann Wendt Chorinerstr. 85
 Fil. Ackerstr. 1

Wilhelma Brotfabrik
 Andreasstr. 22.
 Otto Winkler, Nannynstr. 73.
 E. Wolf, Grüner Weg 75.

Badeanstalten

Arkona-Bad, Anklamer-Str. 34.
 Landsbergerstr. 107
 Gollnowstr. 41.

Bad Bürgerbad Weberstr. 40 b
 Amt Eget. 294.
 Canitz-Bad, Mönchstraße 2.

Central-Bad Neukölln,
 Anzengruberstr. 25.
 Neukölln,
 Münchenerstr. 51

Bad Frankfurt, Gr. Frkf. Str. 136.
 Lieferant siml. Krankenkassen

Bad Friedrichshagen, Landstr. Allee 153
 Badenanstalt, Hasenheide 18.
 Bad Hufeland, Hufelandstr. 45.
 Kaiser-Friedrichs-Bad, Carlstr. 43.

Original Lohlanen Bad
 früher Mönch, Wallstr. 70/71.

National-Bad, Brunnenstr. 9.
 Boxhagen-Str. 17

Bad Ostend Lief. all. Kasern
 Kottbuser-
 Damm 79.

Reform-Bad, Wiener Str. 66.
 Boxhagen-Rumbg.,
 Sonntagstr. 4.

Silesia-Bad Schlesische Str. 21.

Viktoria-Bad Kottbuser Damm 75
 Friedrich-Wilhelmsbad
 Chausseestr. 97.

Bandagen, Gummiw.

M. Baake, Stralauer Str. 56.
 Berkholz, Köpenickerstr. 70.
 Lange, A. E., Brunnenstr. 167.
 Liepe, Schöneberg, Gräferstr. 20.
 Meyer, F. M., Berlinstr. 48-50
 J. Ch. Pollmann, Ischingerstr. 49.
 Reiche, A., Beydestraße 15.
 Lief. aller Kasern
 Fr. Schulte, Adlershof, Bismarckstr. 3
 Turmstr. 34.
 Wende, A., Optiker,
 Weinbergweg 1
 Drog.-hyg. Artikel.

Zeemba Weinbergweg 1
 Drog.-hyg. Artikel.

Seordis-Anst., Sargm.

Bredow'scher Waldstr. 15/16
 Otto Böttner, Boxhagen-Str. 17
 N. Fischer, Boxhagen-Str. 11
 Boxhagen-Str. 11
 Oppenheimerstr. 1
 Max Fuchs, Frankfurter-Allee 170
 Händlch. Weissen, Preussenstr. 191
 Hinkel, Fr., Gr. Hamburgerstr. 37
 Gust. Nobert, Potsdamerstr. 115a
 N. Petermeyer, Strolcherstr. 8.
 Peter-Schley, Wch., Zossenstr. 11.
 Neukölln
 W. Urban, Nannestr. 1, Tel. No. 299

Belaucht.-Gegenst.

Carl Imme jun., an der Markuss-
 Straße
 Böttner, A., Danzigerstr. 95.
 Hochstr. 43
 W. Schröder, Fabrikpreis

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Berufsbekleidung
 Kellner, Otto, Gerolichostr. 86.
 Roter-Laden, Schönha., Haspelstr. 108

Bettfedern u. Betten
 G. Behrendt, Seak, Knesebeckstr. 106
 Bullnaki, Fährdammstr. 1, E. Schick &
 Carl Henze, Andreasstr. 33, Reisinger
 Landberger Allee 49
 Max Schöne, reell und billig.
 M. Zysnarski, Alt Moabit 82.

Bierbrauereien, Bierh.

W. Adelung & A. Hoffmann
 Akt.-Brauer, Potsdam, Elg. Nieder.
 Berlin SW, Tempelhofer Ufer 15
 Brandenburg, L. Wilhelmstraße 110
 Spez. Potsd. Stangenbier

Bergbrauerei Wellensee T. J. Lager-
 u. Malzerei

Brauerei Königstadt
 feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Tivoli Weis- u. Malz-
 Bier-Brauerei,
 Fruchtstr. 97

Caramel-Weißbier
 fast alkoholfrei, erfrischend, bekömmlich.
 Berliner Weisb.-Brauerei E. Willner.

Deutsche Bierbrauerei A. E.
 Berlin-Fischelndorf

Groterjans
 Malzbier, Schick-Allee 130, T. III, 1043.

C. Habels Brauerei
 hell - Habelbräu - dunkel.
 Hempel, E., Müllerstr. 139 d.

Unser Goldbier
 ist nicht nur ein
 Erfrischungsgetränk, sondern
 auch ein
 Gesundheitsbier ersten
 Ranges.
 Berliner Unions-Brauerei, Berlin S.

Löwen-Brauerei
 vorzügliche Paß-
 und
 Flaschen-Biere.
 Schulz, Herm., Schönleinstr. 23

Victoria-Brauerei
 Victoria-Saazerbräu

Weissbier, C. Breithaupt,
 Palladenstr. 97. Tel.-A. VII, 2694.

Blumen und Kränze
 Oskar Albertus, Müllerstr. 41.
 Bunk, K., Anklamerstr. 25 E. Arkoap.
 E. Döpp, Bild. Kals. Friedr. Str. 30, Bergstr. 59
 O. Hahn, Neukölln, Hermannstr. 70
 Brunnenstr. 62
 C. Laurent, Petersbergerstr. 11
 F. Müller, Danzigerstr. 57.
 Gärtner, A. O. F., Weitzer, Noll. Kiehlhof.
 W. Rutschke, Noll. Hermannstr. 82

Topfpflanzen aller Art
 Brigg, Rudowerstr. 92/93, Tel. No. 124

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung
J. F. Assmann
 30 Filialen in Berlin O.

Drei Kronen Carl
 Davidsohn

Fried. Gieseke, 7 Filialen.

Gebrüder Groh
 40 Filialen
 in Berlin und Vororten

August Holtz 15 Detail-
 Geschäfte.
 Kosmalla, E., 4
 Detail-
 Geschäfte

Gebrüder Manns
 48 eigene Detailgeschäfte

Schulz, Arth., Noll., Hermannstr. 63

Schröter, R.
 43 Verkaufsstellen

Uhly & Wolfram

Vereingte 48
Pommersche Verbands-
Melereien stellen.

Cacao, Choccolad.

Adler's Konditorei, Wraselstr. 87.
 Althaus, Krister-Loth. Liselestr. 16.

STOLLWERCK
 Gold
 Silber
 Kupfer
 Schokolade - Kakao
 In drei Preislagen.
 Die verschiedenen Sorten sind
 untereinander gleichwertig und
 unterscheiden sich, wie die
 deutschen Edelweine, nur durch
 ihr Aroma.

Cyliax, G., Filialen in
 26 Stadtteilen.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Ford Hahn, Berlin, Ferienbergerstr. 17a
Seiffert, E., Filial. in Berlin
 und Vororten

Fordern Sie
Kakao und Schokolade
Wesenberg

Cigarrenhandlungen

P. Hofer, Kottbuser-Damm 79
 Hiltnerstr. 77, Adami-Str. 2, Dresdenstr. 16

Klein, Wilh., Müllerstr. 184,
 Oberbaum 1.
 J. Nothmann, NW 87 Turmstr. 62.
 G. & S. Poterke, 89, Kottbuserstr. 14.
 W. Schuster N., Neanderstr. 25.
 Alb. Werner, Ecke Elsbter Ackerstr.

Damenkonfektion

Gallmann Neukölln, Bergstr. 182,
 Gelegenheitskäufe.

Dombrowsky Charl. Fiedl. 5-11
 Ischingerstr. 24
 Kottbuserstr. 74
 Brunnenstr. 11

Restat, J., Oskar Wolburg, Brunnenstr. 56.

Drogen u. Farben

Reinh. Assmus, Gerolichostr. 10.
 Gustav Bergau, Weidenweg 80.
 A. Diepold, Taugrogenstr. 12.
 Hasenbühl, Trypt., Gräferstr. 124
 Klina, H., Noll. Kaiser-Friedrich-Str. 124
 Neukölln
 Krönigs-Adler-Drogerie, Bismarckstr. 7.
 P. Lehrke, Kottbuser-Damm 11-13, Parf. im
 Alfr. Marzch. Culmstr. 37.
 Rathaus-Drogerie, Noll. Dammstr. 24.

Prinzenstr. 103 Alfred
 Hoffmann
 Fr. Schlussmann, Liebaustr. 22.
 Hugo Schultz, Müllerstr. 166 a.
 Hyg. Gummiw., Fotograf.-Artikel,
 Weider-Drogerie, Noll. Dammstr. 50.
 Zobel, Georg, N. Ackerstr. 10.

Eisen- u. Stahlw., Waff.

Ain, O., Noll., Kaiser-Friedrichstr. 6
 Otto Anders, Kottbuserdamm 6
 W. Almer, Kalkstr. 24.
 Beutel, C., Boxh.-Neue-Bahnstr. 26
 Berndt, C., Landstr. Allee 149.
 Grüngr. Weg 49
 Wangelstr. 59.

Emil Braun, Adressstr. 75 Eckel-
G. Brucklacher, str. 64/65
 F. Buntel, Noll. Kaiser-Friedrich-Str. 77
 Flack, E., Spandau, Schönebergstr. 24.
 Carl Jung, Strömstr. 31.
 Franz Pfeiffer, O. Frankf. Allee 129.

Junghuth, Hermannstr. 172.

H. Rostkroh, Berlin
 Götzstr. 25/26

Rühlmann, P., Müllerstr. 40b, E. Soest.
 F. Schubert, Volpt. 10, E. Schreierstr.
 Sellach, Th., Noll., Hermannstr. 48
 E. Timm, Schleif., Waldenstr. 73

Herm. Warschade Müller-
 Str. 79

Arthur Weigel Frankf. Allee 185.

Alex. Weimar Alexandrinenstr. 14
 Behlenbergerstr. 100
 (Inh. Otto Janke)

Fahrrad-, Nähmasch.

Fahrrad-Leihhaus Lohmann
 Neue Schönhauser-Str. 11.

Fahrrad-Haus Frischehauf
 Brunnenstr. 35.
 Gründung und Eigentum der
 radfahrenden Arbeiterschaft.

Fahrrad-Schulppitt, Weissen, str. 4, 7
 W. Malloschky, Oberbaumstr. 2, 4
 A. Tschow, Noll. Schönebergstr. 122

Färbereien, Wäscher.

Groß-Dampfwäscheri
 "Spreng" Berlin SO., Forsterstr. 6-4
 Teilweise Waschl. Billigste Preise!

Ch. Engelhardt
 Neukölln
 Filialen in allen Stadtteilen
 Groß-Berlin.

Dampfwäscheri Wilhelm-
 str. 124

Conkordia Gerolichostr. 23
 Tel. III 1309

O. Naefe
 Färberei u. chem. Wäscherei
 f. Herron u. Damengarder.
 Läden in allen Stadtteilen
 Berlin, Rixdorf, Schöneberg

G. Kulick, Färb., Wäscherei
 Fil. Gustav-Adolf-Str. 1, Weidenbergstr. 41
 Schweinestr. 56, Weidenbergstr. 9
 Müllerstr. 24, Neukölln, Hermannstr. 37-39

Fischhandlungen

C. Dittmann Neukölln
 Berliner Str. 42.
 Bergstr. 5, 57-59

Winkler & Bärthold, Noll. Dammstr. 31

Fischer, u. Wurstw.

Joh. Amandowitz Glasgower-
 Str. 5.
 G. Amilang, Neukölln, Eisenstr. 74
 August Birnsteln, Dunkerstr. 78.
 Kaiserin
 Augusta Allee 9.

Wilhelm Behr
 Wurstfabrik,
 Speck- und Schinkensalzerel.
 Berlin-Schöneberg, Kaiserstr. 37-55
 Beste und billigste Bezugs-
 quelle f. Wiederverkäufer.

Hans Böhm, Weidenweg 31.
 Anton Buchheim, Althausstr. 13.
 A. Bentele, Thalerstr. 21.
 K. Christ, Ebbingstr. 58.
 Darge, O., Pinowstr. 5.
 W. Dier, Schivelbeinerstr. 27.
 August Fenger, Grünauerstr. 6
 Feyerherm, F., Alt-Boxhagen 11.

W. Friedmann, Noll., Werthstr. 7.
 Fr. Gerlach, Taugrogenstr. 1a.
 Gustav Girra, Waldenstr. 21.
 Rob. Glense, Weissen, Goll. Dammstr. 13

Otto Grube Neue
 Hochstr. 37.
 Oranien-
 Straße 17.
 Gutschmann's Fleisch-u. Aufbehn-
 Contr., Wieststr. 159.
 O. Gleich, Secklitz, Holzschlammstr. 19.
 R. Grieger, Charl., Caserstr. 19.
 F. Guttschmidt, Koloniestr. 92.
 Heinrich Höhne, Skalienerstr. 87.
 Köpenicker-
 str. 4.
 Fr. Jentsch, Kottb. Damm 15, Fleisch, Ward.
 B. Immlig, ff. Fleisch- u. Wurstw.
 Mantelgasse 102.
 Heiar, Jochimann, Ziehnstr. 41.
 Max Kallier, Ziehnstr. 27.
 Wilhelm Kitz, Kniprodstr. 118.
 Fritz Klein, Kottbuserdamm 12.
 Fritz Klese, Markussstr. 31.
 Moabit
 Bruno Keller, Hüttenstr. 11.
 Otto Koch, Alte Jacobstr. 17.
 Fr. Kochke, Kl. Andreasstr. 11.
 W. Korte, Neuk. Weidenbergstr. 54, T. 743
 Bruno Kasche, Fruchtstr. 28.
 Ernst Kolbe, O. 112, Weissenbergstr. 15
 Königsbergerstr. 27.
 A. Krumm, ff. Fleisch- u. Wurstw.
 M. Kops, Secklitz, Secklitzstr. 154.
 A. Lange, Secklitz, Secklitzstr. 113
 Neukölln,
 Niemöllerstr. 8.
 Walden
 weg 75.
 Fr. Lindemann, Endenestr. 48.
 August Lincke, Alte Jacobstr. 25.
 Emil Lindigshol, Secklitzstr. 3.
 L. Lohmann, Melchiorstr. 22.
 Luebbe, Joh., Fleisch u. Wurstw.
 Ang. Mann, Schulstraße 103.
 Märk. Fleischhaus, Noll., Werthstr. 73
 M. Mauersberger, Noll. Kasernstr. 19
 R. Müller, Pankow, Wollankstr. 101
 Georg Naumann, Görtnerstr. 19.
 F. Neborowsky, Frankfurter
 Allee 178.
 Stölpische
 Str. 25.
 Große
Paul Nuss Frankfurterstr. 13.
Ptach Frankfurterstr. 13.

P. Reibel Wurfstr. 1, Landstr.
 Allee 130, Spz. Roll-
 schick, Noll. Schick, Secklitzstr. 22

Riedel, B. Hermannstr.
 46.

Rodewald, Franz Allee 2, T. 1208.
 Franz Rose, Frankf. Allee 21 a.
 Ottomar Rudolph, Görtnerstr. 17
 Herm. Raubheid, Ziehnstr. 18
 A. Rohmet, Moab., Perlebergerstr. 2
 W. Segling, Christburgerstr. 43.
 Max Schlack, Langestr. 57.
 Th. Scheuermann, Helmholzstr. 1
 Otto Schmalz, Jahnstr. 1.
 L. Schramm, Potsd. 23, T. III 11797.
 Otto Schreuer, Noll. Dammstr. 8.

Otto Schubert Köpenickerstr. 98.
 Spz. Warst.-Gesch.

Ang. Szary, Goll. Noll., Taugrogenstr. 117
 Hohenfried-
 burgerstr. 1.

Otto Schreiber

E. Schauer, Huttenstr. 70.

E. Sebersberg, Secklitz, Kasernstr. 9.
 Müllerstr. 156 a.

Max Schubert Müller-
 Str. 79

Stargard, Fleisch-Zentrale, Stargardstr. 42
 Thuring, Fleisch- u. Wurstw.-Fabr.
 F. Sommermann, Boxhagenstr. 16
 E. Trapp, Wraselstr. 19
 Tschubner, Straßmannstr. 8.
 Max Tümmel, Christburgerstr. 24.
 Nannynstr. 17
 E. Fisch- u. Wurstw.
 Uhlig, Paul, Köpenickerstr. 28.

G. Vettin Grüner Weg
 57 - 57

Warschauer Fleisch- u. Wurstw.-
 Centrale, Warochauerstr. 83

A. Wenzel, Woldenbergstr. 30
 Nord-Deutsche Fleisch-Zentrale
 F. Zimmermann, Secklitz, 78, Secklitzstr. 49

Paul Zwarg, Landsberg, Allee 126.
 Ernst Ziffer, Oderbergerstr. 137.

Glas u. Porzellan

O. Krüger, Weissenburgerstr. 79.

Grammoph., Sprachm.

W. Becker, Goll., Weissenbergstr. 127

Haar-Artikel

Berliner Zopf-Zentrale
 Inh. Rich. Müller
 nur Kottbuser Strasse 1

Spez. Champou, Friseur-Salon
 Unterricht in allen Fächern
 Auf d. Anzette gewährt 10% Rabatt.

Rob. Kortmann, Schönebergstr. 28.
 H. Nixdorf, Frankfurter Allee 187, 57, 58

Haus- u. Küchengeräte

Kaminick Spandau, Schöneberg, Str. 92
 Enalle, Glas, Porzellan, Lamp.
 Grüner Weg 42.

Rockstroh, Harl Gasochok, Waschm.
 K. Stöbe, Nannynstr. 91.

Herrn-Artikel

H. Beck, Secklitz, Kaiser Friedrichstr. 10.
 Veteranenstr. 7.
 Schira, Kraus, Wäsch.
 Krause, Wilh., Noll., Herm.-Str. 168
 Basenhalmstr. 3
 Noll. Dammstr. 31

Ad. Mahnke Nordring, Brunnenstr. 34.
 A. Samuni, O. Mierbachstr. 62, Secklitz.
 R. Bergstr. 141.
 El. Hermannstr. 171.
 Max Schulze, Koebmeisterstr. 5.

Herrn-u. Knabenang.

J. Baer Badstr. 25, Ecke
 Prinzen-Allee.
 Besser, Julius, Noll., Bergstr. 19

Herrn-Moden-Vertrieb
 zum Selbstkostenpreis + 10%
 Charlottenburg-Wilhelmsplatz 21

L. Mammoth Neukölln, Bergstr. 21.
 Mittel- u. Wahlvereins

Leske & Siupecki, Schick-Allee 75
 Noll., Bergstr. 44-45
 Marcus, S., fertige u. Halbfertige.
 Monatsgarderoben v. Kavalieren
 Zum Kalmann
 Prinzenstr. 64, Ecke Annenstr.

Rosner, Max Schneidernelster,
 Noll., Bergstr. 30/31,
 Lager fertig und nach Maß

Julius Salomon, Brunnenstr. 36.
J. Scholl Friedenaubr. 9
 Vorz. d. H. 5%.

Hdto, Mützen u. Pelzw.

Hermann Haase, Invalidenstr. 129

Hutbaus Norden
 Brunnenstraße 83.
 Badstraße 65
 Chausseestraße 55.
 Dresdenstraße 120

Belte, Rud., Chausseestr. 66.
M. Grund Brunnenstr. 177

Berl. Hut-Centrale Secklitzstr. 27
 Weissenbergstr. 17

Hut-Engr.-Lager, Secklitz, Görtnerstr. 24.
 A. Lemaitre, Weissenbergstr. 128.
 Badstr. 64.
Rieck, Em. Gerolichostr. 41.
 Schoer, Herm., Wilmsdorf-Str. 44.
 Kottbuser-
 Damm 18/19.

Zum Hutwinkel
 S. Kohls, Chausseestr. 85.

Kaffee-Spezialgesch.

Unserreichtli 40 Pf. pro Pfd.
 Edel-Mahl-Kaffee Marke Mal-Ko
 Generaldepot Norden, Chausseestr. 116.
 Versanddepot Ant. Berlin 594 u. 9994
 Filialen SW, Goll. Allee 194 und
 Hiltnerstr. 14.
 Bei Abnahme von 5 Pfund frei Haus.

Kaffee-Surrogate

Otto Goetze, Kottbuserdamm 18/17 Hof.

Kaufhaus

Z. Alexander & Co., Badstr. 55.
 Hermann Bernhard
 Hermann-
 Platz 3.

Kaufhaus Friedenaubr. 48
 Liefert d. Konsumgenossenschaft.
 Landsberger-
 Allee 29.

B. Hennig & Co.

Kohlen, Koks, Briketts

W. Pieper Hoch-
 meierstr. 15

Stemon, A. R., Kottb. Wedding
 Karl Werner, Neuk. Göthestr. 10

Kolonialwaren

Babel & Hauke, Weissenbergstr. 47.
 G. Behrens, Schöneberg, Althausstr. 29
 Budach, Franz, O., Goll. Allee 2.
 Georg Buraw, Stromstraße 29.
 Og. Felst, Noll., Weissenstr. 4.
 A. Fiedler, Eisenstr. 10/11.

Reik
 Neukölln
 Filialen in allen Stadtteilen.

Fritz Gerull, Bismarckstr. 75.

Hokenkamp & Neumann Crossestr.-
 Str. 18.
 Isoperalkstr. 19, Kiebitzstr. 17.

Helmske, Wilh., Markgrafend. 28.
 Fritz Höbner, Schliemannstr. 11.
 Kohls, W., Liebenberg, Regenstr. 9.
 Kramer, Rich., O. Kropfstr. 17/18

Lips, Chamissoplatz 8
 Lossig, G., Warschauer Str. 5.
 Luckner, Felix, Noll., Weissenbergstr. 17/18

Karl Mercier, Huttenstr. 3
 Gebe auf War. 5% R.
 Tegelerstr. 1 II 7008

H. Müller Kottbuser Damm 51
 Herm. Str. 156, Knesebeckstr. 18

Müller, G. Priebe, E., Boxhagen-
 Chaussee 22.
 A. Rahnhold, Prinzen-Allee 18.
 Carl Robra, Langhausstr. 59 u. 149.
 Mückenstr. 64a,
 Kreuzbergstr. 36.
 Runge, Otto, Noll., Hermannstr. 55.
 A. Sägebarth, Fährdammstr. 34.
 Schneider, F., Noll. Kaiser-Friedr. Str. 75
 Schaeffer, Carl, Badstr. 16.
 Fritz Scheel, Schwedterstr. 47.
 Schlanther, Emil, Hüttenstr. 7.
 Rudolf Sprengberg, Wörtherstr. 1.
 Wilh. Thomas, Secklitz-Str. 94.
 Otto Töck, Gubenstr. 11.
 Willi Wegener, Posenstr. 5.

Korbwar., Kinderwap.

Metznern Filiale
 Bismarckstr. 67.

Krankenschederartikel.

Fischer, Wilh., N. Weissenberg-Str. 118
 Lange, A. E., Brunnenstr. 167.

Lederwaren

Isagenel, Bismarckstr. 102, Weissenbergstr.
 Grüner
 Weg 109

Hermann Callies Schöneberg,
 Kolonnenstr. 64.

Lehranstalt

Zuschneide-Akademie
 A. Gorski, Alte Jakobstr. 43.

Mehlhandlungen

Bethke, Georg, Muskauer-
 str. 44.
 Rixd., Elbstr. 33, Kals.-Friedr. Str. 64
 Weissenstr. 189, Friedelstr. 23
 Troptow, Grätz-Str. 64.

Bernsdach G. Noll., Kals.-Frd.-Str. 59
 Bernhard Danne, Kastanienstr. 50-51.
 C. E. Fink, N., Pankstr. 92.
 Hoff, Herm., Noll., Hermannstr. 227

Prese, Ernst 5 Geschäfte
 im SO.

Unterstehende Geschäfte
 empfehlen sich bei Einkäufen

Gaeger, Otto Charlotten-
 burg.

Paul Gaeger, Spandau.
 Mohl-u. Kolonialw.-
 Bergmannstr. 95.
 Hoerns, H., Noll., Hermannstr. 172
 Karl Huhn, Seckerstr. 9.

Korn, Hugo Wrangel-
 Str. 117.
 Lüdtko, H., Fruchtstr. 67.
 G. Laupchier, Turmstr. 80.
 Gus. Moyer, Secklitz-Str. 19, Wiltstr. 81
 C. Neugebauer, Ober-Schöneberg
 F. Pflugmacher, Colonnenstr. 48.
 Greifswalderstr. 11,
 vis a vis Lippenberstr.
 Mariannenstr. 14.
 Markh., Harbischstr.
 Markh., Berthelstr.

Joh. Penner Greifswalderstr. 11,
 vis a vis Lippenberstr.

Schleinitz, A. Mariannenstr. 14.
 Markh., Harbischstr.
 Markh., Berthelstr.

Thiele, Nachf., Prinzenstr. 16.
 R. Wendler, Secklitzdammstr. 6.
 B. Zyczynski, Secklitz-Panzerstr. 59

Möbelmagazine

Dachne, F., Noll., Neue Jonasstr. 26.
 J. Deutmann, Gelegenheitskäufe, Secklitz 21

Wilh. Gabbert, Brunnen-
 Str. 182.

Geppert, Paul, Zossenstr. 32.
Glaiser, A., Alexend-
 er-
 str. 42.
 G. Hacke, Wilhelmshagenstr. 30.
 König, A., Noll., Berlinstr. 102.
 Neukölln,
 Hermannstr. 13.

Herm. Kogel

Küchenmöbel
 Berliner Küchenmöbel-Fabrik
 Neue Königstr. 31-32, T. VII 4746

Lange, Max Schwedter Str. 26
 a. d. Kast. Allee.

Misch Stegmann
 Dammstr. 14
 Secklitz

Möbel-Gelegenheit
 Anklam, Charlottenbg., Wallstr. 58.
 Möbel-Karuss, Waldenstr. 123/24.
 Hugo Moh, W. 87, Fohmannstr. 32a.
 F. Neumann, Charlottenburg,
 Kaiser Friedrichstr. 100-1

Emil Ruffler
 Tischler-Innungsmeister
 Prinzenstr. 34

Schmidt, Otto Möbelfabrik
 Gartenstr. 52

Siebeky, W. Goll. Allee 29.
 Goll. Allee 29.

Stelmann, Waldenstr. 73
 Ecke Mantelgasse

Ch. Tennigkeit, Elsbterstr. 21.

Möbel-Transport

F. Enders, Jannstr. 7, T. III 4118.
 Krüger, Secklitz, Str. 16, Tel. III 3207
 Heinz Kaufmann, Linienstr. 145.
 J. Lange, Ritterstr. 96, Mpt. 4195.
 Paul Schur, G. u. H. Dirschenstr. 24/25

Molkereien

Molk. Strehl Treckhof, Neukölln
 Hermannstr. 119, E. Siegl. Str. 84.
 G. Gollach, Potsdamerstr. 39, E. Bismarckstr.

Milch Schmidt
 Neukölln
 Hermannstr. 53, Hermannstr. 65-66.
 J. Reich, Birkenstr. 12, Zwillingstr. 23

"Schweizerhof"
 Meisler und Milchkarussell.
 Endener Str. 44, u. Tel. II 2505.

Musikalien

Scholz Frankfurter-Allee 73b
 Frankf.-Chaussee 115.

Musikinstrumente

Kirst, E., Brunnenstr. 45, Noten.
 Lorenz Rahmel, Oranienstr. 183

Nähmaschinen

Bellmann, E., Goll. Allee 29.
 Waschmasch.

(Charlottenburg, Spandauerstr. 3
 alle Systeme ohne Anzahlung.)

Singer
 Nähmaschinen
 Läden in allen Stadtteilen.

Litauer, Verh. Wilke, Noll., Berlinstr. 84
 Hermannstr. 10/60.

F. W. Büttner nur Mantelgasse
 Straße 109.

Afrans-Nähmaschinen
 G. A. Büttner, Andreasstr. 75, Fährdamm-
 str. 27, Spandau, Secklitzstr. 19.

Optiker

Dase, Paul, N. Müllerstr. 174.
 Groß, Paul, Warschauerstr. 66.
 Schubert, Carl, Noll., Bergstr. 148
 Weinstruck, Spandau, Potsdamerstr. 19.

Photogr. Ateliers

W. Scharf, Rosenthaler Tor, Eisenstr. 1

Papier- u. Schreibw.

O. Prochn

Gewerkschaftliches.

Die Wirkungen der päpstlichen Enzyklika

machen sich bereits geltend. Zwar verkündete der rheinische Zentrumsführer Trimborn eben, daß die christlichen Gewerkschaften bleiben was sie waren, und pathetisch rief er ihnen „Vorwärts auf der bisherigen Bahn!“ zu. So in der Theorie. In der Praxis zeigen sich die Dinge anders. Die städtischen Arbeiter Kölns, in deren Kreisen die christlich-zentristische Richtung schon viel Unheil angerichtet hat, leiteten durch ihre Arbeiterausschüsse im Einvernehmen mit den zuständigen Organisationen (Freier und christlicher Gemeindeförderer-Verband) eine Bewegung zur

Verkürzung der Arbeitszeit

in den städtischen Betrieben ein. In zwei gemeinsamen Sitzungen, an denen der christliche Sekretär Dr. teilnahm, einigte man sich über die aufzustellenden Forderungen und den einschlagenden Weg. Zunächst sollte eine gemeinsame Vertrauensmännerversammlung und dann eine öffentliche Versammlung stattfinden, in denen die Forderungen behandelt werden sollten. Alles war vorbereitet. Doch einige Stunden vor der Vertrauensmännerversammlung traf ein Schreiben des Zentrums-Stadtvorordneten und christlichen Sekretärs Dedenbach ein, wonach ein weiteres Zusammengehen mit dem freien Verband abgelehnt worden sei. In der Zentrumsfraktion des Kölner Rathhauses hat der obgenannte Herr eine entscheidende Stimme. Das Zentrum hat die christlichen „Arbeiterführer“ zurückgerufen, und sie folgten willig. So wendet man die in der Enzyklika angeordneten Maßnahmen praktisch an, während man in der Öffentlichkeit verkündet, daß in den Kreisen des Zentrums die Sympathie für die christlichen Gewerkschaften unermindert sei. In einer von christlicher Seite einberufenen Versammlung erklärte der Arbeiter-Stadtvorordnete Dedenbach: „Die Arbeiter sollten erst die Vorlage der Stadtverwaltung abwarten; man könne doch nicht von einer Lohnbewegung in die andere fallen.“

Die Mehrheit der städtischen Arbeiter hat sich diese Ermahnungen jedoch nicht zu Herzen genommen und in einer vom freien Verband einberufenen impudanten Versammlung einmütig die Einführung des Neunstundentages für die Tagesarbeiter und der achtstündigen Wechselzeit für die Kontinuerlichen Betriebe gefordert. Wird nun die Zentrumsmehrheit für den Kulturfortschritt eintreten, wie sie ständig glauben machen will? Warten wir ab!

Berlin und Umgegend.

Bei der Gesellenauswahl der Bäckerzwangsginnung wurden für den freigewerkschaftlichen Verband 763 Stimmen abgegeben, während der gelbe Bund 341 Stimmen erhielt. 33 Stimmen waren ungültig. In der nachfolgenden Wahl zum Innungsstichtesgericht erhielt der Verband 524 und der gelbe Bund 146 Stimmen bei 9 ungültigen Stimmen. Von den Weibern sind eine ganze Anzahl Wählerinnen den Gesellen verweigert worden. Die Gesellen hatten dagegen die Unterstützung der Meisterschaft und haben sie in der bekannten Weise ausgenutzt.

Die Bäckermeister und der Ruhetag.

Die Versammlung, welche der Verband der Bäcker und Konditoren kürzlich abhielt, um seine Forderung auf gesetzliche Einführung eines 8stündigen Ruhetages in jeder Woche erneut zu propagieren, hat die Bäckermeister veranlaßt, auch mit ihrer Gegenforderung wieder in die Öffentlichkeit zu treten. Zu der erwähnten Versammlung der Gesellen waren auch die Innungsverbände in der Person des Vorsitzenden ihres Zweverbandes eingeladen, aber nicht erschienen, weil — wie Obermeister Schmidt damals mitteilte — eine so wichtige Frage in einer öffentlichen Versammlung nicht erörtert werden könne. Nun hatte aber der Vorstand des Zweverbandes, dessen Vorsitzender Obermeister Schmidt ist, am Montag eine öffentliche Meisterversammlung einberufen. Die war also kompetent, die Frage des Ruhetages zu erörtern. Sie nahm denn auch eine von den Vorständen der 16 im Zweverbande vereinigten Innungen vorgelegte Resolution an. Diefelbe erklärt den 8stündigen Ruhetag, weil er das Klein-gewerbe finanziell zu stark belastet, für undurchführbar und beauftragt den Vorstand, dahin zu wirken, daß die Herstellung von Ladentüren in der Zeit von Sonntag früh bis Montag früh gesetzlich verboten werde, damit nicht nur die Gesellen, sondern auch die Meister und deren Familien den freien Sonntag bekämen.

Das ist die bekannte Stellung der Bäckerinnungen, die sie einnehmen, seitdem der vom Bäckerverbände geforderte 8stündige Ruhetag durch Lohnbewegungen und Tarifabschlüsse für viele Tausende von Gesellen bereits verwirklicht ist. Am sich vor der allgemeinen Einführung des 8stündigen Ruhetages zu schützen, fordern die Meister die 8stündige Sonntagsruhe. Sie sagen, durch diese Forderung wollen sie der Öffentlichkeit zeigen, daß sie soziales Verständnis hätten. Das wurde auch in der Versammlung am Montag wieder sehr stark betont, besonders von Obermeister Schmidt. Andere Redner aber betonten nicht minder stark, daß der alte Zustand einer nebensächlichen Arbeitswoche sich nicht mehr aufrechterhalten läßt, weil die Bewegung des Verbandes der Bäcker und Konditoren doch schon große Fortschritte gemacht hat und noch weitere Fortschritte machen wird. Deshalb wählen die Meister von zwei Neben das nach ihrer Ansicht kleinere, nämlich die 8stündige Sonntagsruhe. Einzelne Meister sind der Ansicht, daß sie bei dem „kleineren Uebel“ nicht Halt machen können und daß sie deshalb klüger lären, sich gleich für das „größere Uebel“ zu entscheiden. So sagte Herr S a u l u s, ein Vertreter der Freien Vereinigung der Bäckermeister: Der Ruhetag ist ein Uebel; aber wir können ihm nicht entgehen. Darum müssen wir gleich die gesetzliche Einführung des 8stündigen Ruhetages fordern, damit wir den ewigen Unfrieden im Gewerbe beilegen.

Für den Antrag S a u l u s, den gesetzlichen 8stündigen Ruhetag zu fordern, wurden nur 8 Stimmen abgegeben, während die Resolution der Innungsvorstände gegen 32 Stimmen angenommen wurde.

Die Behauptung, der durch Tarif mit dem Verbands in diesen Betrieben eingeführte 8stündige Ruhetag sei eine drückende Belastung der Kleinmeister, entspricht nicht den Tatsachen. Nach dem Tarif haben die Kleinmeister nur alle drei Wochen, die mittleren Betriebe alle zwei Wochen und die Großbetriebe jede Woche den Ruhetag zu gewahren. Soweit die Kleinmeister überhaupt eine Ausnahme für den freien Ruhetag genießenden Gesellen einstellen, kostet ihnen dieselbe fünf Mark. Diese Ausgabe hat der Kleinmeister alle zwei bis drei Wochen einmal. Und das soll eine Belastung sein, die der Kleinmeister nicht tragen kann? Das kann niemand glauben, namentlich wenn man sich vergegenwärtigt, daß Obermeister B e n n a r d seinerzeit als gerichtlicher Sachverständiger in mehreren Fällen betand hat, daß das Bäcker-gewerbe einen Kelagewinn von 33 1/2 Proz. abwirft.

Deutscher Bauarbeiterverband. Zweigverein Berlin. Am 17. November sind bei der Wahl zur Baukonferenz folgende Kollegen gewählt. Sektion der Maurer: Fritz Busse, Otto Ganske, Otto Lehmann-Kaulönn, Adolf Winkler. — Sektion der

Bauer: Fritz Lemme, Ernst Schulze. — Sektion der Fliesenleger: Karl Stegemann. — Sektion der Stuckateure: August Dietrich. — Sektion der Isolierer und Steinhölzler: Franz Rheuergarten. — Sektion der Hilfsarbeiter: Paul Gänge, Ernst Heidemann, Karl Runge, Otto Schilling. — Sektion der Gips- und Zementbranche: Otto Gaele, Rudolf Grundmann. Der Vorstand.

Im Pagenhofer-Ausschank, Friedrichstr. 71, dauert der Streik der organisierten Reiner und Papier fort. Weil die Angestellten gezwungenermaßen von dem Mittel des Streiks Gebrauch machen, droht der Delonom, dafür Sorge zu tragen, daß dieselben auf die schwarze Liste des Interessenverbandes der Gastwirte kommen. Der Hatz gegen die Organisation geht so weit, daß man jeden sich meldenden Arbeitswilligen einem strengen Examen nach der etwaigen Zugehörigkeit zum Verbands unterwirft. Erst wenn man völlig darüber beruhigt ist, daß der in Frage kommende nicht Mitglied des Verbandes ist, kann er seine Tätigkeit als Streikbrecher beginnen. Trotzdem sind die Streikenden guten Mutes. Ausdrücklich sei darauf hingewiesen, daß der Pagenhofer-Betrieb für alle organisierten Gehilfen gesperrt ist.

Verband der Gastwirtsgehilfen. Ortsverwaltung Berlin I.

Deutsches Reich.

Der Streik in der Geschäftsbüchereifabrik Schlegel u. v. d. Heyden in Hagen ist beendet. Der Firma gelang es, ihren Betrieb durch Einstellung einiger Arbeitswilligen fortzusetzen. Der Streik wurde deshalb am 23. November abgebrochen. Das Hagenere Gewerkschaftsamt beschloß einstimmig, den Boykott über die Firma zu verhängen. Die Firma sucht Gehilfen mit dem ausdrücklichen Bemerkens, daß sie nicht organisiert sein dürfen. Sie liefert Schreibhefte und Diarien. Die Fabrikate der Firma sind sämtlich durch ein gedrucktes Monogramm mit den verschlungenen Buchstaben S. v. d. H. zu erkennen. Auch liefert die Firma an Parteigeschäfte und Genossenschaften.

Organisationsbestrebungen der kinematographischen Angestellten.

Auf einer Konferenz des Verbandes der kinematographischen Angestellten und Berufsgehilfen von Rheinland und Westfalen, die am Vorkrieg in Köln a. Rh. tagte, wurde die Frage einer gemeinsamen Organisation dieser Angestellten besprochen. 18 Delegierte aus den Städten Köln a. Rh., Elberfeld, Hagen, Duisburg, Wülheim-Ruhr und Essen-Ruhr nahmen an der Konferenz teil. Die freie Vereinigung (sozialistische Richtung) der Kinoangestellten Berlins war ebenfalls durch einen Delegierten vertreten. Das Kölner Gewerkschaftsamt war durch seinen Vorsitzenden Haas, der Transportarbeiterverband durch den Bezirksleiter Klöfel vertreten.

Als Hauptpunkt der Tagung stand zur Beratung: Gründung einer selbständigen Organisation unter eventuellem Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands; außerdem sollte über die Schaffung eines Verbandsorgans, Anstellung eines Sekretärs und Einführung der Erwerbslosenunterstützung verhandelt werden.

Der Vorsitzende Kirsch-Köln a. Rh. führte aus: Die Lichtspiel- und Kinoschreiber haben eine ungeahnte Entwidlung genommen. Rund 40 000 Personen finden gegenwärtig in diesem Beruf Beschäftigung. Die Organisationsverhältnisse seien äußerst zerstückelt. Ein Teil der Angestellten gehöre dem Metallarbeiterverbande, ein anderer Teil dem Transportarbeiterverbande an. Der Verband der kinematographischen Angestellten und Berufsgehilfen, Sitz Köln a. Rh., zähle 400 Mitglieder, darunter über 100 in Köln. Es müße ein Weg zum Zusammenschluß aller in diesem Beruf tätigen Berufscollegen, ganz gleich ob Operateur, Einführer, Regisseur, Kassiererin usw. gefunden werden, denn nur durch einen festen Zusammenschluß könnten die Arbeitsverhältnisse, die meist sehr im argen liegen, verbessert werden. Ein reiner Berufsverband sei das erstrebenswerteste Ziel, dem man zusteuern müsse.

In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß eine Anlehnung an die freien Gewerkschaften angestrebt werden müsse, nur zwei Delegierte propagierten den „neutralen Berufsverband“.

Haas vom Kölner Gewerkschaftsamt betrat ebenfalls den Standpunkt, daß eine Zersplitterung in verschiedene Verbände vermieden werden müsse. Er empfahl zunächst den Anschluß an den in Berlin bestehenden Verband der Theater- und Kinoangestellten. Dieser neugegründete Verband dürfe von der Generalkommission anerkannt werden. Von mehreren Rednern wurde ausgeführt, daß Gewicht auf die Beibehaltung des jetzigen Titels des Verbandes gelegt werden müsse, weil wegen der Stellenvermittlung, die jetzt gut floriere. Eine eigene Verwaltung mit eigener Kassenführung müsse bestehen bleiben auch in der neu zu schaffenden Organisation. Der Vertreter des Transportarbeiterverbandes hob hervor, daß in einer großen Anzahl Städte die Kinoangestellten im Transportarbeiterverbande organisiert seien. Er schlug vor, die Verhandlungen der Generalkommission, die im Gange seien, abzuwarten.

Es wurde eine Kommission gewählt, die eine intensive Agitation und eine Petition an den Reichstag vorbereiten hat. Aufgabe der Kommission soll ferner sein, den Anschluß an eine der Generalkommission angeschlossene Gewerkschaft vorzubereiten. — Der höchsten Beschlusse wurde von 25 auf 40 Pf. erhöht, davon sollen 15 Pf. den Sektionskosten verbleiben, 25 Pf. erhält die Hauptkasse; außerdem soll halbjährlich eine Agitationsmarke zu 50 Pf. entnommen werden.

Wegen der schwebenden Anschluß- bzw. Zusammenschlußfrage wurde die Anstellung eines Sekretärs und die Einführung der Erwerbslosenunterstützung zurückgestellt. — Am Karfreitag kommenden Jahres findet in Elberfeld ein außerordentlicher Verbandstag statt; bis dahin, so hofft man, werde die Frage der Neugestaltung des Verbandes geklärt sein.

Die Christen kriechen vor den Gelben zu Kreuze.

Die tapferen Christen haben vor den gelben Bekehrten kapituliert. Am Sonnabend hatte sich der Redakteur des Organs des christlichen Metallarbeiterverbandes vor dem Schöffengericht in Duisburg wegen Beleidigung der Vorstandsmitglieder des Bundes deutscher Wertvereine zu verantworten. Gleich der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ in M. Gladbach hatte der „Deutsche Metallarbeiter“ in Duisburg (Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes) die bekannten Äußerungen des Reichstagsabgeordneten Schiffers über die „Gelben“ im Reichstag veröffentlicht. In der Rede hieß es, die Wertvereine erzogen ihre Mitglieder zur Spießbücherei, zum Schmarbentum und zur Reichheit. Die Ausführungen Schiffers waren in dem „Deutschen Metallarbeiter“ noch einmal als zurechtend unterstrichen.

Während man in M. Gladbach verurteilte, die Gelben zur Strecke zu bringen, wählte man in Duisburg der Tapferkeit „Besseren“ Teil. Der angeklagte christliche Redakteur ließ gleich zu Beginn der Verhandlung durch seinen Rechtsbeistand erklären, daß er zu einem Vergleich bereit sei. Die „Gelben“ waren natürlich nicht abgeneigt und in den Armen lagen sich beide und weinten vor Schmerz und Freude. Der Vergleich, dieses christlich-gelbe Dokument, lautet in seinem ersten Satz: „Der Beklagte zieht die in dem Artikel vom 10. März 1912 enthaltenen beleidigenden Ausdrücke mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und verpflichtet sich, die Kosten des Verfahrens zu tragen.“ Der Vergleich soll im „Wertverein“ und im „Deutschen Metallarbeiter“ publiziert werden.

Mehr als unter dem Ausdruck des Bedauerns rezogieren konnte der angeklagte christliche Redakteur nicht gut tun; aber das genügt auch in der Tat. Die gelben Führer können sich die glänzende Rehabilitierung hinter den Spiegel jedes als Beweis für die innige Zuneigung, die letzten Endes den waderen Vertreter christlichen Bauhandwerks bestimmt hat, sich mit ihnen auszusöhnen.

Die christlichen Gewerkschaften und die päpstliche Enzyklika.

Essen, 26. November 1912. (Telegr. Eigenbericht.)

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hatte zum heutigen Dienstag nach Essen einen außerordentlichen Kongress einberufen, der zu der durch die neueste päpstliche Enzyklika geschaffenen Situation Stellung nehmen sollte. Der Kongress war, trotzdem seine Einberufung erst vor wenigen Tagen beschlossen wurde, außerordentlich stark besucht und alle Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung sowie 250 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands hatten sich eingefunden.

Reichstagsabgeordneter Schiffer eröffnete den Kongress und teilte mit, daß angesichts der ersten europäischen Lage und mit Rücksicht darauf, daß auch unser Vaterland in Bewirbelungen hineingezogen werden könne, die Kongressleitung vorschläge, folgendes Telegramm an den Kaiser abzusenden:

„Die zum außerordentlichen Gewerkschaftskongress in Essen versammelten Vertreter von 380 000 christlich-nationalen Arbeitern erneuern Em. Majestät das Gelöbniß unverbrüchlicher Treue und erklären ihre Bereitwilligkeit, für des Vaterlandes Größe und des deutschen Volkes Ehre jederzeit einzutreten.“

Unter lebhaftem Beifall wurde die Absendung dieses Telegramms beschlossen.

Dann führte Reichstagsabgeordneter Schiffer aus: Vor sieben Wochen gelegentlich des Kongresses in Dresden haben die christlichen Gewerkschaften in feierlicher Form erklärt, an dem bisherigen Charakter und der bewährten Praxis ihrer Organisation festhalten zu wollen. Sie haben betont, dieser Standpunkt sei unveränderbar und unabänderlich. Die katholischen und evangelischen Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung hatten damals im Namen der von ihnen vertretenen Mitgliedschaften das Gelöbniß unverbrüchlicher Treue und die Veteuerung rückhaltlosesten Vertrauens zum Ausdruck gebracht. Es bedarf daher wohl kaum einer besonderen Hervorhebung und Betonung, daß auch in der gegenwärtigen Situation für sie kein Grund vorliegt, irgendeine Aenderung eintreten zu lassen. (Stürmischer Beifall.) Es bleibt bei Dresden. (Erneuter stürmischer Beifall.) Die leitenden Instanzen der christlichen Gewerkschaften haben sich nach der Publikation des päpstlichen Rundschreibens in zwei Sitzungen mit der Angelegenheit beschäftigt. Sie haben in aller Ruhe verhandelt und sich dahin geeinigt, nichts zu überflüssigen. So erklärt es sich, daß, trotzdem die Enzyklika bereits am 10. November veröffentlicht worden ist, die christlichen Gewerkschaften sich erst heute offiziell und öffentlich damit beschäftigen. Der Kongress ist zunächst aus dem Grunde einberufen worden, weil eine gewerkschaftliche Bewegung ihre Existenzmöglichkeiten und Existenzbedingungen vor aller Öffentlichkeit darzustellen muß und weil die öffentliche Repräsentation ein Lebensbedürfnis für sie ist. Der Wunsch des Gesamtverbandes wollte weiterhin durch den heutigen Kongress den Dresdener Beschluß von neuem bekräftigen lassen. Die Welt ist ja so voller Zweifler, es gibt so viele Leute, bei denen gewisse Klänge die Erzeuger ihrer Gedanken sind, es ist in den letzten zwei Wochen in der Öffentlichkeit so viel an unsinnigen Behauptungen und Kombinationen geleistet worden, daß wir demgegenüber noch einmal in aller Ruhe und mit aller Bestimmtheit unsere alten allgemein bekannten Grundsätze betonen wollen. Im übrigen wird der Verlauf dieses Kongresses zeigen, daß unsere sonst jahreslangwollen, jetzt in Schwadensfreude schwebelnden Gegner nicht auf ihre Rechnung kommen. (Lebhafter Beifall.) Wahrscheinlich werden sie von hier aus einige Neugkeiten erfahren, die ein wenig Wasser in ihren Wein gießen. In den letzten 48 Stunden hat die Streitfrage eine beachtenswerte Wendung erfahren. Wir ist gestern von Berlin mitgeteilt worden, daß die Reichsregierung den Inhalt der päpstlichen Enzyklika vor der Veröffentlichung nicht gekannt hat (Lebhafter Hört! Hört!), und die Reichsregierung legt Wert darauf, daß diese Tatsache hier öffentlich bekannt gemacht wird. Die Leute, die unsere katholischen Mitglieder heute als unter einem kirchlichen Ausnahme-gesetz leidendes Ansehen verspotten und ihnen morgen Rebellion gegen ihre kirchliche Obrigkeit vorwerfen, können uns nicht im mindesten imponieren. (Sehr richtig!)

Hierauf wurde in den einzigen Punkt der Tagesordnung eingetreten:

Die durch die päpstliche Enzyklika geschaffene Lage.

Das Referat hatte Generalsekretär Stegerwald-Köln übernommen. Er gab zunächst einen Abriss der Entwidlung des Gewerkschaftsstreits im katholischen Lager und der zahlreichen Auslegungen, die das neueste päpstliche Rundschreiben in der Presse der verschiedensten Richtungen gefunden hat. In dieser verwirren Situation sei ein Wort der Aufklärung notwendig und dieser Kongress solle die Aufklärung bringen. Gegenüber der Einwendung der katholischen Fachabteilungen, die christlichen Gewerkschaften hätten sich bezüglich ihrer Stellung nach der religiös-sittlichen Seite nirgends programmatisch und bindend festgelegt, verwies Redner auf die wiederholten Beschlüsse des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften. Weitere Garantien und Verpflichtungen könnten die christlichen Gewerkschaften nicht übernehmen. (Lebhafter Zustimmung.) Von einem deutschen Bischof, demgegenüber Redner dieser Ueberzeugung Ausdruck verliehen hat, sei ihm die Antwort geworden: „Rehr verlangt auch keine kirchliche Behörde.“ (Lebhafter Hört! Hört!) Die christlichen Gewerkschaften sind in Deutschland eine Minderheitsbewegung. Die sozialdemokratische Bewegung hatte bereits einen großen Vorsprung, als die christlichen Gewerkschaften gegründet wurden. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften neben diesen sozialdemokratischen Gewerkschaften ist darum naturgemäß eine sehr schwierige. Die Arbeitgeber, mit denen die berufswirtschaftlichen Interessenvertretungen sich auseinandersetzen haben, sind in Deutschland wohl mehr als 1/4 nicht katholisch, auch in der Staatsverwaltung überwiegt bei weitem das evangelische Element.

Nun zur Enzyklika selbst! Die Sozialdemokraten machen der Enzyklika zum Vorwurf, daß sie

ein Ausnahme-gesetz für die Arbeiter

und vom Paps eigens für die Interessen der bestehenden Klassen geschrieben sei. Das ist nicht richtig. Die Enzyklika entspringt überhaupt nicht der Initiative der Kurie, sondern sie ist erlassen worden nach langjährigem Drängen der katholischen Fachabteilungen. (Sehr richtig!) Wenn für andere Erwerbszweige innerhalb des katholischen Lagers keine ähnliche Enzykliten beständen, so deshalb nicht, weil diese Erwerbszweige nicht gegenseitig im Streit liegen. Die Enzyklika verfolgt den friedlichen Zweck, das man seit 12 Jahren andauernden Streit im katholischen Lager über christliche Gewerkschaften und katholische Fachabteilungen zu beenden. Bei der unterschiedlichen Auslegung der Enzyklika handelt es sich speziell um einige Stellen, die auch in den Kreisen der christlichen Gewerkschaften Beunruhigung hervorgerufen haben. Die eine Stelle betrifft das Zuständigkeitsrecht und die Mitwirkung der kirchlichen Obrigkeit bei wirtschaftlichen Fragen, die andere bezieht sich auf die Gründung konfessionell-katholischer Vereinigungen in katholischen Gegenden, die dritte bezieht sich auf die Beobachtungspflicht der Bischöfe gegenüber interkonfessionellen Vereinigungen, und die vierte schließlich bezieht sich auf die Zuständigkeit der Enzyklika in der Streitfrage überhaupt. Eine weitere Stelle wird als Behinderung der Ausbreitungsmöglichkeiten der christlichen Gewerkschaften gedeutet. Von dieser Beunruhigung innerhalb der christlichen Gewerkschaften hat der Bischof

Dr. Schulte in Baderhorn Kenntnis bekommen und er hat über die Enzyklika mit Fürstbischof Kardinal Kopp korrespondiert. Das Resultat dieser Korrespondenz ist eine neuerdings vorliegende

Interpretation der Stellen der Enzyklika durch die in Fulda versammelt gewesenen Bischöfe.

Diese Interpretation lautet:

1. In dem Satz: „Die soziale Frage und die mit ihr verknüpften Streitfragen über Charakter und Dauer der Arbeit, über Lohnzahlungen, über den Arbeiterstreik sind nicht rein wirtschaftlicher Natur und somit nicht zu denen zu zählen, die mit Hintansetzung der kirchlichen Obrigkeit beigelegt werden können“, ist die lehrige Wendung nicht so zu verstehen, als ob die kirchliche Obrigkeit beansprucht, mit der praktischen Erledigung solcher Fragen in den einzelnen Fällen irgendwie befaßt zu werden. Die Wendung besagt vielmehr, daß die Kirche das Recht und die Pflicht habe, zu derartigen Streitfragen, insoweit sie das Sittengesetz berühren, auch ihrerseits Stellung zu nehmen und durch Hinweis auf die richtigen Grundsätze, die in Betracht kommen, den Gläubigen vor sittlich-religiösen Schäden zu bewahren.

2. Der Satz: „Hieraus folgt, daß derartige sogenannte konfessionell-katholische Vereinigungen sicherlich in katholischen Gegenden und außerdem in allen anderen Gegenden, wo anzunehmen ist, daß durch sie den verschiedenen Bedürfnissen der Mitglieder genügend Hilfe gebracht werden kann, gegründet und auf jede Weise unterstützt werden müssen“, besteht überall dort als eine Vorschrift des Apostolischen Stuhles zu Recht, wo nicht die für Deutschland bezüglich der christlichen Gewerkschaften gemäß den Wünschen der Bischöfe vorgesehene Ausnahmestellung zutrifft. Eine Aufstellung der deutschen Bischöfe, deren Bischöfe für ihr ganzes Bistumsgebiet um Zulassung der christlichen Gewerkschaften gebeten haben, in solche Gebiete, wo das Feld der Berliner Richtung sein soll, und in andere Gebiete, wo christliche Gewerkschaften existieren dürfen, ist in der Enzyklika durchaus nicht angeordnet worden. Eine solche Aufstellung des Bistumsgebietes bräute, was der Heilige Vater gerade verhüten will, erst recht Wirrwarr und Unfrieden.

3. Die Mahnung des Heiligen Vaters an die Bischöfe, „sorgfältig das Verhalten dieser Vereinigungen zu beobachten und darüber zu wachen, daß den Katholiken aus der Anteilnahme an ihnen kein Nachteil erwächst“, erklärt sich in ihrem letzten Teil von selbst und in ihrem ersten Teil aus dem vorhergehenden Satz, an dem sie mit dem Wort „darum“ angeschlossen ist. Es wird niemand den Bischöfen das Recht bestreiten können, sich zu orientieren über irgendwelche Organisationen, also auch, ob die hier in Rede stehenden christlichen Gewerkschaften grundsätzlich oder tatsächlich zur Kirche oder kirchlichen Lehre in Gegensatz treten. Die Beobachtungspflicht der Bischöfe bezieht sich nicht auf die wirtschaftliche Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften, sondern darauf, ob den katholischen Arbeitern aus der Mitgliedschaft kein sittlich-religiöser Schaden erwächst.

4. Bei dem Satz: „Sollte unter ihnen noch irgendeine Schwierigkeit entstehen, so ist zu deren Lösung der gewisse Weg folgender: Sie sollen sich an ihre Bischöfe um Rat wenden und diese werden die Sache an den Apostolischen Stuhl berichten, von welchem sie entschieden wird“, ist nicht gemeint, daß gewerkschaftliche Schwierigkeiten von den Bischöfen dem Heiligen Vater zur Entscheidung vorgelegt werden sollen. Es handelt sich vielmehr, wie aus dem Vorhergehenden sich ergibt, lediglich um die päpstliche Wohnung an die deutschen Katholiken, fortan bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten auf dem richtigen Instanzenwege zu bleiben und die Bekämpfung untereinander einzustellen. Es ist fraglos das Recht der Katholiken, in ihren Gewissensangelegenheiten den Rat bzw. die Entscheidung ihrer kirchlichen Oberen einzuholen.

5. Die Wendung im vorletzten Abschnitt der Enzyklika: „Wo in Anbetracht der Ortsverhältnisse die kirchliche Obrigkeit es für gut befunden hat, solche Gewerkschaften unter gewissen Vorbehalt zuzulassen“, bedeutet keine Einschränkung gegenüber der generellen Fassung, in der im Abschnitt: „In dieser Hinsicht die Zulässigkeit der christlichen Gewerkschaften für die deutschen Bischöfe erklärt worden ist.“

Ich bin von dem Kardinal Kopp und dem Bischof Dr. Schulte autorisiert, dem Kongress mitzuteilen, daß diese Interpretation die Auffassung der Fuldaer Bischofskonferenz wiedergibt. (Beifall.) Den hier niedergelegten Grundsätzen sind die christlichen Gewerkschaften stets gerecht geworden. (Beifall.) Der Berliner Arbeiter hat freilich die besagten Stellen der Enzyklika anders ausgelegt. Demgegenüber erkläre ich, daß sich die christlichen Gewerkschaften ihr Ausbreitungsgebiet nicht einengen lassen. „Eih Berlin“ wird auf eine unerstürzbare Mauer stehen. (Stürmischer Beifall.) Die sozialdemokratische Presse macht nun viel Aufhebens damit, daß sie sagt, über den christlichen Gewerkschaften hängt das Damoklesschwert des Papstes. Die Sozialdemokratie braucht sich nicht um die weitere Existenz der christlichen Gewerkschaften zu sorgen, diese haben bisher bewiesen, daß sie ihre Existenz zu behaupten verstehen. Eine kirchliche Bewachung der Gewerkschaften in ihren Einzelmaßnahmen wäre absolut undurchführbar. (Sehr wahr!) Eine Mißweisung der Weislichen bei der Regelung sachlicher und gewerblicher Angelegenheiten ist unbenbar. (Beifall.) Den Religionsgesellschaften würden bei einer Einmischung in gewerkschaftliche Einzelfragen unübersehbare Schwierigkeiten erwachsen. Die Sozialdemokratie hat außerordentlich an Ausdehnung gewonnen, die Gefahren, die sie in sich birgt, wachsen. Mit Erziehungsinstituten läßt sich diese Partei nicht auf einen andern Boden bringen, aber auch nicht mit politischer Gewalt. Solange aber in Deutschland eine starke christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist, kann die Sozialdemokratie ihre Pläne nicht verwirklichen. Im Gegenteil, die ausgleichende Politik der christlich-nationalen Bewegung zwingt die Sozialdemokratie, auf die Dauer andere Wege einzuschlagen.

Die Berliner Kritiker schaden mit ihren Vorwürfen letzten Endes der Sache selbst, der sie dienen wollen. (Sehr wahr!) Ob sie nunmehr Frieden geben werden, ist zu bezweifeln. Die deutschen Bischöfe haben schon im Jahre 1910 ein Mahnwort ausgesprochen, gehalten hat es nicht viel. Die Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften wurde ganz einfach vom Ausland her weiterbetrieben. Sollte es in diesem Sinne weitergehen, dann werden die christlichen Gewerkschaften die Angriffe in Zukunft nicht mehr unermüdet lassen. (Stürmischer Beifall.) Wir wünschen solche Auseinandersetzungen nicht und wir hoffen, daß man unseren Essener Kongress allseitig verstehen wird. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

An das Referat schloß sich eine lebhafte Diskussion.

Vogelzug - Essen vom Gewerksverein christlicher Bergarbeiter erklärte die volle Zustimmung dieser Organisation zu den Ausführungen des Referenten. Wir Arbeiterorganisationen bewegen uns innerhalb der Grenzen, die uns durch Sittlichkeit und Moral gezogen sind. Innerhalb dieser Grenzen werden wir unsere wirtschaftlichen Interessen nach wie vor unerschütterlich wahren und verteidigen, in demselben Maße, wie alle übrigen Stände dies tun und beanspruchen. (Stürmischer Beifall.) Wir geben auf diesem Kongress mit Nachdruck der Forderung Ausdruck, daß diese unsere wirtschaftliche Selbständigkeit endlich auch seitens aller Vertreter der Kirchengemeinschaften gebührende Beachtung finden möge. (Erneuter stürmischer Beifall.) Diese Interessen wahrzunehmen, ist unser öffentliches Recht und unsere Pflicht. (Erneuter Beifall.) Wir wollen feststellen, daß eine katholische und eine evangelische Bergarbeiterorganisation in unserem Bergbaurevier gegenüber dem mächtigen Grundkapital unmöglich wäre. (Beifall.) Der Bergverband verfügt über eine wirtschaftliche Macht von 300 000 Bergarbeitern. (Hört! hört!) Auch katholische Unternehmer gehören dem Bergverband an und kein Mensch regt sich darüber auf,

(Erneutes Hört! hört!) 100 000 Bergarbeiter sehen im preussischen Staat einen Arbeitgeber von gewaltiger Macht, der seine Arbeiter auch nicht nach den Grundgesetzen von Liebe und Gerechtigkeit behandelt. (Sehr wahr!) Solchen Arbeitgebern müssen die Arbeiter in möglich geschlossenen Organisationen gegenüberstehen. Eine Spaltung nach Konfessionen darf nicht erfolgen, denn das wäre Verrat an der Vertretung der berechtigten Interessen der Arbeiter. Eine solche Spaltung würde die Bergarbeiter unfähig machen, ihre Interessen überhaupt wahrzunehmen. (Lebhafte Zustimmung.) Soweit unsere wirtschaftlichen Ziele in Betracht kommen, lassen wir uns weder von Unternehmern, noch von Sozialdemokraten, weder von katholischen Fachabteilungen, noch von irgendeiner Kirchengemeinschaft etwas einreden. (Lebhafte Beifall.) In diesen Fragen prüfen wir selbständig. (Erneuter lebhafte Beifall.) Ein deutlicher Beweis dafür wurde durch unsere Haltung während des letzten Bergarbeiterstreiks geleistet. Die sozialdemokratische Presse mit dem „Vorwärts“ an der Spitze hat uns zwar beschuldigt, daß wir auf Befehl des katholischen Klerus und am Streik nicht beteiligt hätten. (Zuruf: Das ist gelogen!) Einem solchen Verlangen hat der Gewerksverein in der Tat niemals Folge geleistet.

Wiederberg - Berlin gab im Namen des 45 000 Mitglieder zählenden christlichen Bauarbeiterverbandes eine ähnliche Erklärung ab: Auch wir werden uns nicht in konfessionelle Vereinigungen spalten lassen. Wir brauchen gegenüber der (stumpeligen) Agitation der Sozialdemokratie mit ihrem 400 000 Mitglieder zählenden Bauarbeiterverband und ihren 12 Millionen Vermögen einen möglichst geschlossenen christlich-nationalen Bauarbeiterverband. Wir haben nur 45 000 Mitglieder. Angesichts dieser Kräfteverteilung wäre eine weitere Zersplitterung geradezu unverantwortlich und würde nur die Herrschaft der Sozialdemokratie bedeuten. (Stürmischer Beifall.) Wir christlichen Bauarbeiter werden jedenfalls niemals die Hand dazu bieten, daß die Arbeiterbewegung noch weiter zersplittert wird. Damit würde dem gewerblichen Frieden nicht gedient werden. Das Berliner System lehnt den Streik grundsätzlich ab. Wir im Baugewerbe aber haben gelernt, daß nur durch den Streik die wenigen Verbesserungen erreicht wurden, die wir haben. (Lebhafte Hört! hört!) Wir werden auch fernerhin mit unseren evangelischen Arbeitern im Verband zusammenarbeiten. (Stürmischer Beifall.)

Wieder - Duisburg sprach für die christlichen Metallarbeiter. Die Gewerkschaft bedeutet für die Arbeiter mehr als man in Arbeiterkreisen vielfach annimmt. In dem Wettbewerb der Kräfte im Wirtschaftsleben bedeutet der einzelne Arbeiter gar nichts, erst die Organisation gibt ihm Rückhalt. Wenn dem Arbeiter diese Organisation erschwert oder unmöglich gemacht wird, so wird er rechtlos und dem Wohlwollen der Unternehmer ausgeliefert. Solange andere Gesellschaftskreise sich organisieren, sind die Arbeiter gezwungen, dies ebenfalls zu tun. Wir stehen den größten Kapitalmächten gegenüber; niemals werden und aus freien Stücken Verbesserungen zugebilligt. Die Unternehmerverbände sind ebenfalls interkonfessionell, sie werfen aus nichtigen Gründen Tausende von Arbeitern auf die Straße. Wegen 25 Normern sind in Hagen über 25 000 Metallarbeiter ausgesperrt worden. (Lebhafte Hört! hört!) Wir werden selbständig bleiben wie bisher. Gätten die Unternehmer soviel Respekt vor der kirchlichen Behörde wie die Arbeiter, dann würde mancher Streik vermieden werden. (Lebhafte Beifall.) Aber die Unternehmer kümmern sich ja nicht einmal um die Autorität des Staates. Vor 23 Jahren hat kein Geringerer als Kaiser Wilhelm II. die Industriegewaltigen ermahnt, mit den Arbeitern zu unterhandeln. Trotz dieser kaiserlichen Mahnung sind wir heute noch keinen Schritt weiter gekommen. Wenn heute abgewogen würde, wer im Wirtschaftsleben mehr religiöse Grundsätze vertritt, der Arbeiter oder der Unternehmer, dann würde das Jünglein sehr zugunsten der Arbeiter ausschlagen. (Lebhafte Beifall.)

Ähnliche Erklärungen gaben hierauf die Vertreter aller anderen dem christlichen Gesamtverband angeschlossenen Gewerkschaften ab.

Zum Schluß nahm Reichstagsabgeordneter Gieseler das Wort, um zu erklären, daß den alten Streikgezeiten in der christlichen Gewerkschaftsbewegung nichts ferner gelegen hat, als die Arbeiter vom christlichen Glauben abzuwenden.

Wenn es uns lediglich darauf angekommen wäre, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu vertreten, dann hätten wir zu den Sozialdemokraten gehen können.

Ein Gefühl der Bitterkeit steigt in aller unserer Herzen auf durch die Angriffe aus eigenem Lager. (Lebhafte Zustimmung.) Dieser Kongress beweist nur unsere Disziplin, denn die Stimmung in unseren Arbeiterkreisen ist eine viel schärfere, als hier zum Ausdruck kommt. (Stürmische Zustimmung.) Dieser Kongress entspringt nicht dem Willkürakt einzelner Führer, sondern er war eine Pflicht gegenüber unseren treuen Mitgliedern im Lande. (Stürmischer Beifall.)

Redner empfahl schließlich einen Aufruf an die christlich-nationalen Arbeiter zu erlassen, trotz aller Bitterkeit treu zur Fahne der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu stehen. (Stürmischer Beifall.) Einstimmig wurde beschlossen, diesen Aufruf ins Land gehen zu lassen. Weiter wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der der Beschluß des Dresdener Kongresses voll bestätigt und zum Schluß betont wird:

„Die christlichen Gewerkschaften sind mit dem wirtschaftlichen und nationalen Leben Deutschlands aufs engste verknüpft, sie sind die einzige gewerkschaftliche Organisation, die sich neben der sozialdemokratischen Bewegung entscheidende Bedeutung verschafft hat. Sie sind eine soziale, wirtschaftliche und nationale Notwendigkeit. Staat und Volksgemeinschaft haben ein Lebensinteresse daran, daß nicht die antinationale, dem Christentum feindliche Sozialdemokratie eine allein herrschende Monopolstellung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung erlangt. An Charakter, Organisationsform und künftiger Wirksamkeit der Gewerkschaften wird daher nichts geändert werden. Wir arbeiten weiter wie bisher.“

Darauf schloß Reichstagsabgeordneter Dehrens den Kongress.

Der Raubmord,

dem in der Nacht zum 14. September der 65 Jahre alte Rentier Joseph Fuh in der Neuen Winterfeldstr. 26 zu Schöneberg zum Opfer gefallen ist, beschloß gestern das Schwurgericht des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors de la Fontaine. Die auf Raub, Mord und verübte Tötung lautende Anklage richtet sich gegen den am 20. Juli 1892 zu Kelle (Kreis Schmiegel) geborenen Handlungsgehilfen Roman Pietruszewski.

Der ermordete Rentier Fuh hatte früher in Schrimm ein Kolonialwarengeschäft, welches er verkaufte, als er Witwer wurde. Vor etwa 5 Jahren war er nach Berlin übergesiedelt und wohnte in dem Hause Neue Winterfeldstr. 26. Am 13. September abends war seine Geschäftsführerin beurlaubt und der alte Herr war von einem Besuche bei seinem Sohn allein nach Hause zurückgekehrt. Wegen 11 Uhr erklangen aus der ruhigen Wohnung gellende Hüffrufe, die den Portier des Hauses heranlockte, (stürmisch) die Polizei zu alarmieren. Sehr bald war ein Schutzmann zur Stelle. Er fand die Entree zur ruhigen Wohnung verschlossen. Als er klingelte, erdnte von innen die Frage, wer da sei. Auf die Antwort, daß die Polizei Einlass begehrte, wurde nicht geantwortet. Es wurden darauf noch mehrere Beamte und ein Schlosser requiriert. Dieser öffnete die Tür und man drang in der Wohnung bis zum Berliner Zimmer vor. In diesem saßen zwei Türen: eine vom Korridor aus, die aber verschlossen vorgefunden wurde, und eine vom Vorderzimmer. Durch die letztere wollten die Beamten vordringen, die Tür wurde aber von innen gehalten. Als sich die Schuttpolizei dagegen stemmten, wurde sie ein wenig geöffnet und ein jenseits der Tür stehender Mann heckte einen Revolver heraus und drückte zweimal auf die Beamten ab, ohne daß sich der Revolver entlud. Den dreizehn Kräften gelang es nunmehr, den Mann zu

überwältigen und ihm Fesseln anzulegen, so daß er laubhaftig wurde. Man fand dann dicht unter dem auf den Hof führenden Fenster den alten Herrn Fuh in seinem Blute schwimmend als Leiche vor. Auf dem Fußboden zeigte sich eine große Muttlage. Die Wände waren weithin mit Blut bespritzt. Die Leiche wies eine große Anzahl schwerer Verletzungen am Kopf, Hals, Brust, Rücken, Armen und Beinen auf. Der Mörder hat in bestialischer Weise auf sein Opfer eingeschossen und eingehauen und Geld von ihm verlangt. Es muß zu einem heftigen Kampf gekommen sein. Der Leberfallene scheint dem Mörder schließlich sein Portemonnaie, in dem sich 100 M. befanden gegeben, dem treuen Eindringling aber damit noch nicht Genüge getan zu haben, denn Anwohner wollten deutlich gehört haben, daß Fuh, kurz bevor die Schuttpolizei erschienen, ausrief: „Was wollen Sie denn noch von mir? Mein Geld habe ich Ihnen gegeben, mehr habe ich nicht! Lassen Sie mich doch mein Leben!“ Mit welcher Wucht der Mörder auf sein Opfer eingeschlagen hat, zeigte die Tatsache, daß dem alten Herrn das ganze Gebiß zertrümmert worden ist und ihm Blut aus Mund und Nase hervorgequollen war.

Der Angeklagte Pietruszewski, der die furchtbare Tat begangen, hatte bisher zugegeben, den alten Herrn getötet zu haben, aber bestritten, daß er diesen schon mit der Absicht, ihn zu töten und zu berauben, aufgesucht habe. Gestern aber er zwar die Ausführung der Tat zu bestritt, aber, mit Heberlegung gehandelt zu haben. Nach seiner geistigen Schilderung spielte der Hergang sich folgendermaßen ab: Der Angeklagte kannte den Ermordeten, der der Vorgänger des Kaufmanns war, bei dem der Angeklagte in Schrimm als Lehrling tätig war, von dort her, und zwar als einen sehr gutmütigen Mann. Der Angeklagte war in Bremen in Stellung, hatte aber diese aufgegeben und reiste über Berlin nach seiner Heimat Polen. In Berlin ging ihm aber das Reisegeld aus. Da erinnerte er sich des Rentiers Fuh, den er aufsuchte und der ihm 10 M. als Reisegeld schenkte. Er war dann wieder von Hause weggefahren, nachdem er vorher von seinem Vater 200 M. gestohlen hatte. Nachdem er das Geld in Berlin durchgebracht hatte, erinnerte er sich wieder des Herrn Fuh und wollte diesen bitten, ihm 300 M. zu borgen. Er habe die Absicht gehabt, davon 200 M. seinem Vater zurückzugeben und 100 M. zu behalten, um in Stettin seine Militärzeit abzumachen. Am 13. September will er schon des Morgens und mittags vergeblich an der ruhigen Wohnungstür geklingelt haben. Deshalb sei er abends gegen 10 Uhr nochmals hingegangen und da habe ihn auf sein Klingeln Herr Fuh geöffnet. Er sei mit ihm in das Wohnzimmer gegangen, wo Herr Fuh, der gerade beim Briefschreiben gewesen, ihm eine Flasche Bier vorgesetzt und nach seinem Begehre gefragt habe. Er habe ihn dann gebeten, ihm auf 2 Jahre 300 M. zu borgen. Herr Fuh habe dies wiederholt abgelehnt und ihn schließlich aufgefordert, ihn zu verlassen. Da habe er Herrn Fuh bei der Kehle gepackt, er habe sich aber wieder zurückgezogen und dann die wiederholte Bitte um Geld abermals abgelehnt. Da habe er ihn nochmals an der Kehle gepackt und habe ihn gewürgt; ihm sei alles im Kopf herumgegangen und er habe nicht gewußt, was er tat. Er habe dann den alten Herrn auf das Sofa geworfen, dieser habe sich aber wieder losgerissen und um Hilfe geschrien. Um ihn daran zu verhindern, habe er in seine Tasche gefaßt, um ihm mit seinem Taschentuch den Mund zu stopfen, da habe er eine Schlinge gefaßt, die er zufällig in der Tasche hatte, und habe diese seinem Opfer um den Hals geworfen. Herrn Fuh sei es aber gelungen, die Hand zwischen die Schlinge zu stecken und nun sei es zu einem Ringen gekommen. Fuh habe ihm das Portemonnaie mit 100 M. gegeben. Er habe erklärt, das sei zu wenig und ihm schließlich das Messer in die Kehle gestochen und weiter auf ihn eingeschlagen.

Nach eingehender Vernehmung des Angeklagten und der Zeugen wurde die Schuldfrage bezüglich des Taschenschloßversuchs gegenüber den Schuttpolizisten verurteilt.

Das Urteil, welches von dem Vorsitzenden Landgerichtsdirektor de la Fontaine verkündet wurde, lautet: Der Angeklagte Pietruszewski wird wegen Mordes und qualifizierten Raubes zum Tode und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt, im übrigen erfolgte Freisprechung.

Der Angeklagte, der bis dahin ziemlich teilnahmslos der Verhandlung gefolgt war, brach erst jetzt weinend zusammen.

Auf dem Korridor fiel die alte Mutter des Angeklagten ohnmächtig auf die harten Steinfliesen nieder. Nachdem sie sich erholt hatte, ging sie, still vor sich hinweinend, umgeben von Scharen neugieriger Leute aus dem Zubörraum, darunter viele elegante Damen, die Strafe entlang.

Verammlungen.

Deutscher Metallarbeiterverband. In der am Sonntag abgehaltenen Generalversammlung der Verwaltungsjahre Berlin teilte Cohen das Ergebnis des Uebertritts der seitherigen Mitglieder des Schmiedeverbandes mit. Von den 3551 Berliner Mitgliedern des Schmiedeverbandes sind 2388 zum Deutschen Metallarbeiterverband übergetreten. Vier, die im Transportgewerbe, und einer, der als Kochschicht arbeitet, haben sich den Verbänden dieser Verufe angeschlossen. Ein Mitglied ist zu den Hirsch-Bundisten und drei, die als Kohlleger arbeiten, sind zum Allgemeinen Metallarbeiterverband übergegangen. 146 sind unbekannt verzogen, obgleich oder zum Militär eingezogen. 94 konnten wegen erheblicher Beitragsrückstände nicht überreten und 14 konnten bis jetzt noch nicht überreten, weil sie noch Beitragsrückstände in der alten Organisation zu begleichen haben. Der Redner bezeichnete das Ergebnis des Uebertritts als ein überaus glänzendes. Die Mitglieder des Schmiedeverbandes seien fast reiflos übergetreten. Der Versuch, einen Zwiespalt in ihre Reihen zu tragen, sei völlig gescheitert. Das müsse betont werden, weil die dem Verband feindlich gestimmte Presse behauptete, über 1000 Schmiede würden nicht zum Metallarbeiterverband übergetreten. Die Seite, von der diese Behauptung ausging, habe ganze drei Mann von den Schmieden gerébt. — Da die Vertreter der Schmiede heute zum erstenmal der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes beizuwohnen, so ließ sie Cohen herzlich willkommen. Der Verband werde sich bemühen, die Interessen der Schmiede so wahrzunehmen, daß sie den Uebertritt nicht zu bereuen haben.

Darauf trat die Verammlung in die Tagesordnung ein. Der eines Bezirksleiters für Schlefien übernommen und bereits angenommen und Ausgabe für die Hauptkasse mit 607 608 M., für die Vorkasse mit 1 438 504 M. Unter den Ausgaben treten die Aufwendungen für Unterhaltungszwecke besonders hervor. Es wurden bezahlt an Reisende 2467 M., an Umkleende 3480 M., an Kranke 128 734 M., an Arbeitslose 138 289 M., an Streifende 91 635 M., an Gemahregelte 9494 M., in Kaffalen 3376 M., bei Sterbefällen 4675 M., für Rechtsanw 3637 M.

Der bisherige zweite Bevollmächtigte Handke hat das Amt eines Bezirksleiters für Schlefien übernommen und bereits angenommen. Deshalb macht sich die Wahl eines anderen zweiten Bevollmächtigten nötig. Hierzu bemerkte Cohen: Nach dem Ortsstatut seien die Posten der Angeklagten auszusprechen, die Bewerbungen von einer Kommission zu prüfen und einer Generalversammlung zur Entscheidung vorzulegen. Da der zweite Bevollmächtigte der engeren Ortsverwaltung angehört, so könne er nach den Bestimmungen des Hauptstatuts ohne den zeitraubenden Weg der Ausschreibung gewählt werden. Die Ortsverwaltung empfehle den leichten Weg, damit der Posten möglichst bald wieder besetzt werde. Auch die Bezirksversammlungen mit Ausnahme von zwei hätten sich für diesen Weg erklärt. — Die Generalversammlung stimmte ohne Diskussion der sofortigen Wahl zu. Auf Vorschlag der Ortsverwaltung wurde der bisherige Bevollmächtigte des Schmiedeverbandes, Stiering, einstimmig zum zweiten Bevollmächtigten gewählt.

Ein von Debeignaux begründeter Antrag der Baubranche: zwei Baubranchekontrollen anzuführen, wurde angenommen. Die Bezirke Heimbendorf und Zegel beantragten, für die dortigen Betriebe zum Zwecke der Agitation und Organisation sowie

zum Eingreifen bei Differenzen einen Angestellten zu wählen. — Zum längerer Diskussion wurde der Antrag angenommen. — Die Stellen der beiden Vorkontrolloren sowie des Angestellten für Reinigungsarbeiten werden ausgeschrieben. Die für die Kommission zur Prüfung der Bewerbungen erforderlichen 13 Mitglieder wurden durch die Generalversammlung gewählt.

Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer, Ortsverwaltung Berlin, hielt am Sonntagmorgen seine Generalversammlung in den „Arminhallen“ ab. Nach dem Bericht des Kassierers folgt die Lokalfasse den folgenden Wählern:

Einnahme vom 1. Juli bis 30. September 1912 . 18 185,05 M.
Ausgabe vom 1. Juli bis 30. September 1912 . 18 977,52 M.
Mehrausgabe . 792,47 M.
Kassenbestand am 30. September 1912 . 16 787,08 M.

Unter den Ausgaben stehen 10 669,15 M. für die Zentralkasse verzeichnet, ferner 641,93 M. für den Versand der Zeitschrift und 386 M. als Zuschuß zur Unterstützung in Sterbefällen und 171,50 M. als Ergänzungsbeitrag.

Aus der Zentralkasse wurden an Unterstützungen gezahlt: an Arbeitslose (58 Mitglieder) 1472,84 M., an Kranke (78 Mitglieder) 1995,04 M., an Streikende (3 Mitglieder) 74,85 M., an Gemeindegeld (3 Mitglieder) 184,35 M., Umzugsunterstützung (6 Mitglieder) 185 M., Sterbeunterstützung 515 M., Rechtschutz 54,70 M. Die gesamten Einnahmen der Hauptkasse betragen 10 669,15 M., die Ausgaben 5971,60 M., demnach verbleibt ein Bestand von 5297,55 M.

Dem Kassenbericht folgte der Bericht der Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission, den Baer und Schlichting erstatteten. In der Diskussion darüber wurden hauptsächlich Fragen erörtert, die den Arbeitsnachweis betrafen. Die Redner sprachen sich scharf gegen jede Bedrohung des Einflusses der Organisation im Zentralverein für Arbeitsnachweis aus und erwarteten, daß die schwebenden Fragen in befriedigender Weise gelöst werden.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung, Ortsangelegenheiten, berichtete der Vorsitzende Schlichting über den erfolglosen Streit bei Wschinger und über verschiedene Differenzen in Brauereien. Schlichting wandte sich dann gegen die bestehende Organisationszersplitterung, die einer erfolgreichen Verbandstätigkeit das größte Hindernis bereite und der ein Ende gemacht werden müsse. Sogar im Deutschen Transportarbeiterverband seien Maschinisten und Heizer organisiert.

In der Diskussion wurden die Verhältnisse in verschiedenen Betrieben erörtert und dann die Arbeiten der bestehenden Verschmelzungskommission (für Berlin und die Vororte) beleuchtet. Die größte Kritik fiel sehr ungünstig aus und allgemein wurde das beabsichtigte Delegatensystem für die Generalversammlungen der verschmolzenen Verbände verurteilt. Man forderte in dieser Frage zu einer energischen Opposition bei der kommenden Beratung des Ortsstatuts auf.

Aus aller Welt.

Explosionkatastrophen in Nordamerika.

Wie bereits in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ mitgeteilt wurde, ist in Waukegan im Staate Illinois eine Stärkefabrik durch Explosion zerstört worden. Bedauerlicherweise ist die Zahl der dabei tödlich Verunglückten bedeutend größer, als erst angenommen wurde. Es sind nach den jetzt vorliegenden Meldungen 28 Menschen getötet und etwa 100 schwer verletzt worden.

Ein ähnliches Unglück wird aus Drookign gemeldet. Dort brach am Montag in den Fabrikanlagen der Vereinigten Schwefelwerke ein Brand aus, der eine Anzahl Explosionen hervorrief. Die Fabrikanlagen und viele Gebäude in der Nachbarschaft wurden zerstört. Über 40 Personen sind verletzt worden. Andere werden vermisst. Der Schaden wird auf 1 250 000 Dollar geschätzt.

Schreienstat eines Waidhüters.

Auf dem Heimwege von einer Wirtshaus geriet in Nührenhausen am Montagabend der Waldhüter Schmidt mit dem in der Mitte der 50er Jahre stehenden Schreinermeister Wolf in Streit, in dessen Verlauf Schmidt den Wolf mit seinem Gewehr niederschoss. Dieser erlag bald darauf seinen Verletzungen. Als der Bruder des Erschossenen und dessen Sohn den Schermerverletzten nach Hause trugen und dabei an der Wohnung des Schmidt vorbeikamen, rief dieser das Fenster auf und gab abermals zwei Schüsse ab, durch die die beiden Träger des Verletzten schwer verwundet wurden. Schmidt legte sich darauf ruhig zu Bett. Er wurde noch im Laufe der Nacht verhaftet.

Ein Schweinepriester.

Der Orgelpriester von Carabaggio, Don Leone Beoni, wurde im vorigen Jahre in Bergamo zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wegen eines an einem Knaben begangenen Sittlichkeitsverbrechens. Der Knabe gehörte einer streng katholischen Familie an und, um ganz im Stile zu sein, hatte der Geistliche zum „Act der Handlung“ das Lokal des katholischen Vereins gewählt. Die Appellinstanz bestätigte das Urteil, aber der Kassationshof lastierte es wegen eines Formfehlers, jetzt ist der Prozeß nun von neuem vor dem Mailänder Appellhof verhandelt worden und hat wieder mit der Verurteilung des Priesters zu vier Monaten Gefängnis geendet. Bemerkenswert ist, daß der Sittlichkeitsverbrecher vom liberalen Abgeordneten Cameroni verteidigt wurde. Während der Dauer der langen Whalen des Prozesses hat übrigens der Angeklagte nie aufgehört, bei der Familie des Opfers Predigten zu machen, um die Zurückziehung der Klage zu erzielen. Diese Zurückziehung ist nach italienischem Recht in jeder Phase solcher Sittlichkeitsprozesse möglich, in denen nur auf Grund privater Anzeige vorgegangen wird. Daher wird so oft der reiche Sittlichkeitsverbrecher in armen Familien ein „Geiser in der Not“, und gar manche Klage wird zurückgezogen.

Kleine Notizen.

Unter die Räder geraten. Bei dem Versuche, sich von einer durchgehenden Arbeitslore durch Abspringen zu retten, wurden Montagmorgen um 11 Uhr Taubenschlag 1. Bld., drei Arbeiter schwer verletzt. Ein vierter Arbeiter wurde von einem Personenzug erfasst und getötet. Die Schwerverletzten wurden in das Krankenhaus nach Gräfenthal geschafft.

Blutiger Kampf mit Schmugglern. In der Nacht zum Dienstag kam es zwischen Zollbeamten und Schmugglern in dem Orte Fos an der spanisch-französischen Grenze zu einem ersten Zusammenstoß. Es entspann sich ein heftiges Feuergefecht, bei welchem ein Zollbeamter getötet wurde. Die Schmuggler wollten versuchen, eine Herde von 75 Hammeln über die Grenze zu treiben. Das Vieh ist beschlagnahmt worden.

Durch Startstrom getötet. In einer bei Nizza gelegenen Sandgrube wurden drei Arbeiter durch Startstrom getötet. Der Unfall ereignete sich dadurch, daß der Schornstein einer Maschine, an der die Getöteten arbeiteten, an einem Leitungsfabel anstieß.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.

Bezirk 81.
Am Sonntag, den 24. November, verstarb unser Mitglied, der Bauer

Louis Tetzl

Karlstr. 7. 200/4
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag in Rogdeburg statt.
Der Vorstand.

Am 23. November verstarb nach längerem Krankenlager unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der Schneidermeister

Paul Exner

im 43. Lebensjahre.
Familie Engelmann.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. November, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen statt. 14306

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 5. Berl. Reichstagswahlkreis

Bezirk 419.
Am Sonntag verstarb unser langjähriges Mitglied, der Schneidermeister

Paul Exner

Schiffburger Straße 38.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. November, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des hiesigen Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Schneider und Schneiderinnen

Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege

Paul Exner

am 23. November im Alter von 43 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. November, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen statt.
165/4 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

(Zahlstelle Berlin).
Durch unsern Mitgliedern zur traurigen Nachricht, daß unser Mitglied, die Kollegin

Lucie Jabczynski

verstorben ist. Dieselbe war bis zu ihrem Ableben im Interesse der Organisation tätig gewesen und werden wir ihr Andenken in Ehren bewahren.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. November, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des St. Michaels-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 26/8
Zahlreiche Beteiligung ersucht.
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer, sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Mitgliedschaft Elbe-, Oder-, Havel- und Spreewasser.

Unsern Kollegen in der Binnenschiffahrt die traurige Nachricht, daß Montag, den 25. November, unser langjähriger Mitarbeiter, treuer Freund und Kollege, der Mitgliedschaftssekretär

Ernst Metasch

Spandau, Bräberstr. 41, gestorben ist.
Die Maschinisten und Heizer der Binnenschiffahrt werden dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. November, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle in Spandau aus statt. Unsere Kollegen in der Binnenschiffahrt werden ersucht, recht zahlreich an der Beerdigung teilzunehmen. 146/18
Die Gauleitung.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer, sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Am 25. d. M. verstarb unser langjähriges Mitglied und treuer Freund, der Verbandssekretär

Ernst Metasch-Spandau.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. November, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle in Spandau aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Verbandsvorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Nieder-Barnim.

Bezirk Franz. Buchholz.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse

Thomas Zorawski

verstorben ist. 245/7
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Kronen-Friedhofes, Wälderstr. 44/45, aus statt. 147/11
Rege Beteiligung ersucht.
Die Bezirksleitung.

Deutscher Banarbeiterverband.

Zweigverein Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Banarbeiter

Franz Mendel

am 28. November verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. November, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Kronen-Friedhofes, Wälderstr. 44/45, aus statt. 147/11
Um rege Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Vorwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

Hermann Berkholz

Krüdstr. 24, am 24. d. Mts. an Schlaganfall gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. November, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Mariendorf aus statt.
Ehre seinem Andenken!
Rege Beteiligung ersucht.
133/17 Die Ortsverwaltung.

Hugo Schimpke

Kollbuser Ufer 52, am 23. d. Mts. an Schlaganfall.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Steglitz, Bergstr. 82/2
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung ersucht.
133/17 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsgenossen Deutschl.

Zahlstelle Spandau.
Den Kollegen die traurige Nachricht, daß unser langjähriger Vorstandsmitglied

Ernst Metasch

Bräberstr. 41, gestorben ist.
Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. November, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Kronen-Friedhofes, Wälderstr. 44/45, aus statt. 147/11
Um rege Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Dauftagung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie dem Banarbeiterverband herzlichsten Dank für die Teilnahme und Anwesenheit beim Belegange meines lieben Vaters.
Wwe. Anna Bäck
6321 nebl Kindern, Reutberg, Wehstr. 21.

Verband der Gastwirtsgehilfen.

Ortsverwaltung Berlin I.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied

Thankmar Hempel

im 42. Lebensjahre verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakob-Friedhofes, Hermannstr. 82/2
Die Ortsverwaltung.

Verein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister (Abt. Rotation).

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Freund und Kollege

Wilhelm Genzow

am 23. November verstorben ist.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, nachm. 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Steglitz, Bergstr. 82/2
Rege Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Dauftagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes, Bruders, Neffen und Onkels
Alfred Bauer
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Lichterberger Straßengemeinschaft, sowie Herrn Behmeyer, unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Eltern
und Geschwister.

2 interessante Neuerscheinungen

Politische Aufsätze u. Reden

Von J. B. von Schweitzer.
Mit Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Franz Mehring.
Preis 3 M., gut gebunden 4 M.
Mit einem Porträt Schweitzers.

Aus dem Inhalt: Einleitung — Die Anfänge — Der Bruch mit Marx und Engels — Taktische Probleme — Der Kampf um das Vereinsrecht — Die nationale Frage — Bürgerliche und soziale Demokratie — Vor dem Kriege — Nach dem Kriege — Die ersten Reichstagswahlen — Die Diktatur Schweitzers — Im Norddeutschen Reichstage — Johann Jacoby und die radikale Bourgeoisie — Die Gewerkschaftsfrage — Das „Parlamentale“ Schweitzers — Schweitzers letztes Wort.

Unterm Brennglas.

Sieht euch vor, ihr Buckelbucker, Zacker, Mucker, Achselzucker, Zinsenschlucker, Ehespucker, Polizeidrucker und Kniehucker!

Berliner politische Satire, Revolutionsgeist u. menschliche Komödie von Adolf Glasbrenner.
Ausgewählt und eingeleitet von Franz Diederich.
Mit 117 Bildern von Theodor Hosemann, Ad. Schroeder, Wilhelm Scholz, C. Reinhardt, Gustav Heil und anderen.
Preis 3 M., gut gebunden 4 M.

Das Buch, das den politischen Witz Adolf Glasbrenners in großem Umfang wieder lebendig machen will, kommt der Arbeiterschaft sicher willkommen, denn in den Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft ist die politische Satire stets gern gepflegt worden. Die gute Ausstattung und die den Text belebenden zahlreichen Illustrationen lassen das Buch als Geschenkwerk besonders geeignet erscheinen. 248/18

Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 68
Lindenstr. 69.



Westmann
Mohrenstr. 37 a.
Gr. Frankfurterstr. 115

Vorteilhaftes Sonder-Angebot
für die letzte Novemberwoche mit Preisermäßigung bis **50 Prozent** bei Modellen zum Teil **darüber!**
Jedes jetzt gekaufte Stück wird bei kleinsten Anzahlung bis Weihnachten reserviert

Plüschmüchel kurz u. lang, Velours du Nord, herrliche Modelle, teils mit Pelzbesätzen u. Passementerie, teils glatt, 27, 33, 39, 45, 56 bis 150 M.
Für ältere Damen: **Wollplüsch** auf Plüschfutter, recht warm, 10 Jahre Garantie 48, 66, 83 M.

Ulster beste Stoffe, weiche Qualitäten, 8,75, 10,50, 12, 14, 16, 18, 22 bis 76 M.

Kostüme, blau Kämmgarn, grau und braune Cordstoffe, 16, 18, 22, 28, 36, 45 bis 125 M.

Abendkleid, Gesellschaftskleider, Hülsen und Blusen zu ganz bescheidenen Preisen!

Wegen Aufgabe **Reinigung** Persiansackstoffe, Elektrika, Kette, Pelzmäntel, Stolen, Muffen in nur **echten Persians** **ausserordentlich billig**

Sonntag geöffnet von 12-6.

Noch immer kein Wohnungsamt für Berlin?

In der ersten und einzigen Rede, die der verstorbene Berliner Bürgermeister Brinckmann gehalten hat, führte er u. a. aus, daß die Wohnungsfrage Einlaß heischend an die Pforten der Rathhäuser pochte. Brinckmann machte damals, 1901, seine Ausführungen in direktem Anschluß an die lang ausgehobenen Beratungen über die Wohnungsfrage, die durch unsere Vertreter herbeigeführt waren. Diese Beratungen, in deren Verlauf unsere Genossen neben zahlreichen anderen größeren und kleineren Mitteln zur Bänderung der Wohnungsnot auch die Errichtung einer Wohnungsaufsicht und eines Wohnungsnachweises verlangt hatten, verliefen vollkommen ergebnislos. Unsere Vertreter waren eben noch nicht stark genug, die Pforte des Rathhauses aufzustoßen. Die Verhandlungen hatten nur das eine Gute, daß in ihnen die Wohnungsfrage in all ihren Verzweigungen zum erstenmal im Berliner Rathaus behandelt und dabei die ganze Engbergigkeit und Rücksichtslosigkeit beider städtischen Behörden kargelegt wurde.

Die Einführung einer Wohnungsinpektion wurde damals abgelehnt, weil das von dem Antragsteller vorgetragene Material keineswegs genüge, um so weitgehende Beschlüsse zu fassen. Die Konsequenzen würden gar nicht abzusehen sein. Alles heute vorgebrachte Material anderer Städte sei über den ersten Versuch kaum hinausgegangen; jedwede praktische Erfahrung fehle. Die Frage eines Wohnungsamtes und der Wohnungsinpektion sei somit für Berlin noch nicht spruchreif. Unser Redner hat damals um Annahme des Antrages auch aus dem Grunde, weil ein preussisches Wohnungsgesetz, wenn es einmal käme, die Einführung von Wohnungsinpektionen obligatorisch machen würde, und es doch für eine Kommune wie Berlin würdiger und richtiger wäre, freiwillig solche Institutionen zu schaffen, als sich durch den Staat dazu zwingen zu lassen. Man schob dieses Argument achtlos beiseite. Schneller jedoch, als man damals annehmen konnte, schien solcher Zwang kommen zu sollen.

1904 veröffentlichte die preussische Staatsregierung bekanntlich den Entwurf eines Wohnungsgesetzes, in dem die Einführung von Wohnungsinpektionen in allen Gemeinden von über 100 000 Einwohnern festgelegt wurde. Auch war der Entwurf der Öffentlichkeit unterbreitet, als es sich im Berliner Stadtparlament regte. Ausgerechnet der frühere Stadtverordnete Haberland protestierte als Sprecher der bürgerlichen Gruppen im Namen der Hochhaltung der Rechte der Selbstverwaltung gegen den staatlichen Zwang, der im Entwurf mit Bezug auf die Wohnungsinpektion und einige andere Bestimmungen ausgesprochen war, und verlangte, daß Berlin, welches jede Initiative in der Wohnungsfrage bis dahin weit von sich gewiesen hatte, nunmehr bei den preussischen Kommünen zum Sturm gegen solches Wohnungsgesetz blasen solle.

Es war und ist immer dieselbe Geschichte. Sobald auf irgendeinem Gebiete, sei es der Wohnungsfürsorge, des Arbeiterschutzes, der Arbeiterversicherung oder sonstwo, irgendein kleiner sozialer Fortschritt gemacht werden soll, kommen sofort die betreffenden Interessengruppen, die sich durch die geplanten Maßnahmen getroffen glauben, holen den Begriff der Freiheit, die sie sonst in den tiefsten Tiefen schlummern lassen, hervor, und im Namen der Freiheit wird dann gegen solche staatlichen Maßnahmen protestiert, weil dadurch angeblich die Freiheit des einzelnen, wie die Freiheit der Gesamtheit geschmälert werde, während doch solche Maßnahmen nur den Zweck haben, die Freiheit der bestehenden Klassen, die Befähigten nach ihrem Guldünken auszunutzen, in etwas einzuschränken.

Unsere Vertreter wiesen damals solche Spiegelfechterei gebührend zurück und benutzten abermals die Gelegenheit zu dem Versuch, die Einführung eines Wohnungsamtes durchzudrücken, aber auch diesmal mit negativem Erfolg. Seitdem ist bei jeder Stadtbekanntmachung, bei jeder sonst passenden Gelegenheit von unseren Genossen erneut die Forderung nach Einführung einer Wohnungsinpektion erhoben worden, aber stets begegnete diese Anregung geschlossenem Widerstande der Hausbesitzermajorität, die ja gerade verhindern wollte, was von unserem Redner stets als die erste Aufgabe eines Wohnungsamtes bezeichnet wurde, nämlich: zu zeigen das, was ist.

Als dann im vorigen Jahre das Zweckerbändegehe beraten und beschlossen wurde, hielten es unsere Genossen für geboten, wiederum den formellen Antrag auf Errichtung eines städtischen Wohnungsamtes mit Wohnungsaufsicht und unentgeltlichem Wohnungsnachweis für kleinere Wohnungen einzubringen. In der Begründung des Antrages wies der Sprecher unserer Fraktion darauf hin, daß zu den Verbandswesen u. a. auch die Beteiligung an der Feststellung der Bauaufsichtlinien und des Bauplanes sowie die Mitwirkung an dem Erlaß von Baupolizeiverordnungen gehöre. Es würde daher in der Verbandversammlung sicherlich öfter über die Wohnungsfrage verhandelt werden, und in welche Situation geraten dann die Berliner Mitglieder, wenn sie sich sagen lassen müßten, daß man hier in Berlin noch nicht einmal den kleinsten Schritt in der Wohnungsfürsorge gemacht habe. Ein Vorgehen könne jetzt nicht mehr, wie in 1901, wegen mangelnder Erfahrungen abgewiesen werden. Dubende von preussischen Kommünen, darunter solche mit königlicher Polizei, hätten inzwischen zu Ruh und Frieden ihrer Bürgerschaft Wohnungsinpektionen eingerichtet, und ganz kürzlich habe nun auch Charlottenburg unter zum Teil wörtlicher Anlehnung an die Vorschläge der Berliner sozialdemokratischen Fraktion ein Wohnungsamt errichtet.

In der Verhandlung, die am 28. September 1911 stattfand, wagten die Gegner sich nicht mehr so offen heraus wie früher. Etwas hatte eben das fortgeschrittene Drängen und Bohren unserer Fraktion den Boden doch gelockert. Selbst die Vertreter der Hausbesitzer erklärten, daß die Hausbesitzer einverstanden sind mit der Schaffung eines Wohnungsamtes und einer Wohnungsaufsicht. „Wenn Sie sie haben wollen, wir werden uns niemals dagegen sträuben.“

Außerhalb der Versammlung freilich lag es anders. Der Bund der Berliner Grundbesitzervereine beschäftigte sich bald hinterher mit dieser Beratung und sprach sich „auf Grund eines in der Delegiertenversammlung des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine gefaßten Beschlusses“ ganz entschieden gegen die Errichtung des von den städtischen Behörden geplanten Wohnungsamtes aus!

Als Ergebnis der Verhandlungen wurde von der Stadtverordnetenversammlung die Einsetzung eines Ausschusses beschlossen. Dieser Ausschuss ist bis zum heutigen Tage nicht zusammengetreten, hauptsächlich wohl deswegen, weil der Magistratskommission, Stadtrat Fischbeck, eine Magistratsvorlage in Aussicht stellte. Am Schlusse seiner Ausführungen erklärte er nämlich: „Unter Berücksichtigung der mitgeteilten Umstände hat der

Herr Oberbürgermeister den Auftrag gegeben, daß die Sache im Magistrat zu einer näheren Entscheidung kommt, und ich hoffe, daß, wenn Sie eine Kommission einsetzen sollten, die diesen berät, Ihnen schon über die Beschlußfassung des Magistrats Näheres mitgeteilt werden kann.“

Am 8. Oktober 1911 beschloß der Magistrat dann grundsätzlich die Errichtung eines Wohnungsamtes und schickte eine Kommission ein, welche die Vorbereitungen für ein Statut treffen sollte. In den Zeitungen ließ der Magistrat gleichzeitig verkünden, daß er zu seinem Beschlusse vollkommen unabhängig von den Beratungen in der Stadtverordnetenversammlung gekommen sei!

Am 28. Juni 1912 teilte das städtische Nachrichtenamt schließlich mit, daß die Magistratskommission die Errichtung eines Wohnungsnachweises abgelehnt, dagegen sich für die Errichtung einer Wohnungsaufsicht entschieden habe. Den Vorschlägen der Kommission entsprechend habe der Magistrat daher an die Staatsregierung den Antrag gerichtet, der Stadtgemeinde die Wohnungspolizei zu übertragen, da das Wohnungsamt gewisser polizeilicher Zwangsbevollmächtigte als unerlässliche Voraussetzung einer erfolgreichen Wirksamkeit bedürfe und die Tätigkeit des Amtes außerordentlich beeinträchtigt sein würde, wenn ihm die Möglichkeit fehle, seinen Anordnungen den nötigen Nachdruck zu geben.

Einige Wochen später wurde dann durch den Magistrat ein Gutachten zur Einführung der Wohnungsaufsicht in Berlin veröffentlicht, dessen Hauptinhalt wir in der Nummer unseres Blattes vom 20. Juli wiedergegeben haben. Dieses Gutachten begründet im einzelnen den generellen Beschlusse des Magistrats und zeichnet sich in allen seinen Spezialdarlegungen durch jenen kleinen, engherzigen Geist aus, der leider so viele Maßnahmen der Berliner städtischen Verwaltung kennzeichnet.

Es soll gewiß nicht bestritten werden, daß ein städtisches Wohnungsamt mit städtischer Wohnungspolizei das Beste wäre. Aber der Magistrat weiß, daß das Bessere der Feind des Guten ist; er weiß, daß in zahlreichen preussischen Kommunen städtische Wohnungsdienstleistungen mit Hilfe der königlichen Polizei zufriedenstellend arbeiten, und er kennt vor allen Dingen genau die über Jahrzehnte sich erstreckenden Verhandlungen, die mit der Staatsregierung wegen Ueberlassung der Wohnungspolizei an die Stadt geführt worden sind — Verhandlungen, die bisher leider in allen Städten mit einem Mißerfolge geschlossen haben. Wußte da nicht auch der Gutsdankigste zur Auffassung kommen, daß solche Enschließung des Magistrats nur die Nullifizierung darstelle, hinter der der Magistrat die ganze ihm unangenehme und nur aufzubringende Sache zunächst auf die lange Bank schieben und schließlich ablehnen wolle? Auf der einen Seite dieser Beschlusse des Magistrats — auf der anderen die Kriegserklärung der geschlossenen Grundbesitzerorganisationen gegen die Errichtung eines Wohnungsamtes — das zeigt doch klar, daß die Majorität in beiden städtischen Behörden die Zeichen der Zeit noch immer nicht sehen und verstehen wollen, noch immer nicht erkennen, daß der Kreis der gemeindlichen Aufgaben, wie nach vielen anderen Richtungen, so auch mit Bezug auf die Wohnungsfürsorge erweitert werden muß.

Ende August hat Charlottenburg den ersten Bericht über die Tätigkeit seines Wohnungsamtes veröffentlicht. Es heißt hierin: „Das erste Jahr städtischer Wohnungsaufsicht hat die Erwartungen nicht getäuscht; es hat gezeigt, daß ein Wohnungsamt, insbesondere eine Wohnungsaufsicht, in Charlottenburg nötig war, daß sich einer zielbewußten Wohnungspflege bei uns ein weites Feld eröffnet.“ Um wieviel mehr noch ist ein solches Amt in Berlin mit seinen so viel schlechteren Wohnungsverhältnissen notwendig!

Es kommt ferner in Betracht, daß der Reichstag im April d. J. einseitig den Beschlüssen seiner Wohnungskommission beigetreten ist. In diesen Beschlüssen wird den Einzelstaaten die Aufgabe zugewiesen, den größeren Gemeinden die Errichtung besonderer Wohnungsdienste mit dramatischen Leitern aufzuerlegen. Mit welchem Hohn würde bei dieser Gelegenheit wieder Berlin im preussischen Abgeordnetenhaus überschüttet werden. Zwar hätte seinerzeit der Führer der Majorität auf die Vorhaltungen unserer Genossen lächeln erklärt, daß, wenn ein gesetzlicher Zwang käme, man sich eben diesem gesetzlichen Zwang fügen müsse. Aber solche Auffassung ist glücklicherweise nicht die der Masse der Berliner Bevölkerung, und namens dieser Bevölkerung, die auf schwerste unter den bestehenden traurigen Wohnungsverhältnissen leidet, richten wir erneut an die städtischen Behörden die dringende Forderung, nun endlich vor Eintritt gesetzlichen Zwanges Ernst zu machen mit der schnellen Errichtung eines Wohnungsamtes, d. h. mit dem ersten kleinen Schritt zu einer Wohnungsfürsorge.

Gerade die Zeit eines gewissen Wohnungsüberschusses bildet den besten Zeitpunkt zur Einrichtung eines solchen Amtes, weil ja, falls gesundheitswidrige Wohnungen geräumt werden müßten, dann keine Schwierigkeiten bestehen, die betreffenden Insassen anderweit unterzubringen. Zur Freude unserer Hausbesitzer ist ja der Wohnungsmarkt bereits wieder im Anziehen. Was es bei der letzten Wohnungsaufnahme am 15. Oktober 1910 an leerstehenden Wohnungen ohne Gemeinräume noch 28 805, so ist die Zahl bis Anfang 1912 auf 22 376 zurückgegangen, d. h. um 4529 oder um 16,8 Proz. Wie tut also Rot, und die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion wird es an erneuten Bemühungen nach dieser Richtung nicht fehlen lassen.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Die 6. Gruppe veranfaßte am Sonnabend, den 30. November, im Volkshaus, Rosenstr. 8, einen Unterhaltungsabend, wozu eine rege Beteiligung erwünscht ist.

Dalensee. Ein Extraausland der beiden Bezirke des Wahlvereins findet heute Mittwochabend bei Pilsch, Paulsdorfer Straße 26 statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Riedel über „Bildung und Arbeiterschaft“, sowie die Wahl zweier Bezirksführer.

Friedenau. Am Donnerstag, den 28. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Kaiser-Bildergarten, Albinstr. 65, eine öffentliche Versammlung statt. Es sprechen: Gen. Adolf Hoffmann über: „Mißbrauch der Religion zur Unterdrückung des Volkes“; Gen. Dr. A. Dreißel über: „Das Volk und der Krieg“; Der Verkauf von Schriften und Bildern in der Versammlung ist nicht gestattet.

Pankow. Heute abends 8 Uhr wird der Lichtbildervortrag fortgesetzt. Genosse Dr. Pruder behandelt heute: Die Fortpflanzung der Lebewesen. Vorerkundungsgelegenheit. Zweck der Trennung in Geschlechter. Urgenung. Die Entstehung des ersten Lebens. Es finden noch drei Vorträge statt.

Königs-Waldhagen und Umgegend. Den Teilnehmern des begonnenen Vortragskurses zur Kenntnis, daß der nächste Vortrag (Der preussische Staat im 18. Jahrhundert wirtschaftlich, politisch und kulturell betrachtet) am Freitag, den 29. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Bild. Hermann, Neue Mühle, stattfindet. Die Teilnehmer wollen möglichst 8 Uhr vom Bahnhof Königs-Waldhagen nach Niederlehme mit dem Zuge fahren, von dort werden sie nach dem

Lokale gefährt. (Wildau und Zeuthen kann gleich eine Karte nach Niederlehme nehmen.) Rückfahrt 10 Uhr 50 Min.

Teltow. Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, im Lokal von W. Bonow: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Es ist eine wichtige Tagesordnung zu erledigen.

Trebbin. Am Sonnabend, den 30. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus (Eml. Schulze), Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kaffe und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 3. Parteiangelegenheiten.

Zegel. Am Sonntag, den 1. Dezember, abends 6 Uhr, findet im Lokal Gesellschaftshaus, Schloßstr. 7, ein Vortrag statt. Thema: „Die Klassen und der Sozialismus.“ Referent Genosse Schütte. Nach Schluß: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Berliner Nachrichten.

Ein trübes Bild aus dem Berliner Anstaltswesen.

Uns wird geschrieben: Nördlich der Ostbahnhofsstation Biesdorf liegt inmitten eines vorlantigen, etwa 800 Morgen großen Geländes die städtische Anstalt für Epileptiker: Wuhlgarten. Mit ihren zahlreichen verstreut liegenden Gebäuden, die durch Wege verbunden sind, ähnelt sie einer weitläufig angelegten kleinen Gartenstadt. Den hinteren Teil des Anstaltsbereichs durchströmt von Westen nach Osten in schnellem Lauf das kleine Flüsschen die „Wuhle“, von dem das Institut seinen Namen entlehnt hat. Das Grundstück, auf dem die im Jahre 1898 eröffnete Anstalt sich befindet, gehörte früher zum Gutsbezirk Biesdorf, gelangte dann in den Besitz der Firma Siemens u. Halske und ging später in den Besitz der Stadt Berlin über.

Auf dem Gelände sind außer dem hügelgekrönten Verwaltungsgebäude, Beamtenhäusern, Baracken für Infektionskranke usw. zwei sogenannte „Feste“ Häuser für männliche und eine für weibliche Patienten vorhanden. Das Hauptkontingent der Kranken ist in dreizehn Landhäusern für männliche und dreizehn für weibliche Personen untergebracht.

Ein Bild tiefsten Jammers und entsetzlichen Unglücks zieht an dem Auge des Besuchers vorüber, wenn er Gelegenheit hat, eine Zeitlang sich unter den Kranken aufzuhalten. Bei zahlreichen Opfern der Epilepsie hat dieses grauenhafte Leiden verkrüppelte Hände und Füße, schief und ständig wackelnde Häupter, gräßlich verzerrte Gesichtsmuskeln, Weltstanz und viele andere Gebrechen im Gefolge gehabt. Bei mehreren Epileptikern ist durch die steten Konvulsionen bei Anfällen ein idiotischer Zustand eingetreten. In jedem Aufentsichtsraum der Landhäuser liegt in einer Ecke eine schwarze Ledertüte, und indem die Pfleger des sich ausden Körper demachtigen, wird der Leidende schnell darauf niedergelegt und bleibt solange liegen, bis der Anfall vorüber ist. Auch in den Werkstätten der Anstalt befinden sich solche Matragen, denn fast ausnahmslos sind die in den Landhäusern domizilierenden männlichen Personen indirekt verpflegt, einer Beschäftigung nachzugehen. Arbeitsverweigerung ist für die Betroffenen mit Rücksichten verbunden. In den zwei vorhandenen Werkstatthäusern arbeiten Patienten als Tapetzierer, Holzhaarpapier, Schneider, Schuhmacher, Buchbinder und Rohrflöten. Getrennt von diesen sind wieder Tischler, Zimmerer, Korbmacher und Wurstbinder beschäftigt. Aus allen diesen Räumen ertönt zu allen Tageszeiten der entsetzliche Signalruf für die Wärter: „Anfall!“ Ungemein aufregend und deprimierend wirkt es, wenn in den Speisefällen während des Essens und in der Nacht in den Schlafräumen mitten im Schlummer plötzlich das schauerliche Wort „Anfall“ erklingt. Auf dem Wege zur Arbeitsstätte, bei den Feld- und Ackerarbeitern, beim Spazierengehen, überall vernimmt man den graufigen Ruf. Und nun noch das schreckliche Gebahren der Leidenden vor, während und oft auch nach den Anfällen, wobei Verletzungen nicht selten vorkommen. Es ist ein Bild des tief in die Seele schneidenden Jammers.

Wenn die Patienten noch dazu in eigenen Werkstatthäusern mit scharfen Instrumenten hantieren müssen, so ladet damit die Leitung der Anstalt doch eine große Verantwortung auf sich. Nicht ungefährliche Beschäftigungen verrichten auch die Patienten als Kohlenarbeiter, Maler, Maurer und die mit Später hersehens Feldsolonne.

Das jugendliche Element ist hier am stärksten vertreten. Bis zum 14. Jahre verbleiben die epileptischen Knaben im Kinderhaus, wo sie in der dort befindlichen Schule unterrichtet und von da aus in der Anstaltskirche eingeschult werden. Sodann werden sie den Männerlandhäusern zugeteilt und müssen sich dort beschäftigen. Selten sieht man ein fröhliches Antlitz, denn die böse Krankheit hat darauf nur trübe Schatten gelagert und jede aufkeimende Freude mit Gewalt verbannt. Im Grunde genommen sind hier alle Altersklassen vertreten: Jünglinge, Männer und Greise, darunter auch viele Richtepileptiker. Ein großer Prozentsatz der Epileptiker erhält vor der Nacht um 8 Uhr abends Bromkali, das nach langem Gebrauch bei vielen Patienten böse Hautausschläge verursacht. Die über 18 Jahre alten Patienten bekommen für die tägliche Arbeitszeit von 7 1/2 Stunden allwöchentlich am Sonnabend als Entlohnung — sechs Zigaretten gereicht, die im Freien zu rauchen nur geeignet sind. Was die Beschäftigung der Patienten in der Anstalt Wuhlgarten anbelangt, so ist die Qualität und Quantität gewissermaßen seit drei Jahren zurückgegangen. Ueberhaupt herrschen hier bezüglich des Essens merkwürdige Gepflogenheiten. Die Speisen, Suppen, Fleisch usw. weisen nur eine geringe Spur von Salz auf. Bis vor drei Jahren wurden zur heilenden Würze auf den Tischchen die üblichen Mengen mit Mostsch, Salz und Pfeffer gestellt, nach dieser Zeit ist dies heute sonderbarerweise unterblieben. Nur wenn es bei einem Mittagessen gekochte Eier gibt, werden einige Körnchen Salz beigegeben; dagegen zeichnen sich die zu verzehrenden Heringe jeweils wieder durch überreichen Salzgehalt aus. Eigentümlich ist auch die Einrichtung, daß zu jedem Abendbrot, selbst wenn es Suppe gibt, eine Flasche Selter geliefert wird. Milch wird den Patienten dagegen gar nicht gewährt, vielleicht liefert das Selterwasser Ersatz dafür! ... Jedoch sind die Kranken mit allem zufrieden; ihr Zustand ist ja jumeist dazu angegangen, sich mit dem Vorhandensein ihrer schwachen Willenskräfte ruhig abzufinden, bis zu dem Augenblick, wo sie, von allen Leiden erlöst, auf dem Anstaltsfriedhofe zur Ruhe kommen.

Dienstmädchen gehen ihrer gesetzlichen Ansprüche häufig dadurch verlustig, daß sie es unterlassen, vor Erhebung der Klage beim Amtsgericht die Polizei anzurufen.

Beigert sich die „Herrschast“, das engagierte Mädchen zu beschäftigen oder wird das Mädchen ohne gesetzlichen Grund vorzeitig entlassen, so muß das zuständige Polizeirevier sofort — spätestens innerhalb drei Tagen — ersucht werden, die Herrschast zur Beschäftigung des Mädchens oder zur Bezahlung der diesem zustehenden Ansprüche anzuhalten. Ist dieses Verfahren erfolglos, so hat die Polizeibehörde darüber

eine Bescheinigung auszustellen; erst dann ist die Klage beim Amtsgericht zu erheben.

Die Ansprüche des Mädchens in solchen Fällen sind: Fortzahlung des Lohnes und Ersatzung der Auslagen für Kost und Logis — pro Tag 1,60 M. — bis zum Ablauf der Kündigungsfrist oder bis zum anderweitigen Inbetriebtreten. Bringt der neue Dienst dem Mädchen weniger Lohn, so kann auch diese Differenz für die Zeit bis zum Ablauf der Kündigungsfrist verlangt werden.

Ein Rückgang der Zahl der Geisteskranken infolge Alkoholgenußes ist an den Tabellen unserer städtischen und wahrscheinlich auch anderer Irrenanstalten zu erkennen. So hat allein in der städtischen Irrenanstalt Herzberge, die ja als Hochburg von Alkoholkranke bekannt ist, die Verringerung der Aufnahmen seit dem Jahre 1907 nicht weniger als 21 Proz. betragen, und es wird offen gesagt, daß ein sehr erheblicher Teil dieser gesunkenen Frequenz wohl auf den allgemein verringerten Alkoholgenuß zurückzuführen ist. Nicht das Bier, hauptsächlich der scheinliche Agrarierfusel hat ungezählte Opfer dem Irrenhause und dem frühen Tode oder mindestens völligen wirtschaftlichen Verfall überliefert. Die Alkoholistenziffern, welche sämtliche Irrenanstalten aufweisen, sind deshalb noch immer grausig genug. Ungefähr ein Drittel sämtlicher Irrenhausaufnahmen betrifft reine Alkoholkranke, von denen nur ein Bruchteil dauernd dem vernunftgemäßen Leben wiedergegeben ist, oder solche Unglückliche, bei denen Trunksucht und erbliche Belastung hieraus zur Entwicklung einer organischen Geisteskrankheit, besonders der Paralyse, beigetragen hat. Es kann darum nicht oft genug gewarnt werden: Meidet den Schnaps nicht bloß im Kampfe gegen die agrarische Volksauspöckerung, sondern auch um eurer selbst willen!

Die Grundeigentumsdeputation beschloß in ihrer gestrigen Sitzung, den Teil der Dorfstraße, welcher gelegentlich des Baues der Ringbahn kasziert werden mußte, an die beiden anliegenden Besitzer zu verlaufen. Ferner beschloß die Deputation den Verkauf eines Teiles des Grundstücks der ehemaligen Wasserwerke vor dem Stralauer Tor an die Bürgergesellschaft. Der Ankauf des Grundstückes Neue Krugallee 59 in Trespow soll dem Magistrat empfohlen werden. Aus Anlaß des Verkaufs eines der Stadtgemeinde Berlin gehörigen, in Pantow belegenen Grundstücks waren über die Veranlagung zur Zubachsteuer Differenzen zwischen Pantow und Berlin entstanden. Die Deputation stimmt einem Vergleich hierüber mit der Gemeinde Pantow zu.

Die Beschäftigungsanstalt für Blinde ist ein Teil der von der Stadt geschaffenen Anstalten zur Blindenpflege. Den erkrankten Blinden wird durch Vermittelung der Beschäftigungsanstalt die Möglichkeit gegeben, Arbeit zu erhalten und sie in den Verhältnissen der Anstalt unter Leitung des Personals auszuführen. Die Anstalt nimmt Bestellungen auf Arbeiten an, läßt aber auch Waren zum Verkauf anfertigen, den sie dann befördert. Sie setzt die Löhne für die einzelnen Arbeiten fest und sucht sie möglichst so zu bemessen, daß aus der Gesamtentnahme die Herstellungskosten und zum Teil auch die Betriebskosten gedeckt werden können. Am Schluß des Jahres 1911/12 war die Beschäftigungsanstalt von 223 Blinden, 123 männliche und 100 weibliche, besetzt. Sie wurden beschäftigt mit Stuhl- und Korbflechterei, mit Fabrikation von Bürsten und Besen, von Hängematten und Regalisen, mit Herstellung von Blindenschriften und Lehrmitteln. Ausgezahlt wurden 2316 Monatslöhne im Gesamtbetrag von 77 094,78 M., das ergibt einen durchschnittlichen Monatslohn von 33,28 M., gegenüber 32,83 M. im vorhergehenden Jahr. Im einzelnen waren die Löhne sehr verschieden. So betrug 1911/12 in der Stuhlflechterei 834 Monatslöhne von durchschnittlich 22,74 M., in der Korbflechterei 265 Monatslöhne von durchschnittlich 39,54 M., in der Bürstenmacherei und zwar in der Einzleiheri 470 Monatslöhne von durchschnittlich 29,74 M., Vorstreicherei 198 Monatslöhne von durchschnittlich 49,83 M., Glasvapiererei 549 Monatslöhne von durchschnittlich 40,78 M., in der Druckerei 24 Monatslöhne von durchschnittlich 51,69 M., für weibliche Handarbeiten 126 Monatslöhne von durchschnittlich 2,40 M. Die mit weiblichen Handarbeiten beschäftigten Kinder arbeiteten nur an zwei Tagen der Woche je drei Stunden in der Anstalt, während für Stuhlflechterei, Korbflechterei, Bürstenmacherei, Druckerei eine tägliche Beschäftigung von je sieben Stunden die Regel war. Den Blinden mit dem Mindestverdienst und denen mit dem Höchstverdienst wurde durchschnittlich pro Monat gezahlt in der Stuhlflechterei 8,65 M. und 26,15 M., in der Korbflechterei 21,43 M. und 89,63 M., in der Bürstenmacherei 8,06 M. und 87,50 M., in der Druckerei 50,75 M. und 51,44 M., für weibliche Handarbeiten 0,58 M. und 13,25 M. Große Reichthümer sind's nicht, was mancher Blinde da verdient hat.

Genosse Bernhard Langhopp hat am Montag durch Herzschlag seinen Tod gefunden. Er ist nur 51 Jahre alt geworden. Vor kurzem hatte er seinen Wohnsitz nach Wilmersdorf verlegt. Seit Anfang der 90er Jahre bis zu seinem Wohnungsverwechsel besaß er im Wahlkreis des 4. Berliner Reichstagswahlkreises die Aemter erst als Bezirks-, später als Abteilungsleiter. Auch in seiner Gewerkschaft, dem Deutschen Holzarbeiterverbande, galt Langhopp als braver Kollege und war 18 Jahre als Beitragskassierer tätig. Die Arbeiterbewegung verliert in ihm einen eifrigen Genossen. Allen, die ihn kannten, wird der Verluste unübergeßlich bleiben.

Die Ausstellung empfehlenswerter Jugendschriften im Gewerkschaftshause ist heute und Sonnabend von 6—9 Uhr geöffnet.

Ein Doppelleben führten die 30 und 32 Jahre alten Kellner Hermann Dehlsen aus Stralow und Gustav Huhnholz aus Berlin, von denen der erste von der Kriminalpolizei jetzt festgenommen, während der zweite noch gesucht wird. Die beiden waren in einem großen Weinhaus beschäftigt und gingen regelmäßig und pünktlich wie alle anderen ihrem Beruf nach. Niemand ahnte, daß sie noch eine einträgliche Nebenbeschäftigung hatten. Das brachte jetzt die Schöneberger Kriminalpolizei aus Licht. Bei ihr beschwerten sich Schnaufer, daß sie Vermittlungsschwindlern in die Hände gefallen seien. Sie hatten sich auf Zeitungsanzeigen, daß eine Automobilfirma Wagenführer suche, Beworben, an die Postlageradresse auch die verlangten Zeugnisse und Gebühren eingeschickt, dann aber nichts mehr gehört. Die Kriminalpolizei ermittelte nun, daß hinter diesen Anzeigen die beiden Weinkelner Dehlsen und Huhnholz steckten. Diese hatten ihren Dienst so eingerichtet, daß sie abwechselnd frei hatten. Der Nichtbeschäftigte benutzte jedesmal die freie Zeit, von dem angegebenen Postamt die eingelassenen Vermittlungsgebühren abzugeben und immer wieder neue Anzeigen zu erlassen. Mehrere Beamte beobachteten nun das Postamt, und so gelang es, Dehlsen zu fassen, als er wieder Geld holen wollte. Als man auch Huhnholz hinter Schloß und Riegel bringen wollte, war er bereits entwischt. Er wird jetzt auch noch wegen anderer Verbrechen gesucht.

Ein Opfer des unvorsichtigen Umgehens mit dem Revolver ist mittelbar der 45 Jahre alte Vogelhändler Reinhold Bierkant vom Weinbergsweg 11 geworden. Bierkant suchte am Dienstagabend um 7 Uhr in seiner Wohnung nach seinen alten Kirchensteuerquittungen, die er in einer Kassetten in seinem Pult aufbewahrte. In dieser Kassetten lagen auch seine beiden Pistolen, die sehr scharf geladen waren. Als er nun auf den Bronning stieß, fiel ihm die durch einen Kriminalbeamten erfolgte Erschießung des Einbrechers Gorki ein. Er wollte nun seiner Frau zeigen, wie es möglich gewesen sei, daß der Kriminalbeamte Bild den Gorki erschossen habe können. Vorwärts halber entlad er den Bronning. Als er mit seiner Demonstration fertig war,

steckte er die Patronen wieder hinter. Bald darauf kam er noch einmal auf den Vorgang in Trespow zurück. Achlos nahm er den Bronning wieder zur Hand, dachte gar nicht mehr daran, daß er wieder geladen hatte, und setzte ihn auf seine Brust, um der Frau zu zeigen, wohin der Kriminalbeamte wahrscheinlich geschossen habe. Jetzt ging durch irgend eine unvorsichtige Bewegung die nicht gesicherte Waffe los, eine Kugel drang dem Manne in die rechte Brust und streckte ihn tot zu Boden. Die entsetzte Frau schlug Alarm und Hausbewohner holten schleunigst einen Arzt. Dieser konnte aber nur noch den Tod feststellen. Die Leiche wurde beschlagnahmt. Bierkant hinterläßt seine Frau mit zwei erwachsenen Kindern.

Aus der Syree gelandet wurde gestern am Tegeler See die Leiche einer unbekanntem Frau, die nach dem Verweisungszustande wohl schon sechs bis acht Wochen im Wasser gelegen hat. Die etwa 50 Jahre alte Tote scheint den besterhaltenen Kreislern angehört zu haben. Sie ist etwa 1,60 Meter groß und schlank und trug einen grauen Mäntel, eine schwarzweißgestreifte Bluse, einen schwarzen Rock, einen schwarzen Wummigürtel und schwarze Schnürschuhe. In ihrer schwarzen Lederhandschuh, die sie bei sich hatte, befanden sich ein Taschentuch, das A. G. gezeichnet ist. Ihre Wäsche dagegen trug die Zeichen L. H. und L. T. Die Tote hatte ein falsches Gebiß.

Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich Montagabend im Norden Berlins zugetragen. Als der bei der Bahnabteilung der Großen Berliner Straßenbahn beschäftigte städtische Böhm mit einem Arbeitswagen die Schöneberger Straße gegen 10 Uhr abends durchfuhr, schreuten plötzlich die Pferde vor einem vorüberlaufenden Automobil und gingen durch. Der Reiter suchte vom Wagen herabzu springen, kam aber so unglücklich zu Fall, daß ihm ein Hinterrad über das linke Bein hinwegging. Er erlitt einen Bruch des Unterarmes und wurde, nachdem ihm auf der nächsten Unfallstation ein Rotverband angelegt worden war, nach dem Krankenhaus Friedrichshagen geschafft.

In Lebensgefahr schwebten gestern vormittag die beiden kleinen Kinder des Arbeiters R. bei einem Brande in seiner Wohnung in der Postener Straße 43. Die Kinder waren allein zurückgelassen, während die Mutter sich eine Arbeitsstelle suchen wollte. Auf bisher nicht ermittelte Weise geriet nun auf dem Korridor der Wohnung ein Schrank in Brand. Das Feuer erfaßte auch bald Türen und die Schalbede und führte in kurzer Zeit eine starke Verqualmung herbei. Zum Glück wurde die Gefahr von einem Nachbarhause aus schnell bemerkt. Einige junge Leute sahen Rauch aus dem Küchenfenster dringen und eilten mit einem Saugmann nach der brennenden Wohnung. Der Saugmann trat die Türöffnung ein und es gelang ihm, die beiden Kinder, die sich aus Angst im Bett verkrochen hatten, noch glücklich ins Freie zu bringen. Inzwischen war auch die Feuerwehr erschienen, die den Brand nach wenigen Minuten abblöschte.

Am Duxtag ist in Rellers Festfällen, Koppensstraße, bei der Versammlung des Mittelstandes eine große Verloren gegangen, die für den Funder fast gar keinen, wohl aber für den Verlierer Wert hat, da Familienerbschaft. Um Abgabe wird gebeten. Ferdinand Zober, Gieshiner Str. 74, vorn IV.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Es scheinen bereits Kräfte am Werke zu sein, um die Mittelstandspartei zu einer Basalentruppe der Vorschuhbankleute zu machen. Die Führer bekommen Angst vor ihrer eigenen Tapferkeit. Bei den Stichwahlen für die zweite Abteilung sollen ihre Anhänger die noch strittigen fünf Mandate der Schachtel-Partei retten. Das die Mittelständler auf solche Pläne nach Kommando einzuschwenken, darf man vorläufig doch wohl nicht bezweifeln. Weil sie es für unethisch hielten, die Majorität der Vorschuhbankgruppe zu brechen, traten sie diesmal als selbständige Partei in den Wahlkampf ein. Einigungsverhandlungen scheiterten, weil die Leute von der Vorschuhbank den Anspruch auf eine Majorität der Mandate erhoben und davon nicht absteigen wollten. Würden nun die Mittelständler jenen Leuten die Majorität als ein Geschenk in den Schoß, dann würden sie sich unsofort lächerlich machen. Gerade so, als wollte man sich über die Mittelständler lustig machen, übertragen ihre Widersacher nun in der ersten Abteilung auch noch dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Vorschuhbankgruppe ein Mandat. Nach dem Auftreten der Mittelstandspartei muß das wie eine gezielte Provokation wirken. Wie liegt nun die Situation? Zu wählen sind insgesamt 66 Stadtverordnete. Die Sozialdemokratie besitzt jetzt 27 Mandate, über 5 verfügt die Mittelstandspartei. Würden nun die Mittelständler die noch ausstehenden 5 Mandate der Vorschuhbankgruppe zuschanzen, dann verfügte diese immer noch über die absolute Majorität. Die Mittelstandspartei würde ihr Auftreten gar nicht rechtfertigen können, wollte sie eine solche Majorität herbeiführen helfen, anstatt für sich selbst, im Bunde mit der Sozialdemokratie, die Majorität zu erlangen. Die Mittelstandspartei gibt den Ausschlag. Sie erobert damit eine einflussreiche Stellung gegenüber der Vorschuhbankgruppe, oder aber sie begeht Selbstmord! Man wird ja sehen, was sie wählt.

Keine Gasanstalt am Rummelsburger See! Der Einspruch gegen die von der Stadt Lichtenberg beabsichtigte Gasanstalt am Rummelsburger See war von Erfolg gekrönt. Der Bezirksausschuß hatte den Stadtausschuß von Rummelsburg mit der Entscheidung in dieser Streitfrage beauftragt. In den Protesten gegen das Projekt von Lichtenberg gehörte auch die Stadt Berlin. Der Stadtausschuß entschied, daß im Interesse der Erhaltung der landschaftlichen Szenerie am Rummelsburger See die Klage der Stadt Lichtenberg gegen den Einspruch der Interessenten abzuweisen sei. Ob Lichtenberg die Klage weiterführen wird, steht noch dahin.

Durch die Vereinigung von Rummelsburg mit Lichtenberg ist der eigenartige Zustand geschaffen worden, daß Groß-Lichtenberg zwei Ortskrankenkassen besitzt. Eine Verständigung über die Verschmelzung konnte noch nicht herbeigeführt werden; kompliziert wird die Sache durch die gesetzlichen Bestimmungen. Die Verwaltung der Ortskasse Lichtenberg ist der Ansicht, daß mit der Verschmelzung der beiden Gemeinden nur noch die Lichtenberger Kasse zuständig sei. Dagegen erklärt die Ortskasse Vohagen-Rummelsburg, ihre Selbstständigkeit werde durch die Verschmelzung nicht berührt. Versicherungspflichtige ihres Kassengebiete, die ihre Arbeiter bei der Lichtenberger Kasse anmeldeten, genügen nicht der Versicherungspflicht und machten sich strafbar. Die Generalversammlung der Kasse erklärte ihr Einverständnis mit dem Vorschlage, den Antrag auf Zulassung als besondere Ortskrankenkasse einzureichen. Die Kasse soll künftig den Namen führen: „Besondere Ortskrankenkasse für den früheren Amts- und Gemeindebezirk Vohagen-Rummelsburg.“

Friedrichshagen.

Gegen den Krieg protestierte am letzten Freitag eine überaus gut besuchte Volksversammlung. Das Referat erzielte in circa zweistündigen Ausführungen Genosse Davidsohn. Zum Beginn und Schluß der Versammlung sang der Friedrichshagener Männerchor. Auffallend war besonders die große Anzahl von Frauen in der Versammlung.

Weißensee.

Die letzten Wahlen zur Gemeindevertretung in der ersten und zweiten Abteilung, die von der einen wie der anderen Seite der bürgerlichen Kreise beanstandet wurden, sind in der ersten Instanz für ungültig erklärt worden; es sind die Wahlen der Herren Schwarz (alte Fraktion) und Delbrück und Knorr (neue Fraktion). Wahrgewand für die Ungültigkeitserklärung war, daß bei der Bildung des Wahlvorstandes Angehörige anderer Abteilungen im Wahllokal

anwesend waren, die bei der Besetzung des Bureau mitgewirkt haben; bei Herrn Schwarz soll außerdem während der Wahl eine solche Unruhe geherrscht haben, daß der Wahlvorstand die Wählenden nicht hören konnte. Ueber die Wahl des Herrn Knorr in der ersten Abteilung besteht bei der alten Fraktion starker Zweifel; die Gemeindevertretung hatte seine Wahl für ungültig erklärt. Obwohl Herr Knorr gegen den Beschluß der Gemeindevertretung den Klageweg beschritt, ging letztere auf die Klage nicht ein: Herr Knorr nahm darauf seinen alten Platz wieder ein. Nach bald drei Vierteljahren erhebt nunmehr Herr Schwarz den Einwand, daß Herr Knorr doch eigentlich zu Unrecht in der Gemeindevertretung sitze. Er wünschte in der letzten Sitzung Aufklärung hierüber. Dem Vorsitzenden wurde denn auch betont, daß die Knorlerische Wahl mittlerweile Rechtskraft erlangt habe; wenn Herr Schwarz glaubte, den Beschluß anzufechten zu sollen, dann hätte er schon früher dagegen protestieren müssen. Die alte Fraktion hat bisher eine gewisse Fertigkeit im Anbringen von Klagen, Beschwerden, Protesten, Einsprüchen usw. bewiesen, aber in diesem Falle hat sie sonderbarerweise den Anschlag verpasst. Die Rolle, diese Frage aufzuwerfen, mußte gerade Herrn Schwarz zufallen, der eigentlich selbst nicht mehr der Vertretung angehören dürfte und es nur den veralteten Bestimmungen der Landgemeindeordnung zuschreiben hat, wenn er noch auf seinem Platz sitzt.

Alt-Landsberg.

Einen erfreulichen Sieg errangen unsere Genossen bei der Stadtverordnetenwahl. Trotzdem die Bürgerlichen alles aufboten hatten, um ihren Kandidaten zum Siege zu verhelfen, und sogar sämtliche Postanstalten zur Wahl kommandiert waren, ist es gelungen, den Genossen Studier durchzubringen. Er erhielt 86 der Gegner 65 Stimmen. Der erste Sozialdemokrat hält damit seinen Einzug in die Stadtverwaltung Alt-Landsbergs.

Adlershof.

Die hiesige Arbeiterschaft veranstaltet von heute ab, nachmittags 2—4 Uhr, im Jugendheim für die schulpflichtigen Kinder Spiel- und Unterhaltungsnachmittage. Auch ist Gelegenheit zu kleineren Handarbeiten gegeben. Der Raum ist gut geheizt und ist für genügende Aufsicht georgt. Von 4—5 Uhr ist die Kinderbibliothek geöffnet. Es wird gebeten, von dieser Einrichtung regen Gebrauch zu machen.

Lichtenrade.

Eine lebhafte Debatte entspann sich in der letzten Gemeindevertretersitzung über die Jahresrechnung von 1911. Die Rechnung wies erhebliche Ueberschreitungen auf, die für die Mitangehörigen recht unangenehm waren, unomehr, als dieselben der Gemeindefinanzkrämer ständig Vorschub leisteten. Der Marienfelder Weg, der mit 40 000 M. veranschlagt war, kostete, obwohl noch gar nicht fertig, bereits 290 000 M. Dabei hat sich herausgestellt, daß drei Anlieger das Straßenland unentgeltlich abgetreten haben, sie haben aber eine Ernteentschädigung für circa drei Morgen von 14 000 M. bezogen. Nach den hiesigen Bodenpreisen würden diese drei Morgen für obige Summe käuflich zu erwerben sein. In der Sitzung wurde daher beantragt, die Ernteentschädigungsangelegenheit in öffentlicher Sitzung zu verhandeln, da die Steuerzahler ein Recht hätten, von diesen Dingen Kenntnis zu erlangen. Der Antrag wurde jedoch vom Gemeindevorsteher und seinen Anhängern abgelehnt.

Hierauf kam noch zur Sprache, daß einer armen Witwe, die ihre Steuern nicht hatte bezahlen können, einfach das Schwein im Stall beschlagnahmt worden ist; einem Gemeindevertreter der ersten Klasse jedoch, der gleichfalls mit seinen Steuern im Rückstande war, wurden die Steuern von der Gemeinde gestundet.

Reinickendorf.

In seinem Zohn des Sottlermeisters Friedrich Wüfel, Hausotterstraße 45. Es stellte sich heraus, daß infolge eines besetzten Gaschlauches eine Gasvergiftung eingetreten war. Nachdem sich zwei Ärzte sowie die Feuerwehr vergeblich um den Bewußtlosen bemüht hatten, wurde derselbe nach dem Krankenhaus übergeführt.

Spandau.

Der Bau des Stadttheaters scheint sich sehr lange hinauszuzögern. Der erste Vertrag mit der Stadt-Theater-Gesellschaft ist bereits am 20. Juni d. J. abgeschlossen worden, während der Nachtrag zu dem Vertrag augenblicklich noch die verstärkte Theaterkommission beschäftigt. Es handelt sich hauptsächlich darum, der Summe von 700 000 M., 100 000 M. mehr als im ersten Vertrag vorgesehen, die Priorität einzuräumen und für die erste Hypothek die Ausbittungsgarantie zu übernehmen. Nach dem Vorprojekt sollen sich die Baukosten einschließlich Kostium-, Dekorations- und Theatermöbel-Fundus auf 1 800 000 M. belaufen. Die Eröffnung des Stadttheaters soll noch im Herbst nächsten Jahres erfolgen. Einige Stadtverordnete, die dem Bau des Stadttheaters sympathisch gegenüberstehen, hegen bereits Bedenken, angeblich weil sie meinen, daß die Stadt-Theater-Gesellschaft wenig kapitalkräftig zu sein scheint.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vom vier Treppen — Pachtstraße 1 —, wochentags von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anträge ist ein Quittobude und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Obige Antwort wird nicht erlitt. Anfragen, denen keine Absonderungsentung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Obige Fragen erage man in der Sprechstunde vor.

5. G. G. Sie können Beilegung verlangen unter Stellung einer Frist und unter der Androhung, daß Sie nach Ablauf der Frist den Vertrag lösen. Verstreicht die Frist erfolglos, so können Sie auf Vertragsauflösung klagen. Es empfiehlt sich aber, vorher einen Sachverständigen zur Begutachtung zuzuziehen. — P. R. 100. 1. und 2. Die Ehefrau haftet nicht für den Fall der Pfändung kann die Frau intervenieren. — Z. 32. 1. und 2. Der Anspruch erlischt zu hoch. Zur Zahlung von 3—5 M. pro Monat halten wir Sie jedoch für verpflichtet, und zwar so lange Sie den angegebenen Verdienst haben. 3. Ja. 4. Wir raten, der Armenverwaltung den Vorschlag zu machen, 3 M. monatlich zu erhalten. — W. G. 87. 1. und 2. Die länger als 4 Jahre zurückliegenden Ansprüche sind verjährt. 3. Ja. 4. Können wir nicht feststellen. — B. J. 22. Ja, für die Zeit bis einschließlich Dezember 1913. — B. J. 1210. Schreiben Sie nochmals an Gericht unter Angabe des Klagengegenstandes. — R. B. 11. Es besteht keine Gefahr. — Ruch Pannierstr. Circa 75 M. — H. W. 50. In einem solchen Falle müssen die Kinder den evangelischen Religionsunterricht besuchen. Umgekehrt wären sie zum Besuch des katholischen Unterrichts verpflichtet, falls der verstorbenen Mann katholisch gewesen wäre. Das kann nur verneint werden, wenn der Mann zu Lebzeiten eine schriftliche glaubwürdige Erklärung abgibt. — G. W. 93. Circa 2 mal in der Woche je 2 Stunden. Die Vertretung hat der Unternehmer zu stellen. — P. R. 100. 1. Ja, und zwar mindestens die Hälfte des Krankengeldes. 2. Nein. 3. Für die Kosten der Reise leistet die Unfall in der Regel nicht Ersatz. — J. 5. 1. Die Lasten selbst sind gegeben; es ist verlangt worden, das Verfahren zu beschleunigen. 2. Nein. 3. Ja. — W. G. 100. Wir raten unter Darstellung des Sachverhalts bei der Ortsabteilung Beschwerde zu führen und zu beantragen, daß die Differenz zurückgezahlt wird. — W. J. 1907. Nein. — P. R. 110. Sie müssen schon mit einem Arzt reden. — B. G. 32. Damit können wir uns nicht helfen. Fragen Sie doch mal bei Herrn Kreis der Hausangestellten, Michaelstraße 1, an. — P. W. 100. Wenn Sie sich an Aug. Seifert, Bergmannstr. 104. — Daimler 9. 1. Krone = 10 M., 1 Doppelkrone = 20 M. — S. Schulze. 1. Nur mit Hilfe der Polizeibehörde. 2. Um die Lotterie kammern wir uns nicht. — J. B. Leitnerstr. Berlin W., Victoria-Luisen-Platz 6. — M. R. 8. Durch Annahme. — P. W. Teltow. 1. Ja. 2. u. 3. In einem solchen Falle kommt nach dem preussischen Einkommensteuergesetz der mutmaßliche Betrag für die jetzige Zeit in Betracht. Das Verfahren der Kirchenbehörde ist demnach gesehlich begründet. — Militärpflichtigkeit. 1. Das wäre zulässig, wenn der Befehlende tauglich ist. 2. u. 3. Die Verantwortung derartiger Fragen müssen wir grundsätzlich ablehnen. — Z. 9. Ja. — K. S. 2. In dem Betrage wird noch die Dividende hinzugerechnet, die sich zurzeit noch nicht berechnen läßt. — H. J. 99. Sämtliche Kinder haben Anspruch auf Auseinandersetzung. Die Debatte verlangt eine solche nur dem minderjährigen Kinde gegenüber. — C. 23. 500. Sie können, wie Ihre Brüder sind an sich zur Erstattung der Kosten — auch der Anwaltskosten — verpflichtet, soweit die Einkommens- oder Vermögensverhältnisse es gestatten. Höheres läßt sich nicht sagen, da Sie die Höhe des Verdienstes nicht angeben. — C. B. 34.

